

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 34 vom 21. August 1981

15. Jahrgang

1 DM

8203426

Weltweite Proteste gegen Neutronenbombe

Jetzt erst recht: Auf zur Friedensdemonstration
am 10. 10. in Bonn!

Gegen den Bau der Neutronenbombe durch die US-Regierung erhob sich in der letzten Woche weltweiter Protest. Am stärksten äußerte er sich naturgemäß in den europäischen Staaten, in denen diese Waffe stationiert werden soll. Auch in allen größeren Städten Westdeutschlands fanden Kundgebungen und Demonstrationen statt. Alle Friedensfreunde sind sich einig: Die Pläne der US-Kriegstreiber müssen durchkreuzt werden!

Während die Friedensbewegung in der Bundesrepublik, die die Hauptbetroffene der US-Pläne ist, ihre Entschlossenheit zur Abwehr dieser neuen Eskalation der atomaren Kriegsvorbereitung bekundet hat, versuchen Regierung und Oppositionsparteien einer Stationierung den Weg zu ebnen. In der SPD allerdings kommt es zu ernsthaften Auseinandersetzungen, die man für die Sache des Friedens ausnutzen muß.

CSU-Chef Strauß forderte, die Neutronenbombe auch für die Bundeswehr einzuführen.

FDP-Vorsitzender und Außenminister Genscher warnte seinen Koalitionspartner SPD vor „antiamerikanischen Tendenzen“ und „Unsachlichkeit“. Er ließ durchblicken, die Stationierung der Neutronenbombe zum „Ausgleich des westöstlichen Stärkeverhältnisses“ ak-

zeptieren zu wollen.

SPD-Regierungssprecher Rühl erneuerte indirekt die bereits 1978 von der Bundesregierung erklärte „grundsätzliche Bereitschaft“ zur Stationierung der N-Bombe „unter bestimmten Voraussetzungen“, die allerdings noch nicht gegeben seien. Aber zum Beispiel im Zuge einer „technischen Modernisierung der Nuklearbewaffnung“ könnte das der Fall sein!

Am schärfsten wurde der Protest innerhalb der SPD von Egon Bahr geäußert, der ein deutliches „Nein“ zur Stationierung forderte und betonte, die Bundesrepublik müsse in der Lage sein, ihre „vitalen Interessen selbst wahrzunehmen“.

Nur entschiedener Widerstand aus dem Volke wird das menschenverachtende Treiben von Regierung und Opposition

stoppen können. Die Bonner Parteien beweisen sich als Hort der Reaktion in Europa, während andere Regierungen wie zum Beispiel die holländische sich schon eindeutig gegen die N-Bombe ausgesprochen haben. Wie sehr das die Kriegstreiber stört, beweist das jetzt in Umlauf gebrachte Schlagwort von der „Hollanditis“. Bezeichnenderweise fallen in die Hetze gegen diese „ansteckende Krankheit“ auch die Pekinger Sozialimperialisten ein, die sich deutlich als Partner der USA zu erkennen geben.

Der „Rote Morgen“ ruft angesichts der immer drohenden Gefahr des Atomkrieges alle seine Leser auf, jetzt erst recht zum Erfolg der Bonner Massendemonstration am 10. 10. beizutragen.

Demonstration in Frankfurt

Abschiebung muß verhindert werden!

Türkische Antifaschisten von Ausweisung bedroht

FRANKFURT. — Etwa 1500 Menschen, darunter auch Genossen unserer Partei, beteiligten sich am vergangenen Sonnabend an einer Protestdemonstration gegen die geplante Ausweisung von zwei türkischen Antifaschisten in Frankfurt. Zu der Demonstration hatte die Antifaschistische Bürgerinitiative Bornheim aufgerufen.

Dagan Ö. und Yasar Y. wird vorgeworfen, sich an einer Kundgebung vor der Frankfurter Türk-Föderation, dem Kommandozentrum der Grauen Wölfe, beteiligt zu haben. Diese Kundgebung im April war von der Polizei brutal überfallen worden, fast alle damals Festgenommenen waren schweren Mißhandlungen auf einem Polizeirevier ausgesetzt (siehe auch Seite 2).

Schon zwei Tage nach dieser Kundgebung hatte Bürgermeister Wallmann angeordnet, gegen die beiden Antifaschisten Ausweisungsverfahren einzuleiten. Sie sollen also den Mord-Generälen in Ankara ausgeliefert werden, was für sie Einkerkung, Folter und sogar den



Die Waffenhändler — Manager der Rheinmetall mit ihren Produkten. Mit einer sensationell aufgelegten Aktion sollte in der letzten Woche demonstriert werden, daß staatliche Stellen den illegalen Waffenhandel unterbinden. Dabei ging es um die Lieferung von 600 Panzerkanonen für den TAM-Panzer der argentinischen Faschisten. Die Lieferung des Panzers selbst, der auch von Chile, China, Pakistan und Saudi-Arabien weiterverkauft wird, wurde allerdings von der Bundesregierung gebilligt: Der TAM ist eine Sonderausführung des Bundeswehr-Schützenpanzers Marder, der in Argentinien lediglich montiert wird...

Regierung fordert Lohnstopp!

BONN. — Was schon in den ersten Debatten um den Haushalt angekündigt war, wurde in den letzten beiden Wochen immer deutlicher: Bonn geht auf Lohnstoppkurs. Es sei nicht immer nur den Arbeitern im öffentlichen Dienst zuzumuten, Lohneinschränkungen hinzunehmen, das müßte dann auch auf die „Freie Wirtschaft“ ausgedehnt werden, meinte ein Spitzenbeamter des Arbeitsministeriums.

Nicht etwa, daß den Arbeitern im öffentlichen Dienst kein Lohnstopp verordnet werden soll, sondern es geht darum, dies für alle Arbeiter und Angestellten durchzusetzen. Konkret wurde der Plan veröffentlicht, die Lohnverhandlungen um drei Monate aufzuschieben, also einen dreimonatigen Lohnstopp zu verwirklichen.

Damit werden in den Regierungsplänen die Forderungen der Unternehmerverbände nach einer Vertiefung der bei der letzten Tarifrunde ansatzweise erreichten „lohnpolitischen Wende“ aufgenommen.

Diese frühzeitige Veröffentlichung von Plänen dient natürlich der Stimmungsmache, der Gewöhnung an solche Maßnahmen. Sie steht überdies im Zusammenhang mit Maßnahmen innerhalb der ganzen EG, mit

denen die Löhne gesenkt werden sollen. In allen EG-Staaten außer der BRD und Britannien gibt es ja — in unterschiedlicher Weise — Indexlöhne, die eine zumindest teilweise automatische Anpassung an die Teuerung vorsehen, was jetzt abgeschafft werden soll.

Während diese Stellungnahme der EG mitten in Lohnauseinandersetzungen in einzelnen Ländern platzt, ist die Bonner Propaganda wohl als Auftakt für die jeweils im Spätsommer startende Propagandaoffensive der Unternehmerverbände gedacht.

Alle Gewerkschaftsvorstände haben bisher ihre eindeutige Ablehnung eines Lohnstopps ausgedrückt und betont, man werde sich entschieden zur Wehr setzen.

Diese Woche

DGB und Bonner Haushalt

Der DGB-Vorstand hat in der vergangenen Woche seine Bereitschaft erklärt, die von der SPD-Führung geforderte Sondersteuer (Ergänzungsabgabe) zu „schlucken“. Kommentar auf Seite 2.

Krupp und Hoesch

Die beiden Stahlkonzerne im Ruhrgebiet haben eine enge Kooperation vereinbart — was unter anderem auf Kosten der Arbeitsplätze geht. Seite 4.

Verfassungsschutz enttarnt

Eine Dokumentation von Materialien des Verfassungsschutzes aus Bremen gibt einen entlarvenden Einblick in die Arbeit dieser reaktionären Einrichtung des Bonner Staates.

Sowjetischer Terror in Afghanistan

Bis heute ist es den sowjetischen Besatzern nicht gelungen, den Freiheitswillen des afghanischen Volkes zu brechen. Seite 11.

Fluglotsen-Streik

In der ersten großen Kraftprobe mit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung zeigt die Reagan-Regierung ihr reaktionäres Gesicht.

Geschichte der Friedensbewegung

Nur gegen den starken Widerstand der Werktätigen in Westdeutschland konnte die Remilitarisierung betrieben werden. Seite 13.

Vor dem Militärgericht von
Kahramanmaras

Todesstrafe für 14 Antifaschisten gefordert!

ANKARA. — Bei einem Massenprozeß vor dem militärischen Bezirksgericht in Kahramanmaras forderten die Militärankläger gegen 14 der 119 Angeklagten die Todesstrafe. Bei den Angeklagten, die mit dem Tod bestraft werden sollen, handelt es sich um Anhänger der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei (TDKP).

Nachdem die faschistische Militärjunta Evrens sich in den ersten Monaten dieses Jahres aufgrund des internationalen Drucks und der damals noch bevorstehenden Tagungen internationaler Gremien etwa zurückgehalten hatte, werden jetzt in zahllosen Prozessen immer mehr Todesurteile beantragt. Von den verhängten wurden im Juni und Juli acht Todesurteile vollstreckt, wurden sechs Antifaschisten ermordet.

Mit den beantragten Todesurteilen gegen die Anhänger der TDKP, mit dem gesamten Massenprozeß von Kahramanmaras

wird ein weiteres Mal die offiziell immer noch gepredigte Lüge widerlegt, es handle sich bei den Verfolgungen „nur“ um eine Jagd auf Terroristen.

Besonders kennzeichnend ist dies, wenn man sich daran erinnert, daß es gerade in Kahramanmaras war, wo faschistische Terroristen vor 2 1/2 Jahren ein Massaker unter der werktätigen Bevölkerung angerichtet hatten.

Die Todesurteile gegen die 14 angeklagten Antifaschisten dürfen nicht gefällt werden!

Weg mit allen Todesurteilen gegen türkische Antifaschisten! Freiheit für die Türkei!



Die Demonstration in Frankfurt.

Kommentar der Woche

In zwei Wochen werden die Beratungen über den Sparhaushalt '82 in ein entscheidendes Stadium treten. Schmidt hat seine Minister für den 2. September zur Kabinettsitzung bestellt, und jetzt schon ist sicher: Neue brutale Angriffe auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen werden dann zur Verhandlung und zur Beschlußfassung anstehen.

Was aber tut in diesen entscheidenden Tagen der Vorstand des DGB, der umfassendsten und wichtigsten Massenorganisation der Werktätigen? Er schweigt sich aus! Schon nach der ersten Runde der Beratungen über den neuen Haushalt hatten die Gewerkschafter mit Empörung zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Vorstand keineswegs mit einer deutlichen Kampfansage auf die schon beschlossenen Einschnitte ins „soziale Netz“ reagierte. Aus der DGB-Zentrale kam als Kommentar zu den Sparbeschlüssen nur ein dürres „Unbefriedigend“. Das war alles.

Der DGB und der Bonner Haushalt

Nach dieser ersten Runde in den Haushaltsberatungen konnte es sich der FDP-Generalsekretär Verheugen erlauben, in zynischer Offenheit zu erklären: Das schon verabschiedete Paket sei keineswegs sozial ausgewogen; „Bosse und Bonzen“ kämen weitgehend ungeschoren davon. Und so ist es ja denn auch tatsächlich. In nackten Zahlen ausgedrückt werden die Werktätigen um zwölf Milliarden Mark beraubt, während auf der anderen Seite die Unternehmer nur mit einer Milliarde (Streichung von Steuervergünstigungen) zur Kasse gebeten werden. Aber auch das verschleierte noch das wahre Ausmaß der für den kommenden Haushalt zu Lasten der arbeitenden Menschen geplanten Umschichtungen. Denn Abschreibungsleichterungen für die Kapitalisten sind jetzt schon beschlossene Sache. Und am 2. September wollen die beiden Koalitionspartner in Bonn weitere Geschenkpakete für die Unternehmer zusammenschütten.

Angesichts dieser Tatsache ist die vornehme Zurückhaltung der DGB-Führer zu den Haushaltsbeschlüssen wahrhaftig ein Skandal. Aber es kommt noch schlimmer. Heinz Oskar Vetter hatte als eine zentrale Forderung an die Bundesregierung zur Haushaltspolitik die Erhebung einer Ergänzungsabgabe auf höhere Einkommen genannt. Wir haben uns im „Roten Morgen“ mit dieser Forderung kritisch auseinandergesetzt und gezeigt, daß sie das eigentliche gewerkschaftliche Ziel, nämlich eine radikale Besteuerung der Unternehmerprofite durchzusetzen, verfehlt.

Und was ist nun aus Veters Forderung geworden? Die SPD hat sie aufgegriffen und in eine Sondersteuer auf alle Einkommen umgewandelt, also in eine Maßnahme, die wiederum den Werktätigen zusätzlich das Geld aus der Tasche ziehen würde (während die Reichen ja unzählige Möglichkeiten haben, ihr wirkliches Einkommen zu verschleiern). Aber hat wenigstens das in der DGB-Zentrale einen Proteststurm ausgelöst? Weit gefehlt.

Die „Welt der Arbeit“ meldete letzte Woche in ihrem Aufmacher auf Seite 1, der DGB-Vorstand habe sich mit dieser von der SPD vorgenommenen „Ausdehnung“ der Ergänzungsabgabe noch nicht befaßt. Und dann wird einem Herrn Höhn aus der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB das Wort erteilt, der unter Berufung auf Äußerungen von Vetter erklärt: „Ich könnte mir vorstellen, daß der DGB eine allgemeine Abgabe schluckt.“

So ist also der Vorstand dabei, selbst die von Vetter ursprünglich erhobenen Forderungen kampfflos aufzugeben und sogar hinzunehmen, daß den Werktätigen zusätzlich zu den schon beschlossenen Belastungen auch noch eine Sondersteuer aufgebürdet wird.

Diese Kapitulationspolitik der DGB-Führer muß die Bonner Sparkommissare zu weiteren Anschlägen auf den Lebensstandard der arbeitenden Menschen ermutigen. Und tatsächlich: Während sich der DGB-Vorstand mit der SPD-Führung gleichschaltet und die Bereitschaft zum „Schlucken“ der Sondersteuer signalisiert, mehren sich die Anzeichen dafür, daß die SPD-Minister nun doch auf diese Steuer verzichten und sich den Forderungen der FDP beugen werden. Und damit sind dann unter anderem die Kürzung des Arbeitslosengeldes und die Einführung von Karenztage bei der Lohnfortzahlung wieder auf dem Tisch.

Wer aber sollte die von den Bonner Haushaltspolitikern betriebene Umverteilung unserer Einkommen zugunsten des Kapitals, wer sollte den Kahlschlag der Sparkommissare im sozialen Bereich stoppen können, wenn nicht die Gewerkschaften? Mit der Kapitulationspolitik des Vorstands muß Schluß gemacht werden; massiver Druck der gewerkschaftlichen Basis ist hier vonnöten. Die Reichen sollen die Krise bezahlen — auf dieser Linie muß der gewerkschaftliche Widerstand gegen die Bonner Haushaltspolitik organisiert werden. Und das bedeutet: Das „soziale Netz“ darf nicht angetastet werden. Radikale Besteuerung der Profite von Konzernen und Großbanken! Schluß mit den Steuer- und Subventionsgeschenken an die Unternehmer! Drastische Herabsetzung der Rüstungsausgaben!

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abogebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Großdemonstration am 19. September

Gegen Wiederaufbereitungsanlage in Nordhessen

DIEMELSTADT. — Auf einem Vorbereitungstreffen in Kassel haben Bürgerinitiativen aus dem ganzen Bundesgebiet zu einer Großdemonstration am 19. September in Diemelstadt-Wethen aufgerufen, dem von der Atomindustrie und der hessischen Landesregierung vorgesehenen Standort für eine atomare Wiederaufbereitungsanlage (WAA).

Schon Ende Juni hatte es — unmittelbar nach der Bekanntgabe des Standorts für die WAA — eine spontane Demonstration in Diemelstadt gegeben, an der sich 3000 Menschen aus der Umgebung beteiligten. Die Mehrzahl von ihnen waren Bauern, die mit etwa 500 Treckern das Bild der Demonstration bestimmten. Bei der Abschlussskundgebung wurde damals eine Resolution verabschiedet, in der die Demonstranten ihren Willen bekundeten, „mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage für atomare Betriebsstoffe Widerstand“ zu leisten.

Diese Demonstration hatte in eindrucksvoller Weise gezeigt, daß vor allem die Bauern in der Region bereit sind, den Kampf gegen die WAA aufzunehmen und das Projekt schon im Planungsstadium zu stoppen. Die Großdemonstration im September, an der sich unter anderem auch Bauern aus Gorleben mit Treckern beteiligen wollen —

wird zeigen, daß dieser Kampf die Unterstützung aller AKW-Gegner hat.

In dem auf dem Vorbereitungstreffen verabschiedeten Aufruf heißt es: „Nach langen Verwirrspielen der verantwortlichen Politiker um die Standortsuche will die DWK jetzt in Hessen den Bau der WAA betreiben. Trotz des Widerstandes der betroffenen Bevölkerung, von denen sich immer mehr in Bürgerinitiativen zusammengeschlossen haben, will Ministerpräsident Börner in Hessen das Atomkonzept durchsetzen.“

Die WAA ist ein wichtiger Bestandteil des gesamten atomaren Kreislaufs, zu dem auch die geplanten Zwischenlager in Gorleben, Ahaus, Würgassen und Stade sowie die Atommülllager in Gorleben, Schacht Konrad und Asse gehören.

Abgebrannte Kernbrennstäbe werden in der WAA zu hochgiftigem Plutonium aufbereitet. Mit der Plutoniumproduktion droht die Betreibung von Schnellen Brütern. Eine WAA

setzt bereits im Normalbetrieb mehr radioaktive Strahlen frei als ein AKW. Die Unfallgefahr bei Transport und Betrieb für Plutoniumfabriken ist hoch und gefährdet die Bevölkerung ganz Mitteleuropas. Auf der ganzen Welt existiert bislang keine funktionierende WAA.

Die Planung, eine WAA zu errichten, bedeutet auch die Vernichtung der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs für die anliegenden Gebiete. Eine WAA müssen wir verhindern. Dies ist möglich: In Niedersachsen mußte Ministerpräsident Albrecht die für Gorleben geplante WAA für politisch nicht durchsetzbar erklären. Ministerpräsident Börner wollen wir das gleiche Schicksal bereiten.

Diese Beton- und Strahlenpolitik dient der Durchsetzung umweltfeindlicher Großprojekte, die ausschließlich Profitinteressen befriedigen und nicht den Interessen der betroffenen Bevölkerung dienen. Volksbegehren und Volksentscheid gegen die Startbahn West am Frankfurter Flughafen und gegen die Rodung von drei Millionen Bäumen stehen als ein Beispiel des Votums gegen die anderen umweltfeindlichen Projekte in Hessen.

Am Anfang der Atomtechnologie stand die Atombombe. Die Auswirkungen der Hiroshima-Bombe erschütterten noch heute die Weltöffentlichkeit. Atomkraftwerke und erst recht die WAA stellen das gleiche Gefahrenpotential für die Bevölkerung dar wie die Atombombe. Die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie ermöglicht auch immer die militärische Verwendung. Angesichts wachsender internationaler Spannungen und Kriegsgefahr kommt es heute mehr denn je darauf an, jede weitere atomare Aufrüstung zu verhindern. Das Atomprogramm soll mit aller Gewalt durchgesetzt werden. Je stärker die Bewegung gegen Atomanlagen wird, desto mehr versucht der Staat, uns durch Kriminalisierung ins gesellschaftliche Abseits zu drängen. Angeklagt sind nur Einzelne, doch gemeint sind wir alle.

Unsere Forderungen lauten:
Sofortige Stilllegung aller zivilen und militärischen Atomanlagen!

Keine WAA und keine Startbahn West!

Keine Kriminalisierung von Atomkraftgegnern!

Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv!

Terror gegen türkische Antifaschisten

Verhaftet, gefoltert und von Ausweisung bedroht

FRANKFURT. — Als die Antifaschistische Bürgerinitiative Bornheim ihre Demonstration gegen die drohende Ausweisung der beiden türkischen Kollegen anmeldete (siehe Seite 1), kam vom Bürgermeister Wallmann prompt ein Demonstrationsverbot. Begründung: Es seien Ausschreitungen zu befürchten.

Erst das Verwaltungsgericht hob dieses Verbot — es steht in einer ganzen Reihe von Demonstrationsverboten, die Wallmann seit seinem Amtsantritt verfügt hat — wieder auf, allerdings mit der Auflage, daß die Route nicht durch von Türken bewohnte Stadtviertel führen durfte. Natürlich kam es nicht zu den angeblich befürchteten Ausschreitungen. Geht man jedoch auf die Ereignisse am 11. April zurück, die der Anlaß für die Ausweisungsverfahren waren, dann hat es damals tatsächlich Ausschreitungen der schlimmsten Art gegeben. Aber nicht Demonstranten lösten sie aus, sondern Wallmanns Polizeitruppen.

An diesem 11. April hatten etwa 300 Antifaschisten vor der Türk-Federation gegen eine geplante faschistische Hetzveranstaltung protestiert. Ein Handgemenge, durch eine Provokation der Faschisten zustande gekommen, bildete für die Polizisten den willkommenen Anlaß zu einem Knüppelinsatz von äußerster Brutalität. Alles, was schwarze Haare hatte, wurde zusammengeschlagen, darunter auch ein völlig unbeteiligter Italiener, der vor seinem Haus stand. Sogar vier- bis achtjährige türkische Kinder wurden mit dem Knüppel bedroht und angeschrien: „Haut ab, ihr Kanakenbrut.“ Ein deutscher Passant, der sich darüber empörte, wurde gleich festgenommen und auf's Revier verschleppt.

Schließlich zog ein Polizist seine Pistole und gab mehrere

richtete darüber in der Zeitschlagen derart brutal auf die vorbeigeführten Demonstranten ein, daß einer von ihnen ohnmächtig zusammenbrach und ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Doch selbst das war noch nicht alles.

Was dann in der Wache selbst folgte, weckt Erinnerungen an die Zeit der Gestapo-Keller. Das waren nicht mehr die hierzulande üblichen Mißhandlungen von Gefangenen durch Polizeischläger, das war die bewußte Anwendung von Foltermethoden. Einer der festgenommenen Antifaschisten be-

schrift „Tatsachen aus der Türkei“: „Ich konnte nicht alleine stehen; sie schrien immerzu und traten mich mit Füßen. Sie brachten, besser sie schleppten mich nach oben in eine Zelle. Ich hörte, wie nebenan ebenfalls geschlagen, geschrien wurde. Kurze Zeit später kamen, ohne daß sie auch nur ein Wort gesagt hätten, wieder vier bis fünf Polizisten in die Zelle und schlugen mich. Ich wurde wieder ohnmächtig.“

Sie übergossen mich mit Wasser. Diesmal waren es etwa zehn Polizisten, die sich über mich hermachten. Dann sagte einer der Polizisten, er würde die anderen rauschicken. Allerdings mußte ich ihm schon sagen, wer alles an der Demo teilgenommen hätte. Ich sagte, daß ich selbst nicht teilgenommen hätte und auch niemanden kennen würde. Plötzlich schlug dieser freundliche Polizist mit beiden Händen in mein Gesicht. Ein anderer zog mich an den Haaren und schlug mich mehrmals mit dem Kopf gegen die Wand. Erneut wurde ich bewußtlos. Als ich wieder zu mir kam, merkte ich, daß ich irgendwo am Kopf blutete. Mein ganzer Körper schmerzte. Einer der Polizisten tastete meinen Körper ab und sagte: „Der ist erledigt.“ Ein anderer schrie auf einmal herum und sagte, daß man mich sofort in ein Krankenhaus einliefern mußte. Es kamen Leute aus einem Krankenhaus und forderten mich auf aufzustehen. Da ich nicht stehen und nicht laufen konnte, legten sie mich auf eine Bahre und lieferten mich in ein Krankenhaus ein.“

Bei allen festgenommenen Türken stellten Ärzte später Spuren von Mißhandlungen fest: Platzwunden, Pressungen, Blutergüsse usw. Insgesamt drei Demonstranten mußten vom Schauplatz der Protestkundgebung, bzw. aus dem Polizeirevier mit dem Krankenwagen abtransportiert werden.

Das war die Bilanz der Ausschreitungen vom 11. April. Die uniformierten Schläger müssen zur Verantwortung gezogen und bestraft werden!



Opfer des Polizeiterrors in Frankfurt.

Weg mit der Neutronenbombe!

Auf der ganzen Welt hat die Entscheidung der Reagan-Regierung, die Neutronenbombe zu produzieren, Empörung und Proteste ausgelöst. Auch in mehreren Städten der Bundesrepublik kam es in der vergangenen Woche zu ersten Protestaktionen gegen diese Entscheidung, wobei in Frankfurt ein Polizist mit gezogener Waffe gegen Demonstranten vor dem Hauptquartier des V. US-Korps vorging.

Eine Reihe von Regierungen europäischer NATO-Staaten hat sich inzwischen eindeutig gegen eine Stationierung dieser neuen Massenvernichtungswaffe in ihren Ländern ausgesprochen. So stellte der niederländische Außenminister von der Stoel klar, daß seine Regierung jedes amerikanische Stationierungsgesuch ablehnen werde. Ähnlich äußerte sich der dänische Außenminister Olesen, der überdies darauf hinwies, daß Dänemark die Lagerung jeglicher Atomwaffen auf seinem Territorium ablehne. Die norwegische Regierung protestierte sogar offiziell bei der Osloer US-Botschaft gegen Reagans Entscheidung.

Ganz anders sah es dagegen in Bonn aus. Führende Politiker der CDU/CSU überboten sich gegenseitig mit Bekenntnissen zur Neutronenbombe, deren Stationierung in der Bundesrepublik sie forderten, weil sie angeblich eine „friedenssichernde

Waffe“ seien. Das paßt ja nun wahrlich schlecht zu der Begründung, die zum Bau der Neutronenbombe herhalten mußte: daß sie nämlich eine wirksame Waffe zur Abwehr sowjetischer Panzerverbände sei. Nun hat aber diese Bombe nur eine Reichweite von etwa 1000 Kilometern und auch ein berufsmäßiger Tatsachenverdreher wie Herr Rühl wird ja wohl kaum behaupten wollen, daß in dieser Distanz sowjetische Panzer vor den Grenzen der USA stehen würden.

Aber inzwischen hat der amerikanische Kriegsminister Weinberger höchstpersönlich die Bundesregierung Lügen gestraft. In einem seiner zahlreichen Interviews in der vergangenen Woche sagte er, daß die Neutronenbombe natürlich für Europa bestimmt sei und überall dort eingesetzt würde, wo man sie brauche. Wofür aber brauchen die amerikanischen Imperialisten gerade diese Waf-

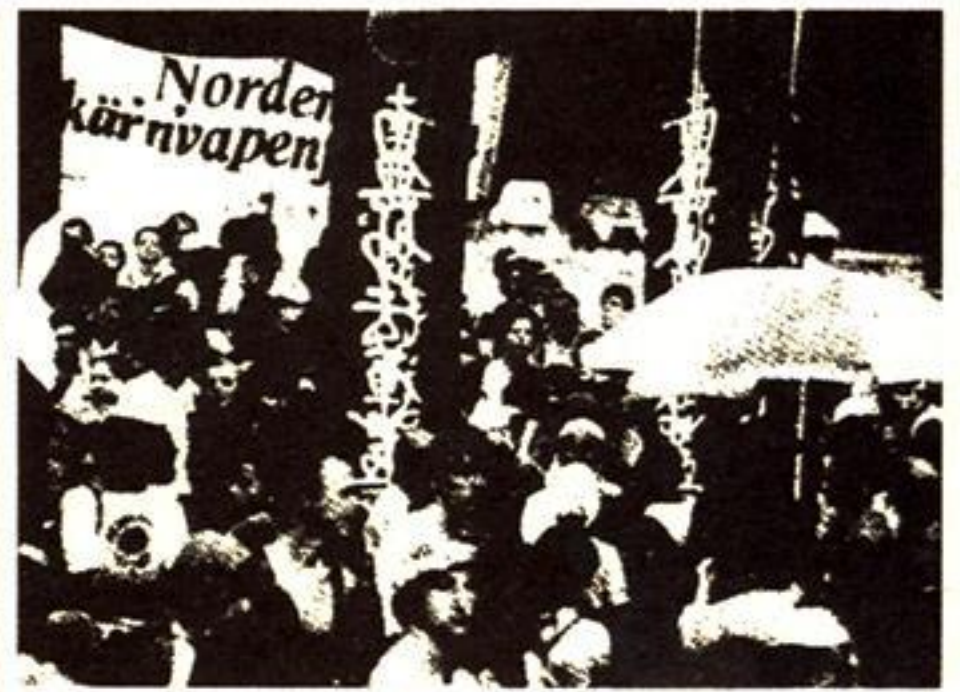
druckt sich in dieser Waffe nicht — wie Bahr es sagt — die „Per-Version menschlichen Denkens“ aus, sondern gerade die Menschenverachtung, die Bestialität des Imperialismus, der kaltblütig den atomaren Massenmord plant, gleichzeitig aber darauf sieht, daß die „Sachwerte“ erhalten bleiben, um deretwillen er seine Kriege führt.

Von der „unmenschlichen Abart der Massenvernichtungswaffen“ sprach jetzt im Hinblick auf die Neutronenbombe die sowjetische Propaganda. Gleichzeitig aber wurde unmißverständlich herausgestellt, daß die Sowjetunion die Bereitstellung auch dieser „unmenschlichsten Abart“ nicht allein den USA überlassen will. Die letzten Erklärungen aus Moskau ließen zwar die Frage offen, ob die Neutronenbombe in der Sowjetunion bereits produziert oder erst im Erprobungsstadium ist. Immerhin hatten die Kreml-Herren ja bereits vor drei Jahren getönt, daß die Produktion dieser Waffe für sie keine Schwierigkeiten darstellen würde. Und die sowjetischen Sozialimperialisten ließen auch in der vergangenen Woche keinen Zweifel daran, daß sie bereit sind, ihre Massenvernichtungswaffen gegen die Völker Europas einzusetzen. Im Fall eines atomaren

für diese Waffe notwendigen Trägersysteme schon längst in der Bundesrepublik und zum anderen können die Sprengköpfe — wie das Pentagon jetzt erklärte — binnen Stunden aus den USA nach Westeuropa eingeflogen werden. Das bedeutet: Selbst wenn die Neutronenbombe jetzt nicht bei uns stationiert würde, könnte sie dennoch von einem Tag auf den anderen von unserem Territorium aus zum Einsatz gebracht werden.

Und weiter: Wer entscheidet über diesen Einsatz? Weinberger erklärte dazu mit der kalten Arroganz, die für die Reagan-Leute typisch ist: Was für die in Westeuropa stationierten US-Truppen nützlich sei, das entscheide allein die amerikanische Regierung. Und auch Bundes-sprecher Rühl mußte in der vergangenen Woche zugeben, daß es nach den geltenden Verträgen „im Prinzip“ den USA überlassen sei, mit welchen Waffen sie ihre Streitkräfte in Westeuropa ausrüste. Und das bedeutet ja: Die US-Imperialisten haben schon im voraus den Freibrief für die Stationierung und auch den Einsatz jeglicher Waffen in Europa — einschließlich der Neutronenbombe.

Gerade das aber macht eindringlich deutlich, daß der Kampf gegen die amerikanischen Atomwaffen in unserem Land sich nicht darin erschöpfen kann, die Bundesregierung zur Aufkündigung des NATO-Raketenbeschlusses und zur Ablehnung der Neutronenbombe zu zwingen. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, indem der amerikanischen Supermacht ein für alle Mal die Mög-



Teilnehmer des Friedensmarsches in Paris

Friedensmarsch für ein atomwaffen-freies Europa beendet

PARIS. — Mehr als sechs Wochen nach seinem Start in Kopenhagen ging am vorletzten Wochenende der Friedensmarsch für ein atomwaffenfreies Europa zu Ende. Durch die nördlichen Arbeiterviertel von Paris über die Place de la Bastille zogen die Demonstranten zum Wald von Vincennes im Herzen der französischen Hauptstadt.

Am Jahrestag der amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki bildete eine Großveranstaltung in einem Zirkuszelt den Abschluß des Friedensmarsches. Die Initiative zu diesem Marsch war von jeweils zehn Frauen aus den skandinavischen Ländern ausgegangen. Der Zug, an dem sich mehrere hundert Menschen die ganze Zeit über beteiligten, führte durch insgesamt fünf Länder — Dänemark, die Bundesrepublik, Holland, Belgien und Frankreich.

Überall stießen die Friedensmarschierer dabei auf eine breite Unterstützung ihrer Initiative. In vielen Städten nahmen örtliche Kriegsgegner die Ankunft des Friedensmarsches zum Anlaß, um Demonstrationen und Kundgebungen zu organisieren. Insgesamt haben sich so etwa 50000 Menschen an den Aktionen im Zusammenhang mit dem Friedensmarsch beteiligt.

USA: Justizterror gegen Kriegsgegner

NORRISTOWN. — Mit äußerster Brutalität hat die amerikanische Justiz auf eine Aktion

christlicher Kriegsgegner geantwortet. Im September 1980 waren acht Personen in ein Werk des Rüstungskonzerns General Electric eingebrochen und hatten dort zwei Marschflugkörper vom Typ Cruise Missiles mit Hammerschlägen beschädigt. Außerdem vergossen sie aus Protest ihr eigenes Blut über einen Stapel von Dokumenten.

Wegen „krimineller Konspiration“ wurden sie jetzt alle zu Haftstrafen verurteilt. Die beiden „Rädelsführer“, der Jesuitenpater Daniel Berrigan und sein Bruder, wurden dabei sogar für zehn bzw. drei Jahre hinter Gitter geschickt. Ein deutliches Zeichen dafür, daß die US-Justiz mit Reagans Kriegskurs gleichgeschaltet ist und erbarmungslos gegen alle vorgeht, die sich diesem Kurs in den Weg stellen.

Neuer „Roter Marder“ erschienen

Die neue Ausgabe der KJD-Soldatenzeitung ist da: Mit vielen Berichten aus den Kasernen und Artikeln unter anderem zu Apels neuen Gelöbnisplänen, zur gemeinsamen Erklärung DGB/Bundeswehr und (siehe Faksimile) zum Tod von drei Soldaten im Wesel-Datteln-Kanal. Der „Roter Marder“ kann beim Verlag Roter Morgen bezogen werden. Für Soldaten kostenlos. Für alle anderen pro Jahr im Abo 5 Mark, Einzelheft 0,50 Mark.



Demonstration gegen die Neutronenbombe am 19.3.78 in Amsterdam. Die massiven Proteste in Westeuropa zwangen Carter vor drei Jahren, die endgültige Produktion der Bombe zurückzustellen.

Waffe“, eine „klassische Verteidigungswaffe“ wäre, auf die man nicht verzichten könne. CSU-Boß Strauß ging dann noch weiter und verlangte auch die Ausrüstung der Bundeswehr mit der Neutronenbombe. Damit ist zum ersten Mal seit langer Zeit wieder offen die Forderung nach einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr gestellt worden.

Und wie verhielt sich die Bundesregierung zu dem neuen Vorstoß der amerikanischen Kriegstreiber? Sie ließ durch ihren Sprecher Rühl eine Reihe von Erklärungen abgeben, die allesamt darauf hinausliefen, die Produktion der Neutronenbombe zu einem amerikanischen Problem zu erklären, das die Menschen in der Bundesrepublik nichts angehe. Nach Kenntnis der Bundesregierung, so Rühl, gebe es keine amerikanischen Pläne, die Neutronenbombe in Europa zu stationieren. Deshalb sei auch eine vorherige Konsultation der NATO-„Partner“ über die Produktionsentscheidung „nicht aktuell“ gewesen.

Wollen also die Amis ihre neue Atomwaffe etwa für sich

fe? Der frühere SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr hat in diesem Zusammenhang in der letzten Ausgabe des „Vorwärts“ interessante Ausführungen gemacht. Er schrieb dort: „Man muß sich darüber im Klaren sein, daß die Neutronenbombe auch eine ausgezeichnete Angriffswaffe wäre. Ein Angreifer kann sie einsetzen, um das Gelände, das er erobern will, von Verteidigern freizumachen, um die Produktionsstätten möglichst unversehrt in seinen Besitz zu bringen, bevor Panzerstreitkräfte anrollen.“

Man kann sicher sein, daß Bahr damit auch die Pläne der Pentagon-Strategen getroffen hat. Tatsächlich ist die Neutronenbombe in erster Linie eine Waffe für den imperialistischen Angriffskrieg. Sie wirkt ja nicht wie eine herkömmliche Atombombe vor allem durch den gewaltigen Druckstoß, der ungeheure Verwüstungen anrichtet. Sondern sie gibt 80 Prozent ihrer Energie in Form von Strahlung ab. Und das bewirkt eben, daß im Bereich des Zielgebiets alles Leben vernichtet wird, die „Sachwerte“ dagegen weitgehend erhalten bleiben. So

Konflikte, der durch den Einsatz der Neutronenbombe ausgelöst werden könnte, so hieß es in der „Prawda“, würde eine Reihe von Staaten in Europa „schlechthin“ aufhören zu existieren.

Die Stationierung der amerikanischen Neutronenbombe in unserem Land muß unter allen Umständen verhindert werden. Im Kampf gegen die Aufstellung dieser Waffe müssen einige wichtige Tatsachen berücksichtigt werden, auf die der US-Kriegsminister Weinberger in seinen letzten Interviews verwiesen hat.

Zunächst einmal ist da die Behauptung Weinbergers, die USA dächten gar nicht daran, die Neutronenbombe gegenwärtig in Westeuropa zu stationieren, um sich „lange und ergebnislose Debatten“ mit den europäischen Gegnern dieser Waffe zu ersparen. Unterstellen wir einmal, daß der US-Kriegsminister hier nicht gelogen hat. Tatsächlich ist die gegenwärtige Stationierung der Neutronenbombe für die strategischen Pläne der amerikanischen Imperialisten auch gar nicht erforderlich. Denn zum einen stehen die

lichkeit genommen wird, unser Land zu ihrer Raketenrampe, zum Schlachtfeld eines neuen imperialistischen Krieges zu machen. Und das bedeutet, daß der Kampf für ein Ausscheiden der Bundesrepublik aus dem amerikanischen Kriegspakt geführt werden muß.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands. Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 5a, geöffnet Mi 17 - 18 Uhr	3000 Hannover, Parteibüro der KPD, Eisenstr. 24, Tel. 0511 / 445162, geöffnet Sa 10 - 14 Uhr
4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefienstr. 110	2100 Heilbronn, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst Thälmann-Kaserne, Heilbronn 12, geöffnet Di 18.30 - 19.30 Uhr
2800 Bremen-Wallert, Buchladen: Roter Morgen, Wallert Heerstr. 70, Tel. 0421 / 393888, geöffnet Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr	7500 Karlsruhe 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen, Linkskurve, Guelthestr. 25b (Nahe Kaiserallee), geöffnet Di - Fr 17 - 18.30 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr, Tel. 0721 / 848408
4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Stülkenstr. 12, Eingang Clausstr. 1, Tel. 0231 / 832328, geöffnet Mi - Fr 17 - 19 Uhr	2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel. 0431 / 567702, geöffnet Mi - Fr 9 - 13 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr
4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellingerhofstr. 103, Tel. 0231 / 433691, 92	5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neuzeit“, Mathienstr. 37a, Tel. 0221 / 554956, geöffnet Di - Fr 17 - 18.30 Uhr
4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel. 0203 / 443014	6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Rheinland-Platz, Saar-Wilhelms-Brücke, Frankenthaler Str. 186, Tel. 0621 / 523966
4000 Düsseldorf 1, Eilert, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eilert 7, geöffnet Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr	8500 Nürnberg, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel. 0911 / 438043, geöffnet Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr
6000 Frankfurt 1, Parteibüro der KPD, Bückenheimer Anlage 1, geöffnet Di - Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr	4500 Osnabrück, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Spartenstr. 5
7800 Freiburg, Parteibüro der KPD, Klarstr. 29, geöffnet Sa 10 - 13 Uhr	7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel. 0711 / 432388, geöffnet Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr
2000 Hamburg 6, Buchladen: Roter Morgen, Schulterblatt 98, Tel. 040 / 4300709, geöffnet Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr	Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel. 030 / 4653966, geöffnet Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr



Streikende Stahlarbeiter: Immer neue Angriffe auf die Arbeitsplätze werden veröffentlicht.

Nationale Stahlpläne werden deutlicher

Noch mehr Stahlarbeiter sollen entlassen werden!

BONN. — Durch einen Artikel im „Spiegel“ wurden in der letzten Woche Einzelheiten über Verhandlungen zwischen Hoesch und Krupp über die geplante Zusammenarbeit im Stahlbereich bekannt, die von Bonn aus organisiert wurden. Zwar betonten die betreffenden Manager Rohwedder (Hoesch) und Gödde (Krupp), in dem betreffenden Artikel seien einige Spekulationen enthalten, aber sie konnten sich noch nicht einmal zu einem echten Dementi aufraffen.

Diese Verhandlungen zeigen zum einen noch einmal in aller Deutlichkeit, wie verlogen das ständige Gejammer der westdeutschen Stahlbosse ist, nur die ausländische Konkurrenz würde von ihren jeweiligen Staaten subventioniert. Bonn und Düsseldorf sind durchaus bereit zu zahlen, wenn die Kapitalisten Massenentlassungen vornehmen — das hatten schon die Fahrten der Hoesch-Manager nach Bonn gezeigt.

Was aber vor allem daran deutlich wird, ist, daß man unter dem Eindruck der tiefen Krise offensichtlich energisch eine sogenannte große Lösung anstrebt, die — mag sie auch unterhalb einer offiziellen „Deutschen Stahl AG“ liegen — grundsätzlich eine Übereinkunft aller Stahlmonopole bedeutet. Was auch durch die bisher noch verleugneten Ge-

sprache von Hoesch mit ARBED bewiesen wird.

Für die Stahlarbeiter bedeutet dies eine noch größere Gefahr weiterer Massenentlassungen über bereits bestehende Pläne hinaus. Im konkreten Fall von Hoesch wäre der vor kurzem abgesegnete Plan, die Belegschaft bis 1987 auf 13000 Arbeitsplätze abzubauen, schon wieder überholt.

Die Betriebszelle Hoesch der KPD hat diese Entwicklung in der neuesten Ausgabe ihrer Betriebszeitung „Stählerne Faust“ sofort veröffentlicht und die notwendigen Forderungen im Kampf gegen die Massenentlassungen bekräftigt. Wir drucken diesen Artikel aus der Betriebszeitung nebenstehend vollständig ab.

Inzwischen werden alle grossen Stahlbetriebe zunehmend von der Krise erfaßt, und alle kennen nur ein Konzept: Entlas-

sungen. Darauf steuert jetzt Peine/Salzgitter mit der in dieser Woche angekündigten Kurzarbeit für mehrere hundert Arbeiter zu, und das beginnt jetzt bereits bei den Hamburger Stahlwerken der Korffgruppe, die Entlassungspläne Anfang August bestätigte — die IG Metall sprach von 300 geplanten Entlassungen.

Zur selben Zeit hat sich jetzt auch die niedersächsische Landesregierung an Bonn gewandt und gefordert, jede Hilfe, die dem Ruhrgebiet zugute kommen sollte, müßte sich auch für Niedersachsen auswirken, sonst werde man alle zustimmungspflichtigen Sachen im Bundesrat ablehnen. So wird immer deutlicher, daß es der Staat ist, der mit den Steuergeldern, die vor allem von den arbeitenden Menschen bezahlt werden, die Rationalisierungen der Konzerne finanzieren soll.

Neue Verhandlungen Krupp-Hoesch:

Rohwedders Marsch zur Kaltwalzwerks-GmbH

(Aus: „Stählerne Faust“ KPD-Betriebszeitung für die Hoesch-Betriebe, Dortmund)

Nachdem mehrere Monate verächtliche Ruhe herrschte, was die Verhandlungen zwischen Krupp und Hoesch angeht, ist die Katze jetzt aus dem Sack. Rohwedder, ehemaliger Staatssekretär in Bonn, und Gödde von Krupp, haben bereits Anfang Juli Verhandlungen über weitreichende Zusammenarbeit geführt.

Entsprechend dem Beschluß der Bundesregierung vom 30. 7. 1981, in dem es heißt: „unabhängig von der derzeitigen Marktsituation sind auch in der deutschen Stahlindustrie Strukturanpassungen notwendig. Es obliegt den Unternehmen eigenverantwortlich die notwendigen Strukturkonzepte zu entwickeln. Sie müssen unternehmensintern, aber auch unternehmensübergreifend Rationalisierungsreserven nach Möglichkeit ausschöpfen und den Aufbau neuer Kapazitäten durch Parallelinvestitionen in gleichartige Anlagen vermeiden. Dabei sieht die Bundesregierung eine Reihe von Gestaltungsmöglichkeiten. Sie unterstreicht jedoch zugleich mit Nachdruck, daß eine umfassende „Deutsche Stahl AG“ nicht im Interesse der öffentlichen Hand und der Stahlverbraucher liegen.“

Daß bei diesen „Gestaltungsmöglichkeiten“ über 25000 Arbeitsplätze auf der Strecke bleiben sollen, wird von

den Regierungen in Bonn und Düsseldorf kaltblütig in Kauf genommen. Wenn sich die bisher bekannt gewordenen Informationen bewahrheiten, ist das erst vor zwei Monaten auf der Hütte beschlossene Konzept — Abbau auf 13000 Arbeitsplätze bis spätestens 1987 — schon wieder hinfällig. Neben der Schließung von SM3 (Westfalenhütte), Elektrostahlwerk (Westfalenhütte), Blockstraße (Westfalenhütte PB1/Ph) wären schon kurzfristig weitere Betriebseinschränkungen bzw. -schließungen vorgesehen: Feinstahlstraße (P4/Westfalenhütte), Einschränkung der Blockbrammenstraße (F1/Phönix) auf Ein-Schichten-Betrieb. Krupp würde die profitablen, höherlegierten Stähle aus dem Bereich P4 übernehmen, ebenso die Produktion des Elektrostahlwerks. Außerdem liefert Krupp bisher schon an die Hoesch-Betriebe in Hohenlimburg — da diese Menge ausweit werden soll, sind sowohl P B1 (Westfalenhütte) wie auch die F1 (Phönix) betroffen.

Hoesch würde die Gießerei in Hagen-Eckesey stilllegen, Krupp Kaltwalzwerkskapazitäten in Hagen, eventuell in Benrath-Dillenburg.

Damit wäre auf der Hütte außer der Halbzeugproduktion und dem Flachbereich nur noch die P1 auf Union vorhanden.

Hier gibt es — natürlich vorerst nicht bestätigte — Gespräche mit der Firma ARBED über weitere Zusammenarbeit — sowohl ARBED könnte die Hoesch-Spundbohlenproduktion übernehmen — wie auch umgekehrt.

Die Konsequenz aus beiden Maßnahmen — sowohl Kooperation mit Krupp, wie auch Gründung einer Produktionsgesellschaft mit ARBED bedeuten langfristig, daß sich auch ein eigener Hochofen und Stahlwerkstempel der Hütte in Dortmund erledigen. Die für die Warmbreitbandstraße und die Kaltwalzwerke nötigen drei bis vier Millionen Tonnen Stahl sind sowohl Ijmuiden wie auch Krupp bereit und in der Lage zu liefern. Damit hätte Rohwedder sein Ziel erreicht — 4000-Mann-Betrieb — Kaltwalzwerks GmbH!

Die Folgen: Massenarbeitslosigkeit und Verödung der ganzen Region Dortmund

Wir Kommunisten meinen:

Nicht das Vertrauen auf die schönen Sprüche der Politiker helfen uns da weiter, sondern konsequenter, gemeinsamer Kampf aller Stahlarbeiter zur Sicherung unserer Arbeitsplätze.

Was hilft uns eine lumpige

Adlerwerke und VDM Hedderheim

Massenentlassungen in Frankfurter Industrie

Keine „Aufnahmefähigkeit“ mehr bei Handel und Banken

FRANKFURT/MAIN. — Innerhalb weniger Tage wurden in Frankfurt zwei Pläne von Massenentlassungen akut: Die Schließung des Werkes Hedderheim der Vereinigten Deutschen Metallwerke mit rund 1700 Beschäftigten und die Entlassung von 2800 Menschen beim VW-Betrieb Adler. 4500 anstehende Entlassungen veranlaßten die „Frankfurter Rundschau“ zur Feststellung: „Der Aderlaß hält an“.

Und tatsächlich: innerhalb der letzten elf Jahre wurden in Frankfurts Industrie von den damals bestehenden 137000 Arbeitsplätzen rund 30000 vernichtet.

Dabei sank die Zahl der in der Elektrotechnik arbeitenden um 7000 auf 25000, bei Metall um 10000 auf 12000, um nur die größten Rückgänge zu vermelden.

Die IG Metall zählte in den drei letzten Jahren 14 Großbetriebe in denen es massive Entlassungen gegeben hat, darunter AEG, T&N, Demag und andere Monopole.

Neben den jetzt anstehenden Angriffen auf die Belegschaften von Adler und VDM bereitet auch der Autozulieferer VDO massive Arbeitsplatzvernichtungen vor.

Wären die meisten der bisher Entlassenen in Handel und Banken untergekommen, wo sie neue Arbeitsplätze fanden, so ist dieser Ausweg im Wirtschaftszentrum Frankfurt heute verbaut.

In den Prachtbauten der westdeutschen Großbanken wird durchrationalisiert. Mit 40000 Arbeitsplätzen ist die Kreditwirtschaft der größte Arbeitgeber im Raum Frankfurt, vor der Chemieindustrie mit 39000. Aber gerade seit Beginn dieses Jahres werden in den unteren Etagen dieser kapitalistischen Zentren wahre Kahl-schlagorgien gefeiert, die seit langem vorbereitet wurden. So

vernichtete die Commerzbank in den ersten sieben Monaten des Jahres monatlich 100 Arbeitsplätze, die Dresdner Bank über 200.

Bei fast 20000 Arbeitslosen und einer — amtlich eingestanden — Dunkelziffer (also die nicht registrierten Menschen ohne Arbeit) von weiteren 10000 und konkreten Entlassungsplänen für 5000 Industrie-arbeiter und weiteren großen Rationalisierungsplänen bei den Banken und auch den großen Kaufhäusern wird die Situation nun auch in Frankfurt zunehmend ernster.

Wobei auch hier ein Spiel mit der Ungewißheit getrieben wird — für die nächsten vier Jahre sagte die IHK den Verlust von weiteren 10000 Arbeitsplätzen in der Industrie voraus.

Gerade die Belegschaft der Adlerwerke muß gegenwärtig am eigenen Leib erfahren, wie es

ist, wenn man unwissend gehalten wird. Die Geschäftsleitung weigerte sich, auf einer Betriebsversammlung Auskunft über ihre Pläne zu geben.

Dabei aber dreht es sich nur darum, ob der Betrieb ganz dicht gemacht werden soll — wie bei VDM — oder ob es noch einige hundert Arbeitsplätze geben wird. Massenentlassungen wird es auf jeden Fall geben. Betriebsrat und IG Metall forderten zwar massiv Auskunft über diese Pläne, unternahmen aber bisher keine Schritte, um den Massenentlassungen zu begegnen.

Auch bei VDM protestiert der Betriebsrat lediglich gegen die völlige Werkschließung und fordert stattdessen die konsequente Fortsetzung des 1979 beschlossenen Sanierungsplans — ohne zuzugeben, wie viele Arbeitsplätze dabei ohnehin verloren gehen würden. Dieser Plan habe sich bisher „in einer deutlichen Ergebnisverbesserung“ bemerkbar gemacht. Offensichtlich zerbrechen sich die meisten Betriebsräte bei VDM den Kopf der Unternehmer, im konkreten der Metallgesellschaft, deren Tochterbetrieb die VDM ist.

Kurz berichtet

Elektroproduktion im Rückgang

FRANKFURT. — Der Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie gab in seinem Bericht für das erste Halbjahr 1981 einen realen Rückgang der Aufträge um 2,6 Prozent bekannt.

Dabei kamen aus dem Ausland ungefähr ähnlich viel Bestellungen wie im Vorjahr, der Rückgang resultiert aus den Inlandsaufträgen. Dementsprechend entließen die Kapitalisten in den ersten fünf Monaten des Jahres 33000 Arbeiter und Angestellte. Das größte Monopol in diesem Bereich, die Siemens AG, hat von Oktober bis Mai allein 7000 Entlassungen verfügt und will bis zum Ende des Firmengeschäftsjahres weitere 3000 Arbeitsplätze vernichten. Siemens beschäftigt in der BRD jetzt noch 228000 Menschen, im Ausland wurde die Zahl der Beschäftigten im gleichen Zeitraum um tausend auf 110000 erhöht.

300 Sklavenhalter in Südbayern

MÜNCHEN. — Das Landesarbeitsamt Südbayern gab Anfang August bekannt, daß in seinem Zuständigkeitsbereich allein 300 der sogenannten Sklavenhalterfirmen tätig sind.

Der illegale Verleih von Arbeitern hat in den letzten Jahren immer mehr zugenommen — nicht zuletzt wegen der Arbeitsverbote für Asylsuchende, wie auf der Pressekonferenz des Arbeitsamtes betont wurde.

In Südbayern verliehen diese Verbrecher rund 20000 Menschen, in ganz Bayern zusammen rund 30000.

Haupttätigkeitsgebiet ist und bleibt das Baugewerbe, in dem zwei Drittel der verliehenen Menschen arbeiten müssen, ohne Rechte, ohne Versicherung, ohne Tarife.

Die größten dieser Sklavenhalter haben über 60 Arbeiter zum Verleih angeboten und kassieren von den Firmen meist rund 25 Mark je Stunde, von denen der Arbeiter etwa 40 Prozent erhält. Mehrere tausend Fälle hat es aber auch schon gegeben, in denen die Arbeiter ganz leer ausgingen. Zur Kontrolle dieser Sparte, vor allem der etwa 160 legalen Verleihfirmen, aber auch der offenen Gangster, hat das südbayerische Arbeitsamt gerade zwei Drittel mehr neue Stellen bewilligt bekommen: statt drei tun jetzt fünf Beamte diesen Dienst...

Handwerk im Abwind

ESSEN. — Nach einem Bericht des RWI in Essen wirken sich die Krisenerscheinungen des westdeutschen Kapitalismus immer stärker auch auf das Handwerk aus.

Während für die Gesamtwirtschaft der BRD ein realer Rückgang von etwas über 1,5 Prozent für 1981 zu erwarten ist, beträgt diese Erwartung für das Handwerk bereits über 2 Prozent. Diese besondere Auswirkung ergibt sich aus der 40-prozentigen Abhängigkeit des Handwerks vom Baugewerbe.

Ungefähr 50000 Entlassungen seien die Perspektive innerhalb des nächsten Jahres, meinte das RWI.

„Friedensaufruf des DGB“

Unter seinen rund acht Millionen Mitgliedern startet der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) vom Antikriegstag, dem 1. September an, eine Unterschriftenaktion für Abrüstungsverhandlungen und gegen ein weiteres Wettrüsten. Der „Friedensaufruf“ hat folgenden Wortlaut:

„In diesem Jahrhundert haben zwei Weltkriege unermessliches menschliches Leid gebracht und Millionen von Opfern gefordert. Besonders die Arbeitnehmer und ihre Familien haben die verheerenden Folgen dieser Kriege erfahren und tragen müssen.

Die Arbeitnehmer wissen: Frieden ist die Grundlage für die Beseitigung von Hunger und Elend und die Erreichung sozialer Sicherheit in allen Teilen der Welt.

Frieden ist eine elementare Voraussetzung für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt und für die Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaft.

Nur im Frieden kann das Lebens- und Selbstbestimmungsrecht aller Nationen verwirklicht und die Verständigung zwischen den Völkern gefördert werden.

Nur im Frieden können sich die Grund- und Freiheitsrechte der Menschen entfalten und demokratische Strukturen entwickeln.

Nur im Frieden können freie und unabhängige Gewerkschaften ihren Auftrag erfüllen.

In diesem Bewußtsein haben sich die Gewerkschaften stets für einen dauerhaften Völkerfrieden eingesetzt. Die Gewerkschaftsbewegung ist immer auch eine Friedensbewegung.

Heute ist der Frieden mehr denn je gefährdet. Überall auf der Welt wachsen Spannungen. Konflikte werden immer häufiger mit militärischer Gewalt ausgetragen:

Die Besetzung Afghanistans verletzt das Selbstbestimmungsrecht dieses Volkes und versetzt der Entspannungspolitik einen schweren Schlag. Weitere militärische Aktionen dieser Art könnten das Ende jeder Verständigungsbereitschaft bedeuten.

Die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Nahen Ostens läßt die militärischen Konfrontationen in diesem Gebiet zu einer ständigen Bedrohung des Weltfriedens werden.

Bürgerkriege und militärische Unterdrückung, wie in El Salvador oder wie in der Türkei, fordern täglich neue Opfer an Menschenleben. Die Unterstützung der regierenden Militärs verlängert die Leiden der unterdrückten Völker.

Politische Auseinandersetzungen in Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika fordern täglich unzählige Menschenleben, führen oft zu Massenvernichtungen und selbst zum Völkermord.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften lehnen die Anwendung militärischer Gewalt zur Anwendung politischer und wirtschaftlicher Probleme ab. Sie fordern, daß Friedenspolitik Vorrang vor allen anderen politischen Aufgaben hat. Die einzige Chance für eine dauerhafte Friedenssicherung besteht in der Fortsetzung der Entspannungspolitik. Internationale Konflikte können nur durch Verhandlungen abgebaut und gelöst werden.

Eine wirkliche Entspannung kann nur auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens gedeihen. Die Gewerkschaften erwarten, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um durch vertrauensbildende Maßnahmen ein Klima der Verständigung zwischen den Völkern zu schaffen. Hierzu gehören insbesondere die

Beendigung der Besetzung Afghanistans und die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens.

Die weltweit angehäuften Rüstungspotentiale beschwören die Gefahr herauf, daß ein Krieg alles Leben vernichtet. Ein weiteres Wettrüsten macht das militärische Risiko nicht kalkulierbarer. Es steigert die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verurteilt mit aller Entschiedenheit die jede menschliche Existenz bedrohende Vorstellung eines begrenzten atomaren Krieges. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften fordern eine allgemeine, ausgewogene und kontrollierte Abrüstung, um der lebensbedrohenden Gefährdung insbesondere durch Massenvernichtungswaffen Einhalt zu gebieten. Sie erwarten, daß zwischen den Regierungen alle Gesprächschancen genutzt werden, um zu einer Reduzierung der Rüstungen zu gelangen. Besondere Verantwortung tragen hierbei die größten Militärpakte und insbesondere die beiden Supermächte.

Die Gewerkschaften fordern, daß umgehend Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen werden, eine weitere Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Ost und West zu verhindern und die vorhandenen abzubauen. Dies liegt im gemeinsamen europäischen Interesse.

Unvereinbar mit der Politik der Friedenssicherung ist der Export von Waffen in Spannungsgebiete und Entwicklungsländer. Dadurch werden enorme Mittel gebunden, die für die Überwindung von Hunger und Not notwendig sind.

Eine stabile Friedensordnung setzt deshalb auch die weltweite Beseitigung von Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit, Analphabetismus und Unterdrückung voraus. Die Gewerkschaften verlangen, daß die Industriestaaten in West und Ost ihrer politischen und moralischen Verpflichtung nachkommen, ihren Einsatz für die Entwicklung der Dritten Welt zu verstärken. Die Gewerkschaften bekräftigen ihren Willen, mit ihren Mitteln die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der Völker zu ermöglichen.

Wir, die Unterzeichner dieses Aufrufs, fordern die Regierungen der USA und der Sowjetunion auf, unverzüglich Verhandlungen über Rüstungsbeschränkungen und Rüstungsabbau aufzunehmen. Der deutsche Bundestag und die Bundesregierung werden aufgefordert, alle ihre Möglichkeiten zur schnellen Inangriffnahme solcher Verhandlungen zu nutzen.

Ziel dieser Verhandlungen muß sein:

Auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten, die Produktion von Atomwaffen einzustellen, die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen.

Dies sind die unerlässlichen Voraussetzungen für Vereinbarungen über das Verbot der Entwicklung der Herstellung der Lagerung der Weitergabe und der Anwendung atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neue Waffentechnologien mit dem Ziel einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung.

Dafür trete ich ein.“

FR

Zum Friedensaufruf des DGB

Der nebenstehend abgedruckte „Friedensaufruf des DGB“ ist die erste umfassende aktuelle Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Gefahr eines neuen Krieges.

Ohne Zweifel ist es zu begrüßen, daß der DGB-Vorstand zu diesem brennenden Problem Stellung bezieht, und daß dies mit einer richtigen und klaren Begründung geschieht:

„Die Gewerkschaftsbewegung ist immer auch eine Friedensbewegung“ — so werden die Gründe für die Veröffentlichung dieses Aufrufs zusammengefaßt. Von dieser Position aus haben zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen seit längerer Zeit gesteigerte Aktivität des DGB gefordert.

Der Friedensaufruf nennt auch die Ereignisse, die die Verschärfung der Kriegsgefahr signalisieren: Afghanistan, Salvador, Türkei, Nahost und die Mittelstreckenraketen in Europa.

Die Forderungen nach Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, Beendigung der Hilfe für die Militärdiktaturen, Verzicht auf neue Mittelstreckenraketen und Abbau der bereits aufgestellten, wie auch die Forderung nach Beendigung des Waffenexports sind richtige und wichtige Forderungen. Sie stehen, was die Unterstützung der türkischen Militärdiktatur und das Verbot des Waffenexports betrifft, auch im Gegensatz zur Politik der gegenwärtigen Bundesregierung.

Auch die im Aufruf genannten weitergehenden Vorstellungen sind durchaus zu begrüßen und im Sinne der Interessen der Arbeiterklasse.

Aus all diesen Gründen stellt dieser Aufruf im allgemeinen

eine Basis dafür dar, die gewerkschaftliche Friedensbewegung zu stärken, die Millionenmassen der Gewerkschaftsmitglieder zu mobilisieren.

Man muß dazu in aller Klarheit festhalten, daß dieser Aufruf des DGB politisch nicht einseitig in dem Sinne ist, daß etwa nur der sowjetische Sozialimperialismus für die wachsende Bedrohung durch Krieg verantwortlich gemacht wird. Im Vergleich etwa zum „Krefelder Appell“ ist er sogar „ausgewogener“, da dort ja ausschließlich der USA-Imperialismus als Kriegstreiber angegriffen wird, was eines der Hemmnisse für die weitere Verbreitung der Friedensbewegung ist.

Der entscheidende Mangel dieses Aufrufs ist der, daß nicht Stellung genommen wird zur Frage der sogenannten „Vorleistungen“, der einseitigen Abrüstung.

Eine allgemeine, ausgewogene und kontrollierte Abrüstung, wie sie in dem Aufruf gefordert wird, ist sicherlich wünschenswert. Aber diese Forderung nach ausgewogener Abrüstung wird doch auch — heuchlerisch — von den Supermächten selbst von jeher vertreten, seit ewig verhandelt, sei es in Genf, sei es in Wien, sei es in Madrid. Gerade diese Parole erlaubt es ihnen, sich demagogisch als Befürworter der Abrüstung hinzustellen, tatsächlich aber immer mehr aufzuräumen.

Ohne die Forderung nach einer einseitigen Abrüstung steckt man genau in der Sackgasse, in der die Kriegstreiber die Völker treiben wollen. Man verzichtet dann faktisch auf den konkreten Friedenskampf im eigenen Land und delegiert die Friedenssicherung an die impe-

rialistischen Mächte, die sich auf dem Weg von Verhandlungen über eine ausgewogene beiderseitige Abrüstung einigen sollen.

Und die Forderung nach einseitiger Abrüstung heißt ja nicht, daß man dem anderen Block friedliche Absichten zubilligt, sondern heißt, daß man die imperialistische These der atomaren Abschreckung ablehnt, heißt, daß man von den Interessen der Völker am Leben und Überleben ausgeht, und nicht von einer Verteidigung der verbrannten Erde.

Natürlich ist das Argument, „besser sie verhandeln, sie sprechen miteinander“ als sie schieszen aufeinander“ richtig. Denn solche Verhandlungen können in gewisser Weise ein Hemmschuh für die totale ideologische Kriegsvorbereitung sein. Nur kann es zum einen passieren, daß diejenigen, die heute so entschieden nach Verhandlungen verlangen, morgen von den Reagan und Strauß schon als zersetzende Pazifisten bekämpft werden. Vor allen Dingen aber bleibt die Tatsache, daß solche Verhandlungen, wie sie da verlangt werden, noch nie einen konkreten, meßbaren Beitrag zur Abrüstung gebracht haben, daß sie noch nie positive Ergebnisse im Sinne einer Sicherung des Friedens gebracht haben, siehe Helsinki oder auch die SALT-Verträge.

Und da steckt auch der Ansatzpunkt für jene Kräfte, die der gegenwärtigen Friedensbewegung entgegengetreten wollen: Sie können den Friedensaufruf des DGB so benutzen, daß sie jeden, der die Bereitschaft zu Vorleistungen, zur einseitigen Abrüstung vertritt und verteidigt, als einseitig verleumden.

Nach dem Motto: Wer nur gegen die Nachrüstung ist, der ist für die UdSSR. In dem Aufruf wird denn auch der Nachrüstungsbeschluß nicht einmal erwähnt, geschweige denn seine Rücknahme gefordert.

Und in diesem falschen reaktionären Sinne werden verschiedene Kräfte mit Sicherheit den DGB-Aufruf nutzen. Wobei es aber eine Tatsache bleibt, daß er eine mögliche Basis für eine verstärkte Friedensbewegung der Arbeiterklasse beinhaltet.

Denn es stimmt ja einfach nicht, daß alle, die zunächst einmal nur gegen die Nachrüstung sind, gleichzeitig Anhänger der gefährlichen Theorie sind, die heutige Sowjetunion sei eine Friedensmacht.

Das betrifft durchaus nicht nur die KPD, die ja sehr wohl der Meinung ist, daß beide imperialistische Supermächte die Hauptinteressenten an einem neuen Krieg sind und die trotzdem — vielmehr — gerade deswegen nicht nur Vorleistungen fordert, sondern hier in Westdeutschland die Abkopplung der BRD vom aggressiven NATO-Block.

Das betrifft auch die anderen Kräfte in der BRD, die sich immer mehr einer Neutralitätspolitik annähern.

Folglich muß der Versuch, diesen Aufruf als Plattform gegen die heutige Friedensbewegung zu benutzen, zurückgeschlagen werden, während andererseits alles getan werden muß, um die positiven Ansätze des Aufrufs zu nutzen, um daraus auch ein Mittel zu machen, die Rolle der Gewerkschaften im Friedenskampf so zu erhöhen, wie es dem im Aufruf ausgedrückten Selbstverständnis entspricht.

Immer mehr Gewerkschafter aktiv für die Friedensdemonstration am 10. Oktober

Resolution gegen Waffenexport

Die Zahl der Gewerkschafter, der Gewerkschaftsorganisationen und Gremien, die sich aktiv für eine Beteiligung an der Friedensdemonstration am 10. Oktober einsetzen, wächst beständig. Nahezu täglich reißen sich neue gewerkschaftliche Organisationen in die Reihe derjenigen ein, die kein Verständnis dafür haben, daß der DGB sich von dieser Aktion wegen ihrer angeblichen Einseitigkeit distanziert hatte.

In einer Anzeige forderten Betriebsräte aus Bremen und Hannover die Beteiligung an der Demonstration und unterstrichen gleichzeitig noch einmal, daß die Aufrüstung vor allem für die Arbeiter unseres Landes schädliche Folgen hat. Wie schon vor einiger Zeit die Vertrauensleute von Bosch-Reutlingen kritisierten auch diese Betriebsräte ausdrücklich die Propagandalüge der Kapitalisten und der Regierung, Rüstung schaffe Arbeitsplätze.

Sie verweisen darauf, daß bis 1977 innerhalb von zwölf Jahren der Umsatz der westdeutschen Rüstungsindustrie sich verdoppelt habe, daß aber gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten um 10 Prozent abgenommen habe. Dementsprechend fordern auch sie ein Verbot des Rüstungsexports. Ähnliche Initiativen wurden in der letzten Woche auch aus Osnabrück bekannt, wo über 70 Funktionäre einen Aufruf zur Beteiligung an der Bonner Demonstration verfaßt haben. Die Bestrebungen zur Betei-

ligung an der Demonstration sind in verschiedensten Einzelgewerkschaften im Gange. Bis in die höchsten Gremien hinein vertreten verschiedene Jugendgewerkschaftsorganisationen die Forderung nach Teilnahme, so zum Beispiel die DGB-Jugend in Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen und eine ganze Reihe von Kreis- und Ortsjugendausschüssen, ebenso die Jugendvertretungen verschiedener großer Werke in der ganzen Bundesrepublik.

Dabei fällt besonders auf, daß gerade die Forderung nach dem Verbot des Rüstungsexports immer stärker in diesem Zusammenhang vertreten wird, was gerade für die Arbeiterbewegung, die ja mit dem Argument der gesicherten Arbeitsplätze für die Aufrüstung gewonnen werden soll, von großer Wichtigkeit ist. Denn je mehr dieses Argument als Lüge durchschaut werden wird, desto mehr werden die Werktätigen bereit sein, gegen die Aufrüstung zu kämpfen.

Soeben erschienen!

1H7407F

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Der Weg der Partei

Theoretisches Organ der KPD

● Zur Arbeit der Partei
Zweieinhalb Jahre danach

● Funktion und Rolle der Hochschulen heute — und unsere Aufgaben

● Zur Einschätzung der Betriebsratswahlen 1981

Preis 5 DM

1'81

Die Nummer 1/81 des theoretischen Organs der KPD umfaßt 97 Seiten und kostet 5 Mark.

In dieser Nummer drei Artikel: Das Gründungsreferat der Kommunistischen Studenten, der Artikel „Zur Arbeit der Partei — Zweieinhalb Jahre danach“, der auf einem Referat der Genossin Karin Wagner vor dem ZK der KPD über die Bilanz der Ergebnisse seit dem IV. Parteitag der KPD beruht, und die Einschätzung der Ergebnisse der Betriebsratswahlen 1981.

Diese Ausgabe ist also nicht nur für die Genossen der KPD und Freunde unserer Partei besonders lesenswert, sondern auch beispielsweise für Mitglieder der RGO. Eine ausführliche Besprechung folgt.

Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinshofer Str. 103.

Meldungen

CS-Gas auch in Baden-Württemberg

Nach Bayern will auch Baden-Württemberg auf jeden Fall die dortige Polizei mit dem Kampfgas CS ausrüsten. Innenminister Roman Herzog erklärte im Südwestfunk, auch seine Landesregierung sei zu diesem Schritt entschlossen, unabhängig wie die Entscheidung der übrigen Länder-Innenminister auf der gemeinsamen Tagung im Herbst ausfalle.

Der schnaubende Stier

Gegen den Freispruch der Geschwister Hoffmann vom Vorwurf der Beleidigung von F.J. Strauß durch Aufstellen des „VOLKSFRONT“-„Stierplakats“ (siehe letzten RM) hat Strauß Berufung eingelegt. Er fühlt sich immer noch beleidigt.

Dafür erging in Nürnberg ein weiterer Freispruch in gleicher Sache im Prozeß gegen Alexander Soos, hier nun schon in zweiter Instanz.

Berichtigung

Im „Roten Morgen“ Nr. 33/81 ist auf Seite 12 in dem Artikel „Strauß läßt KZ-Häftling verurteilen“ statt des im Text genannten Plakats das Foto abgedruckt, das die Grundlage für das Plakat bildet. Hier nun das Plakat, das dem antifaschistischen Kämpfer Fritz Kröckel, der in der Hölle von Dachau die Barbarei des Faschismus erlebte, 200 Mark Geldstrafe eintrug, weil er es an seinem Auto befestigt hatte.



Fritz Kröckel: „Wenn das Militär zugreift, geht es nicht anders zu als beim Frontkämpfer, der gegen die Armeen vertritt.“

Quelle: 6 Jahre Inhaftung, 30.000 Franken, 17.000 Reichsmark Strafe.

Im „Roten Morgen“ Nr. 32/81 ist in dem Artikel „Giftgaswolken am Horizont“ (Seite 7) ein Absatz durch einen Satzfehler mißverständlich. In der zweiten Spalte des Artikels fehlt etwas in dem Zitat von Möcklinghoff die hier fettgedruckte Zahlenangabe:

Wie der CDU-Minister ... mittelste, bestehe „das Mittel (gemeint ist das CS-Gas in den neuen Polizeiwaffen - Red.) nur zu 0,03 Prozent aus dem CS-Alkohol-Gemisch, auf dessen Herstellung und Lagerung die Bundesrepublik feierlich verzichtet habe“.

Der „Rote Morgen“ stellte im folgenden klar, daß schon die ungeheuer niedrige Konzentration von 0,0000004 Prozent CS schwerste gesundheitliche Schäden hervorrufen können. Das ergaben Beobachtungen und Forschungen, die unter anderem von der West-Berliner Berghof-Stiftung angestellt wurden.

Wir bitten unsere Leser, diese Fehler zu entschuldigen!

Tandler will Tätigkeit des Verfassungsschutzes ausweiten

Verfassungsschutz — Totengräber der Demokratie

Das Bremer Beispiel

„Datenschutz ist Bürgerschutz und Schutz demokratischer Gesellschaft“, so erklärt der Bremer Landesbeauftragte für dieses Fachgebiet in einem Rundschreiben und verspricht weiter, daß in Bremen damit alles ganz demokratisch zugehe.

Fast möchte man das glauben, wenn man hört, daß ein Mann wie der bayrische Innenminister Tandler neuerdings gegen die angeblichen Zustände in Bremen zu Felde zieht. Die Speicherung von Daten hat ja viel mit der Tätigkeit der „Verfassungsschutz“ genannten staatlichen Spitzelorganisation zu tun. Und Tandler will nun schwere Geschütze auffahren lassen gegen das Gesetz, das in Bremen die Tätigkeit dieser Behörde regelt: Er hat die bayrische Staatsregierung aufgefordert, Verfassungsklage gegen das Bremer Verfassungsschutzgesetz vom 31. März 1981 einzureichen.

Dieses Gesetz nämlich beschränke „über Gebühr“ die Speicherung „personenbezogener Informationen“. Im besonderen beeinträchtige es in „unvertretbarer Weise“ die „Sammlung und Auswertung von Informationen über bestimmte Jugendorganisationen, die besonders aggressiv und aktiv auftreten und als Rekrutierungsfeld für extremistische Erwachsenenorganisationen einer wirksamen Überwachung bedürfen“. Tandler offenbart hier eines seiner Hauptanliegen: die kritische Jugend zu bespitzeln, zu verfolgen und in ihrer Kritik mundtot zu machen. Wie man in Bayern mit der Jugend umspringen gedenkt, macht das derzeitige Verfahren gegen die Besucher des Nürnberger Jugendzentrums KOMM wohl deutlich genug. Es zeigt auch, daß Tandler unter „Extremismus“ durchaus nicht nur die Tätigkeit revolutionärer, kommunistischer Organisationen — wie etwa der KJD — rechnet, sondern jedwede demokratische, antifaschistische Arbeit, wozu unter der Jugend eine für ihn und seinesgleichen erschreckende Bereitschaft besteht.

Und worin sieht er die Möglichkeiten der Bespitzelung der

Jugendlichen in Bremen eingeschränkt? Durch eine Bestimmung im Verfassungsschutzgesetz, die „bei Minderjährigen (!) die Speicherung von Daten zur Terrorisierungs- und Spionageaufklärung erlaubt“. Insgesamt, so Tandler, sei das Bremer Gesetz „unvereinbar mit Bundesrecht“.

Alles, was man aus diesen Äußerungen folglich herauslesen kann, ist die schrankenlose Überwachungsgier dieses bayrischen Ultrareaktionärs. Das Bremer Verfassungsschutzgesetz aber ist wie alle diese Gesetze auf Bundes- oder Länderebene ein reaktionäres, demokratische und volksfeindliches Machwerk. Die Tätigkeit der Verfassungsschutzorgane ist entsprechend.

Diese Tätigkeit wollen wir hier vor allem behandeln. Nur einen kurzen Blick ins Gesetz wollen wir vorher noch werfen.

Tätig werden darf der Verfassungsschutz immer dann, wenn „Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten“, die sich gegen die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ richten, bestehen. Und zum „Schutz vor solchen Bestrebungen“ dürfen Daten auch laut Gesetz an alle möglichen anderen Stellen weitergegeben werden. Viel einfacher kann man es den Agenten kaum machen.

Und was die Minderjährigen betrifft, die laut Tandler einen zu großen nicht überwachten Freiraum haben, so können sie durchaus nicht nur dann bespitzelt werden, wenn sie im Verdacht des „Terrorismus“ stehen. Das ist nur Tandlers Sprachgebrauch für jeglichen demokratischen Widerstand. Sie können laut Paragraph 5(1) in den Computer kommen, sobald der bloße „Verdacht auf eine Bestrebungs-“ besteht, „die verfolgt wird“. In Bremen reicht dafür ganz konkret die vermutete Absicht, sich an einem nicht erwünschten Protest gegen die militaristischen Vereidigungsfeiern der Bundeswehr beteiligen zu wollen. Für die Gewalt sorgt in solchen Fällen, wie in Bremen vorerzählt, schon die Polizei.

Das war jetzt weitgehend die Theorie, das Gesetz. Was tatsächlich beim Verfassungsschutz alles möglich ist — und nicht nur möglich, sondern alltägliche Praxis — das zeigt sehr gut die Anfang Juli aufgefliegene Spitzelaktion gegen eine Wohngemeinschaft in der Bremer Graudenzer Straße.

Dort hatten sich Verfassungsschutzagenten in einem gegenüberliegenden Haus eingeklinkt und filmten und fotografierten die Mitglieder der Wohngemeinschaft und ihre Besucher. Glücklicherweise wurden sie bemerkt und nach einigen



Tagen umgekehrter Beobachtung ausgehoben. Ihre umfangreiche technische Ausrüstung landete auf der Straße. (Gewalt gegen Personen wurde übrigens nicht angewandt.) Umfangreiche Namens-, Adressen- und Telefonlisten bezeugten die rührige Tätigkeit der Schnüffler.

In einem vorher für diese Gegenaktion vorbereiteten Flugblatt heißt es unter anderem:

„Das widerliche Treiben dieser Leute haben wir uns einige Tage angesehen. Jetzt reicht's uns aber. Die Beamten des Verfassungsschutzes sollen hier gefälligst mit Sack und Pack — besser: Das Pack soll mit den Kameras verschwinden!“

Weiter müssen wir uns fragen: Was sind das für Leute, die den Geheimdiensten bei ihrer arglistigen und menschenfeindlichen Tätigkeit die Hand reichen und mithelfen, das Überwachungssystem des Staates durch aktive Mithilfe zu vollenden. (Wie die Hausbesitzerin! — Red.) In der Nazi-Zeit sind durch solche „Aktiv-Bürger“ zahlreiche Menschen in KZs verschwunden. „Das größte Schwein im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant!“

Recht haben sie.

Bei dieser Überwachungsaktion ging es schlicht darum, Erkenntnisse über die „undogmatische Szene“ zu sammeln. Nicht um Gefahrenabwehrung. Wenn es auch in den Augen der Spitzel sicher besonders verwerflich ist, daß ein Mitglied der Wohngemeinschaft bei der letztjährigen Rekrutierungsvereidigung festgenommen wurde.

Bezeichnend ist die Reaktion der Behörde und der Politiker. Dem Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, Peter Galle kam letztere hoch und er nahm seinen Hut. Jetzt wird lautstark gefordert, „die personelle und materielle Ausstattung“ des Landesamtes zu verbessern. Die „dilettantische und fahrlässige“ Aktion der enttarnten Staatsschützer habe „dem Ansehen des Verfassungsschutzes geschadet und das Vertrauen der Bundesbürger in staatliches Handeln und die freiheitlich-demokratische Grundordnung getrübt.“

Offensichtlich weiß man hier sehr genau, daß sich dieses Vertrauen nur erhalten läßt, solange die wahre Tätigkeit der Behörden und der wahre Charakter der „fdGo“ nicht bekannt wird!

Natürlich zielen diese Bemerkungen auch auf diejenigen

Bürger, die einen reibungslos funktionierenden Staatsschutz für notwendig halten. Ein bemerkenswertes Eingeständnis!

Die Konsequenz für die Politiker ist nach diesem Eingeständnis um so entlarvender. Denn schließlich will man die Tätigkeit des Verfassungsschutzes nicht einschränken, sondern so verbessern, daß eine Enttarnung wie in der Graudenzer Straße ausgeschlossen wird! Denn die schrankenlose Überwachung jeder Opposition ist das Ziel aller Parteien, sei es CDU, FDP oder SPD. Bemerkenswert angesichts dieser Tatsache die Äußerung der Bremer Jusos: sie erklärten, es müsse sich der Eindruck aufdrängen, „als leben wir in Bremen in einer Bananenrepublik, in der demokratische Rechte für Bürger nicht existent sind.“

Und Bremen ist nur ein Beispiel. In allen anderen Bundesländern ist es mindestens ebenso schlimm, was sich natürlich aus dem überall gleichen Interesse des Staates erklärt.

Es sei auch nicht vergessen, daß die Tätigkeit des Verfassungsschutzes sich auf alle Bereiche der Gesellschaft erstreckt. Bis hinein in die Betriebe. Erst kürzlich sah sich der DGB genötigt, gegen die bei Betriebsratswahlen angelegten und der Betriebsleitung übergebenen Listen unliebsamer, weil kämpferischer Kollegen zu protestieren; das Verschwinden des Verfassungsschutzes aus den Betrieben ist eine aktuelle Forderung. Ein jüngster Skandal ist der Versuch, den Bochumer Opel-Betriebsrat Jasczyk (DKP) anzukerkern.

Festgehalten werden muß, daß das Verfassungsschutzgesetz auch in Bremen die Bespitzelung von Arbeitern und Betriebsräten auch an ihrem Arbeitsplatz durchauermöglicht.

Der Verfassungsschutz, der noch richtiger Staatsschutz heißen müßte, ist ein zutiefst demokratiefeindliches Organ. Im Interesse der Demokratie muß es bekämpft werden.

Was nun Tandler betrifft — um auf seine Kritik ausgerechnet am Bremer Staatsschutz zurückzukommen —, so offenbart er sich nur einmal mehr als ein Vorreiter der finstersten Reaktion. Für ihn ist der Bürger, vor dem er und seinesgleichen schon deshalb Angst haben, weil er prinzipiell zu kritischen Gedanken fähig ist, in allen Bereichen durchsichtig gemacht werden muß. Tandlers angestrebter totaler Überwachungsstaat trägt faschistische Züge!

Verfassungsschutzgesetz NRW

SPD: „Wir sind alle Verfassungsschützer“

Das Recht auf totale Überwachung wird festgeschrieben

Erstmals hat jetzt — seit Mitte Juli — auch das Land NRW ein Gesetz, das die Tätigkeit des Verfassungsschutzes in diesem Bundesland regeln soll. „Verfassungsschutz ist Demokratie-schutz, ist Freiheitsschutz“, schwärmte Innenminister Schnoor (SPD) bei der Verabschiedung im Landtag. Er verdiene das Vertrauen aller Bürger. Das Gesetz sei zudem so liberal, daß es nicht einmal jeden „politischen Narren“ als Staatsfeind behandle.

„Politische Narren“ sind für Schnoor alle, die deutliche Kritik an diesem Staat zu leisten wagen. Schnoors Lobesworte sind vollkommen fehl am Platze. Sie stellen die Wahrheit auf den Kopf.

Schnoor sprach auch Bedenken an, die viele Bürger gegenüber dem Staatsschutz haben, äußerte „Verständnis“, wies aber alle diese Bedenken als unbegründet zurück. „In Nord-

rhein-Westfalen haben wir Grund, mit der Arbeit unseres Verfassungsschutzes zufrieden zu sein.“ Schnoor nannte in diesem Zusammenhang auch „die verständliche Forderung von Eugen Loderer, die Betriebsratswahlen auch nicht dem Anschein nach durch statistische Berichte des Verfassungsschutzes beeinträchtigt zu sehen“; und er beruhigt auch ihn: „Wir hatten bisher nie Anlaß zur Kritik. Skandale gab es nie.“

Und er jammert: „Der Verfassungsschutz braucht und verdient für seine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe das Vertrauen aller Bürger.“ „Das mühsame Tagesgeschäft, den grauen Alltag, in dem die Beamten, Angestellten und Arbeiter im Verfassungsschutz genauso ihre Pflicht tun wie jeder andere arbeitende Bürger ... sieht die Öffentlichkeit nicht und kennt die Öffentlichkeit daher auch nicht.“

Nun, das oben dargestellte

Bremer Beispiel zeigt, wie Politiker es empfinden, wenn sich die Öffentlichkeit einmal einen Einblick in diesen „grauen Alltag“ verschafft!

„Skandale gab es nie?“ Schnoor sagt das unverfroren auch nach dem offengelegten Skandal der mißglückten Anwerbung eines Betriebsrates für seinen Spitzeldienst! (Peter Jasczyk bei Opel/Bochum, der RM berichtete.) Dieser Skandal war ja nur einer von vielen. Für Schnoor ist also auch die zutagegetretene Überwachung der Betriebsratswahlen, obwohl er sie selber anspricht, kein Skandal! Wenn das nicht — was dann? Was haben wir von Leuten zu erwarten, für die so etwas das normalste von der Welt ist?

Es soll also in Zukunft dabei bleiben, daß Verfassungsschützer in den Betrieben herum-schnüffeln und unliebsame Kandidaten der Geschäftsleitung melden, mitsamt aller Da-

ten seiner Vergangenheit, versteht sich. Es soll dabei bleiben, daß diese Parasiten der Gesellschaft, von denen Schnoor unverschämterweise behauptet, sie würden „ihre Pflicht tun wie jeder andere arbeitende Bürger“, sich unter Kollegen herumtreiben und „betriebsinterne“ Spitzel zu kaufen versuchen.

Auch das neue Gesetz liefert dazu alle „rechtlichen“ Grundlagen. Man braucht bloß eine „Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ vorzugeben, und schon stehen einem alle Türen offen. Schon können die Daten jedes beliebigen Kollegen die Runde machen. „Verfassungsschützer sind wir alle“ erklärt Schnoor auch noch und meint damit, jeder sollte seinen Nachbarn und Kollegen bespitzeln und möglichst frühzeitig die Behörden und die Polizei einschalten. Diese Rechnung wird nicht aufgehen.

Die demokratischen Grundrechte zu schützen, das allerdings müssen wir selbst in die Hand nehmen. Sie alle sind bedroht. Sie alle sind eingeschränkt, gerade im Betrieb. Meinungs- und Redefreiheit wird, sobald sie unseren Ausbeutern schadet, mit Entlassung beantwortet, es sei denn, unser Kampf verhindert das. In diesem Kampf sehen wir auch, wie der Staat selbst sein eigenes Grundgesetz immer wieder rücksichtslos bricht, obwohl dieses Gesetz tatsächlich ein Gesetz des Ausbeuterstaates ist, kein Gesetz für die Werktätigen. Deshalb kann es auch niemals der Rahmen für die Tätigkeit der Kommunistischen Partei sein. Aber gegen den Abbau der hier niedergeschriebenen Rechte müssen wir uns mit aller Macht wehren, trotz der staatlichen Überwachung. Unser Kampf gegen den Ausbau des Polizei-Computer-Staates gehört unbedingt dazu.

Der Verbandsantrag gegen die KPD erging bereits am 23. 11. 1951. Es war die Zeit, als in Westdeutschland nach der Gründung des Spalterstaates „BRD“ die reaktionärsten Kräfte gesammelt und jede entschiedene Opposition ausgeschaltet werden mußte, wenn man das gesteckte Ziel erreichen wollte: Den Kapitalismus zu retten, also die Wurzeln des Hitler-Faschismus zu pflügen statt sie auszureißen; das Land ins feste Bündnis mit den Westmächten, vor allem der stärksten imperialistischen Macht der USA einzuschweißen; das Land zum Aufmarschgebiet gegen die sozialistischen Staaten zu machen und die Remilitarisierung gegen den erklärten Willen des Volkes durchzuführen. (Eine ausführliche Darstellung der westdeutschen Situation zu dieser Zeit findet der RM-Leser übrigens in der in dieser Ausgabe begonnenen Serie über die Geschichte des Friedenskampfes in unserem Land.)

Erwähnt seien hier einige Schwerpunkte der reaktionären Formierung in Westdeutschland, die dem Parteiverbot vorausgingen:

1950 wurde den Angehörigen des öffentlichen Dienstes die politische Betätigung in der KPD verboten.

Im April 1951 wurde die Volksbefragung über die Remilitarisierung und den Abschluß eines Friedensvertrages verboten.

Im Juni 1951 wurde die Freie Deutsche Jugend verboten.

Im Juli 1951 wurde der Rat der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes verboten.

Am 30. August 1951 trat das 1. Strafrechtsänderungsgesetz in Kraft, das wegen der Eile, mit der es durchgepeitscht wurde, „Blitzgesetz“ genannt wurde. Dieses Gesetz, das politische Gesinnungsjustiz zu „Recht“ erklärt, der Verfolgung kommunistischer Tätigkeit und der Vertiefung der deutschen Spaltung diene — Kontakte zur DDR, das Verbreiten von DDR-Schriften usw. wurden kriminalisiert — war ein unmittelbarer Schritt hin zum KPD-Verbot.

Am 22. November 1951 — also einen Tag vor dem Verbandsantrag gegen die KPD — unterzeichnete Adenauer in Paris den Entwurf des Vertrages über die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

1954 wurden die Pariser Verträge und die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO ausgehandelt. In der gleichen Zeit einigten sich Adenauer und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts auf den Prozeßbeginn gegen die KPD im November 1954.

Am 7. Juli 1956 beschloß der Bundestag die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Am 14. August erklärte das Bundesverteidigungsministerium, daß auch ehemalige SS-Offiziere in der neuen Wehrmacht dienen können. Drei Tage später ist die KPD verboten.

„Abtötung des Marxismus“

Die Reaktion verkündete ziemlich offen ihre Absichten, die sie mit dem KPD-Verbot verband. Im Stile des Hitler-Faschismus, für den er bereits im Innenministerium tätig war, erklärte Ritter von Lex, damals Staatssekretär: Die KPD „ist ein gefährlicher Infektionsherd im Körper unseres Volkes, der Giftstoffe in die Blutbahn des staatlichen und gesellschaftlichen Organismus der Bundesrepublik sendet.“ Adenauers Hausblatt „Rheinischer Merkur“ sprach mit der

Vor 25 Jahren wurde die KPD verboten

Weg mit dem KPD-Verbot!

Am 17. August 1956, vor 25 Jahren, wurde die KPD verboten. Nur elf Jahre nach der Niederschlagung des Hitler-Faschismus war die Partei wieder illegal, deren Mitglieder den entschiedensten und opferreichsten Kampf gegen die faschistische Diktatur geführt hatten. Jahre der Verfolgung waren dem Verbot bereits vorangegangen, weil sich die KPD als die größte Gefahr für die Pläne der USA und des deutschen Großkapitals darstellte, Westdeutschland zum Hort der westeuropäischen Reaktion und zum Aufmarschgebiet gegen die damals noch sozialistische Sowjetunion zu machen.

„Weg mit dem KPD-Verbot!“ — das ist noch heute eine

Stimme seines Herrn: „Das große Anliegen, von dem man sich wünschen möchte, daß es ... schnell und zielsicher angepackt wird, ist die endgültige Abtötung des Marxismus, die Entgiftung des Sozialismus, nicht nur in Deutschland, sondern ausstrahlend nach Europa.“

Als organisierte politische Kraft und darüberhinaus auch als Weltanschauung sollte der Kommunismus in der Bundesrepublik verboten und erledigt werden. Seitenlang wurde während des Prozesses aus den Schriften der Begründer und Klassiker des Marxismus-Leninismus zitiert. Die Urteilsbegründung bezeichnete 26 Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin als verfassungswidrig.

Das Urteil begründete die „besondere Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ durch die kommunistische Propaganda damit, daß hier ein „geschlossenes System der Weltorientierung“ besteht, „das für alle noch so komplizierten ökonomischen und politischen Fragen klare Antworten bereithält und gerade damit den Anspruch, dem diese Sachverhalte sonst schwer durchschaubar sind.“ Und im Interesse der Ausbeuter bleiben sollten, mußte man hinzufügen. Eine logische Begründung aus ihrer Sicht also, die sie heute wie eh und je zur Verfolgung des Marxismus-Leninismus treibt. Auch in Prozessen gegen Genossen unserer Partei griff die Klassenjustiz übrigens bereits auf das KPD-Verbotsurteil zurück.

Die Absichten lagen also klar zutage. Da nutzte auch ein Trick nicht viel, den sich die Bourgeoisie einfallen ließ und der deshalb so interessant ist, weil er bis heute immer wieder angewendet wird.

„Links = rechts“: Das Verbot der SRP

Etwa gleichzeitig mit der KPD sollte nämlich die faschistische Sozialistische Reichspartei verboten werden. Damals entstand die Totalitarismus-Doktrin, mit der sich der Staat als „Wahrer der Demokratie“ gegenüber jedweden „totalitären Bestrebungen“ darstellen wollte. Heute sagt man „Extremismus“ dazu, und man bezweckt mit dem Kampf gegen die „Extremisten von rechts und links“ — der in Wahrheit nur gegen links geht — dasselbe. Damals allerdings war die Hetze gegen die Kommunisten noch viel brutaler. Und zwar nicht allein von Seiten der Adenauer-Partei. Auch die SPD setzte Kommunismus und Faschismus völlig gleich, Kommunisten wurden in ihren Propagandaschriften als „rotlackierte Faschisten“ und ähnlich bezeichnet.

Der Schachzug mit dem

SRP-Verbot mißlang damals allerdings. Die SRP war bereits wenige Monate nach dem Verbandsantrag, der am 19. 11. 1951 gestellt wurde, ohne große Gegenwehr verboten worden. Ihre Mitglieder und Funktionäre blieben weitgehend unbehelligt und traten fast alle zur faschistischen Deutschen Reichspartei über, die damit Nachfolgeorganisation der SRP wurde und mit wenigen Einschränkungen völlig legal wirken konnte. Von der DRP aus ging der Weg wiederum zur NPD.

Im übrigen hätte die SRP gar nicht erst existieren dürfen, wenn die Bundesregierung nicht von Anfang an die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens gebrochen hätte. Denn diese bestimmte ausdrücklich die Zerschlagung aller Nazi-Organisationen und die Verfolgung neuer faschistischer Bestrebungen. Die SRP hätte ohne jedes Gerichtsverfahren zerschlagen werden können und eigentlich müssen. Aber die maßgeblichen Nazis saßen ja nicht einmal hier. Die saßen doch in der Regierung, die sich anschickte, die KPD wieder in die Illegalität zu zwingen, die saßen auch in der Justiz. So wurde dem Präsidenten des mit dem Verbandsantrag beauftragten Senats des Bundesverfassungsgerichts, Wintrich, im Jahre 1940, dem zweiten Jahr des Nazi-Raubkrieges, von den NS-Behörden bescheinigt: „An der nationalsozialistischen Gesinnung des Herrn Wintrich besteht kein Zweifel.“ Wintrich war damals Staatsanwalt; die Beurteilung erfolgte anlässlich des Vorschlags, ihn zum Oberstaatsanwalt zu befördern...

Hier saßen also Faschisten wieder Gericht über die kommunistische Partei. Der Kern der Anklage gegen die KPD richtete sich gegen die grundlegenden Prinzipien der kommunistischen Strategie: gegen die gewaltsame Revolution und gegen die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats.

Das ist besonders wichtig, weil das heute genau wie früher die Demarkationslinie ist zwischen den Marxisten-Leninisten und den Revisionisten aller Schattierungen. Das Gericht legte viel Wert auf den Nachweis der Allgemeinverbindlichkeit dieser Thesen des Marxismus-Leninismus für die kommunistischen Parteien; dem diene auch hauptsächlich das Verlesen der kommunistischen Literatur im Gerichtssaal.

Der Verrat der KPD-Führung

Und hier zeigte sich auch — nicht nur im Gerichtssaal, sondern in der gesamten politischen Praxis der KPD —, daß die Führer der Partei um Max Reimann sich dem Druck der Bourgeoisie bereits beugten. Noch im Pro-

wichtige Forderung, wichtig für unsere Partei, wichtig aber auch für alle Demokraten. Wichtig, obwohl von der alten, illegalen KPD insofern nichts mehr übrig ist, als ihre Führer in Konsequenz ihres Verrats am Marxismus-Leninismus und der Gründung der revisionistischen DKP diese Partei liquidierten. Wichtig, obwohl die revolutionären Traditionen der KPD heute in einer formal legalen Partei fortgesetzt werden, in unserer Partei, die mit Fug und Recht wieder den stolzen Namen KPD trägt, deren Existenz auf den Kampf der wahren Revolutionäre innerhalb der alten KPD zurückzuführen ist.

zeß, vor allem in den letzten Monaten, begannen sie ihre Abkehr von diesen beiden Prinzipien zu bekunden und baten, daß man ihnen doch die Legalität belassen möge. Besonders stark trat dieses Bemühen nach dem 20. Parteitag der KPD, auf dem Chruschtschow die Machtübernahme durch seine revisionistische Verräterclique besiegelte, zutage.

Hören wir dazu DKP-Vorstandsmitglied, Max Schäfer, 1956 Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes der KPD und Chefredakteur der Zeitung „Freies Volk“. Er schreibt im Vorwort zu einem Buch, das die DKP heute besonders propagiert — „KPD-Verbotsprozeß 1954/56“, Verlag Marxistische Blätter —:

„Am 5. April stellte die KPD einen Beweisanspruch von großer Bedeutung. Das Gericht faßte in der Urteilsbegründung den Antrag so zusammen: „Zur Begründung hat sie auf die veränderte außen- und innenpolitische Lage verwiesen und sich auf eine Reihe eigener Dokumente und solcher von ausländischen kommunistischen Parteien bezogen, namentlich auf Reden und Aufsätze, die im Zusammenhang mit dem XX. Parteitag der KPD stehen.““

Mit diesen Dokumenten sagte die KPD-Führung: „Seht her, was unser Chef Chruschtschow gesagt hat! Nichts mehr mit gewaltsamer Revolution, nichts mehr mit Diktatur des Proletariats. Friedlicher Übergang! Mehrparteiensystem! Also, laßt uns doch bitte legal bleiben.““

Sie hatten sich verrechnet. Es konnte der Reaktion nur recht sein, die Aufgabe der revolutionären Prinzipien von den KPD-Führern selbst bestätigt zu erhalten. Konnten sie so doch sicher sein, daß sich die Auswirkungen des Verbots auf die solchermassen geschwächte Partei verzehnfachen würden. Und richtig — aufgrund des Verrats der Führung, die den revolutionären Klassenkampf in der Illegalität und unter Ausnutzung der schwierigen Situation für die Genossen sabotierte, ging die Partei zugrunde. Den Marxisten-Leninisten innerhalb der Partei gelang es nicht, diesen Prozeß insgesamt aufzuhalten und rückgängig zu machen. Das hatte auf die Zukunft der Partei und der revolutionären Bewegung weitreichende Folgen.

Die Gründung der DKP

Auf der einen Seite führte der Verrat der Parteiführung dazu, daß im Jahre 1968 eine Partei zugelassen wurde, die mit einer kommunistischen Partei nur noch den Namen gemeinsam hat: die DKP.

Eine Wiederzulassung der KPD umging die Bourgeoisie, und so kann das Verbot der

KPD bis heute weiter bestehen. Auch das ist dem Verrat der DKP-Gründer zuzuschreiben, die heute vorgeben, immer für den Fall des Verbots gekämpft zu haben.

Zwar zierte man sich. Es gab auch einen „Initiativsausschuß für die Wiederzulassung der KPD“. Und noch im Frühjahr 1968 äußerte der genannte Max Schäfer gegenüber dem „Spiegel“ (Nr. 40/68): „Eine neugegründete Partei muß nach Ansicht der Bundesregierung drei fundamentale Prinzipien aufgeben: den Marxismus-Leninismus, die sozialistische Umwälzung und die Diktatur des Proletariats. Das ist für uns unannehmbar.“ (Hervorhebung von uns -Red.) Und am 4. Juli ging er zusammen mit Grete Thiele in die Amtsstuben des Justizministers Heinemann und akzeptierte alle gestellten Bedingungen...

Ein logischer Schritt. Und wie hatten sie darum geworben! Die deutlichste Aussage ist wohl immer noch die des KPD-Anwalts Ridder, der 1967 in der Fernsehsendung „Monitor“ gegenüber dem Vertreter des Innenministeriums, Ernst, äußerte: „... Revolutionen sind in durchorganisierten Staaten, die uns verfassungsstrukturell und administrativ usw. vergleichbar sind, eine aussichtslose Sache. Und das einzusehen, sind auch die Kommunisten gescheit genug.“

1971 wurde die verbotene KPD auch formal liquidiert, als Max Reimann zur DKP „übertrat“.

Die DKP ist als eine der Agenturen des Kapitals in der Arbeiterbewegung tätig. Sie ist zu einer reformistischen Arbeiterpartei herabgesunken. Sie gehört zu den revisionistischen Parteien, die besonders eng am Kurs der Moskauer Sozialimperialisten orientiert sind. Viele ehrlichen Kollegen hat sie in ihren Reihen, die sie betrügt um die wirklichen Ziele der Arbeiterklasse, die sie im Kampf gegen das Kapital in die Irre führt.

Die KPD/ML durchbricht das Verbot

Die andere Seite, das ist der Kampf der Marxisten-Leninisten in der KPD gegen den Verrat, der 1968/69 zur Gründung der KPD/ML führte. Treibende Kraft war dabei der Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende der KPD heute. Unsere Partei hat tatsächlich das Verbot durchbrochen, indem die Genossen geschickt die Situation ausnutzten, die besonders mit der Zulassung der DKP gegeben war. Bereits 1967 allerdings erschien die erste Nummer des „Roten Morgen“ und wandte sich an die revolutionären Mitglieder der KPD mit dem Aufruf zu Widerstand und Zusammenschluß. In

ihren grundlegenden Dokumenten, so in ihrer Grundsatzklärung, bekennt sie sich von Anfang an ausdrücklich zu den verfolgten Prinzipien des Marxismus-Leninismus.

Das Festhalten an diesen Prinzipien, der Kampf um ihre Anwendung unter den Bedingungen unseres Landes, das selbstkritische Lernen aus den Fehlern hat unsere Partei befähigt, sich zu einer immer stärkeren revolutionären Kraft zu entwickeln. Die KPD ist heute eine kommunistische Arbeiterpartei, die in der Lage ist, sich fest mit der Arbeiterklasse zu verbinden, eine Partei, auf die wir stolz sind und für deren Weiterentwicklung wir arbeiten, um die Arbeiter und alle Werktätigen zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung in ganz Deutschland zu führen.

Die DKP betont heute ihre völlige Verfassungsmäßigkeit. Es liegt auf der Hand, daß kein Kommunist die Verfassung eines kapitalistischen, imperialistischen Staates zum Maßstab seines Handelns machen kann, ganz unabhängig davon, daß er stets um den Erhalt und die Ausweitung der in einer Verfassung — auch im Grundgesetz — niedergeschriebenen demokratischen Rechte kämpfen wird.

Das Verbot muß fallen

Das KPD-Verbot besteht weiter, und es kann prinzipiell jederzeit angewendet werden. Unsere Partei kann nach diesem Urteil als „Nachfolgeorganisation“ verboten werden. Wir kämpfen deshalb für die Aufhebung des KPD-Verbots. Wir sind darüberhinaus der Meinung, daß dieser Kampf im Interesse aller Antifaschisten und Demokraten liegt.

Das KPD-Verbot traf die Kraft, die am entschiedensten für die Verwirklichung der im Potsdamer Abkommen dargelegten Grundsätze für die Entwicklung eines antifaschistisch-demokratischen, einigen Deutschlands eintrat. Unter allen Parteien war es einzig und allein die KPD, die der sofort nach dem Krieg einsetzenden Beschneidung demokratischer Freiheitsrechte entgegentrat.

Insofern war das KPD-Verbot der Ausgangspunkt der massiven Unterdrückung demokratischer Bestrebungen. Es wirkte als Drohung gegen alle: wem man nachsagen konnte, er habe Sympathie für die Kommunisten, dem drohte Ächtung und Verfolgung. Die damit bezweckte Einschüchterung wirkte auch dadurch, daß jede Kritik an der Situation in Westdeutschland in die Nähe des Kommunismus gerückt wurde; dafür sorgte eine massive Propaganda.

Wir kennen diese Funktion der antikommunistischen Hetze doch auch heute sehr gut. Der Stempel der „kommunistischen Unterwanderung“ wird jeder antifaschistischen, jeder Friedenskampf-Initiative — um die aktuellsten Beispiele zu nennen — aufgedrückt, die sich nicht in die Bahnen der Regierungspolitik leiten läßt. Genauso geht es ja kämpferischen Kollegen, die in der Gewerkschaft den Bonzen Dampf machen. Oder denken wir an die Berufsverbote. Überall nennt und schlägt man die Kommunisten, aber man schlägt gleichzeitig und mit denselben Bestimmungen jeden standfesten Demokraten und Antifaschisten.

Für all dies liefert das KPD-Verbot eine gesetzliche Grundlage. Deshalb muß es aus der Welt geschafft werden!

Die Idee, eine Idee zu klauen...

WITTEN (Arbeiterkorrespondenz). — Sein Bild kam (jetzt) über dpa an alle westdeutschen Zeitungen. Selbst „Bild“ konnte sich nicht zurückhalten, seine Tat zu veröffentlichen. Jetzt ist er berühmt, „unser“ Meister Köster. Berühmt war er ja schon lange bei uns Siemens-Frauen. Jetzt ist er also wirklich berühmt und berüchtigt, wie's im Buche steht...

Erstmal zu seiner Berühmtheit: Da steht in der „WR“ vom 26. Juni 81 unter der Überschrift „8 statt eins“, daß der „Betriebsleiter“ Köster einen tollen Verbesserungsvorschlag gemacht habe, nämlich, man höre und staune: Die Frauen sollen acht statt ein (Bauteile) zur gleichen Zeit in die Leiterplatten stecken. Laut dpa soll der „Betriebsleiter“ Köster auf diese „Idee“ gekommen sein, und wie zum Beweis spreizt er auf dem dpa-Funkbild seine dicken Finger um komischerweise nur sieben Bauteile. Die Frauen aber müssen acht packen. Für die Idee soll Köster die höchste Prämie, die jemals bei Siemens für einen Verbesserungsvorschlag bezahlt worden ist, erhalten haben.

Gelogen ist fast alles an dieser dpa-Meldung. Erstens: Der

Herr Betriebsleiter ist nur Meister, fühlt sich aber durch die „Beförderung“ sicher gebauch-tätschelt. Zweitens: Die Idee hatten andere. Drittens: Es ist nur die zweithöchste Prämie, die Siemens je bezahlt hat.



Siemens-Meister Köster mit seinem „Verbesserungsvorschlag“, den er den Frauen geklaut hat.

Aber was soll's. Kleinigkeiten. Köster hat jedenfalls kassiert, die stattliche Prämie von 45 720 Mark. Kein Wunder, daß sein dpa-Portrait über diese Fehlinformationen so strahlt. Da sieht man sein Doppelkinn förmlich vor Vergnügen wak-

keln und seine Hamsterbacken hamstern. Vielleicht bringt er's wirklich noch zum Betriebsleiter, wenn er so weitermacht?! Man erzählt sich ja auch, daß er Meister nicht aufgrund von Ausbildung geworden sei, son-

kordfrauen als Verbesserungsvorschlag zu verkaufen. Natürlich ist das ein Geistesblitz, auf den anständige Meister noch nicht gekommen sind. Denn ehrlich gesagt, jeder Meister hätte die Möglichkeit, die Ideen der Frauen auf diese Art zu verwerten.

Wir Frauen stehen im Akkord und sind gezwungen, uns was einfallen zu lassen, um Zeit herauszuschinden, um den Akkord besser zu schaffen. So auch die Frauen, die die Leiterplatten bestücken müssen. Sie haben eben statt einem immer mehrere Bauteile mit einem Griff gesteckt, um Minuten zu gewinnen. Aber leider hat ihnen dabei jemand auf die Finger geschaut. Dieser Jemand hat dann den Frauen verboten, so zu arbeiten: Sie müßten laut Arbeitsanweisung die Teile einzeln einsetzen. Währenddessen — nicht faul — hat Herr Köster das Verbotene als Verbesserungsvorschlag eingereicht, hat für die Idee der Frauen 45 720 Mark eingesteckt, ist berühmt geworden und berüchtigt geblieben. Die Frauen dagegen haben eine 70prozentige Akkorderhöhung einstecken müssen — das heißt schlimmere Hetze, Lohnverluste, weil sie es einfach nicht schaffen können.

Maikäferlied 81

Neufassung aus dem Kabarettprogramm von „Ratte und Schmeißfliege“, Hamburg

Maikäfer flieg
wann gibt's wieder Krieg
mein Papa muß nach Teheran
was geh'n uns denn die Amis an
Maikäfer flieg

Maikäfer flieg
in Nahost ist Krieg
dem Moslem in den Bauch man
damit das Erdöl weiter fließt
Maikäfer flieg

Atomrakete flieg
der Reagan spricht von Sieg
flieg aber nicht in unser Land
denn das hat schon so oft
gebrannt
Atomrakete flieg

Breschnew lügt
der Heil'genschein der trägt
die Taube fliegt ihm aus dem
doch Afghanistan ist oberfaul
Breschnew lügt

Erdball flieg
wenn wir nichts tun gibt's Krieg
flieg in die Luft mit lautem
Untätigkeit kommt vor dem Fall
Erdball flieg

Maikäfer flieg
für Frieden nicht für Krieg
du mußt noch fliegen sehr sehr
mach schnell denn es ist höchste
Maikäfer flieg



Remo und Theo (= „Ratte und Schmeißfliege“) in Aktion.

Antikriegstag 1981

Friedensfest

der DGB-Jugend Flensburg

1. September, 19.00 Uhr

Im „Blunski“, Husby/Ries. Mit den Gruppen „Rummelpot“, „Sodom und Gomorra“ und der Theatergruppe der DGB-Jugend Flensburg.

Demonstration

der DGB-Jugend Flensburg

5. September, 11.00 Uhr

Abmarsch vom Nordmarkt

1. Reutlinger Friedenswoche

Vom 3. bis 11. September

REUTLINGEN (Volkskorrespondenz). — Auf Initiative des DGB Kreis Reutlingen hat sich in Reutlingen ein Arbeitskreis gebildet, der die 1. Reutlinger Friedenswoche vorbereitet. In diesem Arbeitskreis arbeiten die Grünen, die DFG/VK, eine Lateinamerika-Gruppe, die örtliche Bürgerinitiative gegen AKWs und die VOLKSFRONT mit.

Und dies ist das Programm:
3.9.: Diskussionsveranstaltung „Wie demokratisch ist die Bundeswehr“, Ort: Saal der Gaststätte Südbahnhof, 20.00 Uhr.

4.9.: Friedensfest in der Mensa der PH ab 20.00 Uhr.

5.9.: Friedenswanderung mit Führung, Treffpunkt: Parkplatz der Fa. Wafios um 14.30 Uhr. Ab ca. 18.00 Uhr Abschlußveranstaltung im Naturfreundehaus Enningen.

7.9.: Veranstaltung „Waffenexport ist Völkermord“, Haus der Jugend, 19.00 Uhr.

8.9.: Offene MV der Arbeiterwohlfahrt, Thema: Friedenssicherung, AWO-Heim Oferdingen, 16.00 Uhr.

10.9.: Veranstaltung „Schafft Rüstung Arbeitsplätze — oder welche Möglichkeiten der Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion gibt es?“, Haus der Jugend, 19.30 Uhr.

11.9.: Antikriegsveranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes Kreis Reutlingen.

Zum Programm gehört der Auftritt von Kolleginnen und Kollegen des LTT-Landestheaters Württemberg-Hohenzollern mit ihrem Friedenstheater. Julius-Kemmler-Halle, Reutlingen, Beginn: 19.00 Uhr.

An der Veranstaltung am 7. 9. ist die VOLKSFRONT als Organisator und mit einer Songgruppe beteiligt.

Mit antifaschistischen Grüßen
R.H., Reutlingen

Einzeldrucke von RM-Artikeln



Um die Arbeit mit dem „Roten Morgen“ zu erleichtern und Material für die Agitation an der Hand zu haben, werden Artikel des „Roten Morgens“ zu aktuellen Fragen als Einzeldrucke herausgegeben. Folgende Drucke sind erschienen: Preis 0,50 DM für zehn Stück!

„Wie Faschismus entsteht — und verhindert wird“;
„Klassenkampf in Polen“ (Preis: 0,10 Pfennig)

„Aus der Geschichte der KPD“ (in türkischer Sprache).
Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

• Neu erschienen • „Stoppt den Angriff auf das soziale Netz!“ •
Stückpreis 5 Pf. Betrag bitte in Briefmarken beilegen!

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:

KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto-Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Lediglich 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Bericht über eine Veranstaltung der Stadtteilzelle Hamburg-Langenhorn im Mai 1981

Der hier abgedruckte Bericht der Stadtteilzelle, der sehr sachlich und konkret Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer Veranstaltung im Stadtteil wiedergibt, ist mit Sicherheit für alle Parteizellen, die sich mit ähnlichen Plänen tragen, von großem Interesse. Es wird dabei deutlich, daß sol-

che Veranstaltungen sehr wohl erfolgreich durchgeführt werden können, wobei natürlich die Zahl der parteilosen Besucher — realistisch betrachtet — sehr groß war. Wir hoffen, den anderen Genossen durch das Hamburger Beispiel Anregungen für ähnliche Aktivitäten zu geben.

I. Vorgeschichte

Nach der Bundestagswahl erachteten wir die Aktivitäten der Partei bezüglich der Friedensarbeit als unzureichend. Der Friedensplan war nach unserer Ansicht nicht entsprechend der Direktive vom Frühjahr '80 massenhaft verbreitet bzw. zur Wahl bekanntgemacht worden.

Ebenso waren wir mit der eigenen Aktivität in unserer Zelle unzufrieden, das heißt mit dem mangelnden Auftreten nach außen.

Schlußfolgerung: Über die Arbeit mit dem Friedensplan gedachten wir, Kontakte zu anderen Organisationen, Gruppen, Einzelpersonen zu bekommen, und so diese Leitsätze der Partei in die Friedensbewegung zu tragen.

Problem dabei: Wir sind eine Stadtteilzelle, die kaum selbst öffentlich in Erscheinung treten kann, da fünf Genossen im öffentlichen Dienst arbeiten.

Beschluß: Wir versuchten, eine Veranstaltung auf möglichst breiter Basis zu initiieren.

II. Planung

Ziel: Unsere Zelle organisiert diese Veranstaltung, jedoch nicht als Stadtteilzelle Langenhorn der KPD, sondern als KPD Hamburg-Nord und versucht, andere Organisationen, Gruppen usw. aus diesem Einzugsgebiet für eine gemeinsame Veranstaltung zu gewinnen. Das Einladungsschreiben wurde in etwa 30 Exemplaren verschickt.

Zeitliche Planung: Der Inhalt des Schreibens mußte diskutiert werden, ebenso, wer angeschrieben werden sollte, Adressen sammeln usw. Drei Zellentermine benötigten wir und zusätzlich ca. 20 Stunden Arbeitszeit für organisatorische Dinge (Absprache mit der Leitung, Schreiben der Adressen, Material besorgen, Einladung schreiben u.ä.).

Resultat: Die Reaktion war äußerst schwach; lediglich zwei Kirchengemeinden hatten sich gemeldet, ebenso eine Frauengruppe (die jedoch zu einer gemeinsamen Veranstaltung nicht bereit oder nicht in der Lage waren), sowie die VOLKSFRONT. Wegen der zu geringen Reaktion setzten wir eine „Nachfrist“, das heißt wir unternahmen einen zweiten Anlauf mit einem weiteren Schreiben an alle Gruppen, etwa einen Monat später. Reaktionen: Fehlanzeige!

III. Neue Planung

Wir zogen hieraus die Konsequenz, die Veranstaltung nun allein als KPD-Hamburg-Nord zu machen. Unsere Zelle wollte alle organisatorischen Dinge planen und ausführen, einschließlich Referat ausarbeiten. Dieses Referat sollte wie bei der ersten Planung von der LBL gehalten werden. Hilfe war allerdings auch bei der öffentlichen Flugblatt-Verteilung nötig.

Was war zu bedenken?

Referat vorbereiten — Material: Artikelserie im „Roten Morgen“, Friedensplan, selbst-angelegtes Archiv mit Zeitungsartikeln über Rüstungsproduktion, -exporte, Kriegsvorbereitung, Friedenskampf usw., verschiedene Literatur.

AP-Einsatz von Flugblättern: 1000 Stück im Stadtteil stecken (überlegen wo, nicht unbedingt flächendeckend!) und auf dem Wochenmarkt und vor U-Bahnhöfen verteilen; in diese Einladung hatten wir das schmale Falblatt der Partei zum Friedensplan eingelegt (das mit dem Bomber vorn drauf), Auslage im Buchladen.

Einsatz von Stellschildern: 120 Stellschilder wurden in unserem und einem angrenzenden Stadtteil aufgestellt (Plakat: „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden“); zusätzlich zum Plakat mußten für die Stellschilder große Aufkleber entworfen und kopiert werden (Termin, Ort, Redner...), Aushang im Buchladen.

Verschicken von Einladungsbriefen: ca. 70 Stück an bekannte Adressen interessierter Personen und die für die gemeinsame Veranstaltung angeschriebenen Organisationen.

— Annonce im „Roten Morgen“, Hinweis im Rote-Garde-

Ende der Veranstaltung war vorgegeben (22.00 Uhr, da öffentliches Gebäude).

Planung des Ablaufs: 19.00 Uhr Raum ausschmücken mit Parteifahnen und Transparenten, Büchertisch aufbauen, Zurechtrücken der Tische und Stühle. 19.30 Uhr pünktlicher Beginn; der Veranstaltungsleiter begrüßt und hält eine kurze Einführung — 5 Minuten; 19.35 Uhr — 10 Minuten Theatergruppe; 19.45 Uhr Hauptreferat (bis zu 45 Minuten); kurze Pause, danach 20 Minuten Blinkfuer; 21.00 Uhr kurzes Referat über die Hamburger Rüstungsindustrie (5 Minuten); 21.10 bis 22.00 Uhr Diskussion.

Organisation verschiedener Dinge — Kleber schreiben, Kopieren, Kleben, Aufstellen; die Plakate konnten wir in einem von der Partei hierfür längerfristig angemieteten Keller aufkleben; Aufstellen: zehn Tage vor Veranstaltungsbeginn; Abräumen: zwei Tage nach der Veranstaltung. Nachkleben und Kontrolle der Stellschilder (zweimal).

Wie können wir in die Diskussion der Veranstaltung eingreifen, um die Veranstaltung in die nötige Richtung zu bringen? Welche wichtigen Fragen sind anzusprechen (wenn dies nicht schon aus dem Publikum ge-

IV. Erforderliche Zeit

Für uns wurde die Arbeit erleichtert durch die Tatsache, daß ein fertiges Referat der Zentrale bestand, und sogar ein Genosse von dort dieses Referat auch halten konnte.

Einladungsflugblatt entwerfen, Layout drucken lassen, hinbringen, abholen ca. fünf Stunden; Einlage der Falblätter ein bis zwei Stunden; Stellschilder bekleben ca. zehn Stunden; Aufstellen ca. zwölf Stunden; Kontrolle und Nachkleben vier Stunden; (Abräumen zehn Stunden); Aufkleber herstellen zwei Stunden; Briefe (Einladungen) verschicken eine Stunde; Versammlungsraum besorgen und Behördengänge sechs Stunden; Veranstaltungsablauf festlegen und inhaltlich abschließend diskutieren eineinhalb Stunden; Flugblatt verteilen neun Stunden (incl. Stecken); Büchertisch besorgen und Ausschmücken des Raumes drei Stunden.

Die Stellschilder stellten wir ebenfalls selbst auf. Beim Verteilen der Flugblätter auf unserem Wochenmarkt erhielten wir



Auf zahlreichen Veranstaltungen der KPD wurde unter anderem der Friedensplan unserer Partei vorgestellt.

Info für Hamburg; wir überlegten eine Anzeige im örtlichen Wochenblatt, ließen die Idee jedoch wegen des zu hohen Preises und der geringen Resonanz fallen.

Veranstaltungsraum besorgen. — Wir mieteten einen Raum im Langenhorn Bürgerhaus, eine kommunale Einrichtung (ein großer Raum kostet uns 13 Mark).

Behördliche Auflagen — anmelden der Stellschilder beim Tiefbauamt; Anmeldung des Veranstaltungsraumes beim Ortsamt; dankenswerter Weise hatten wir bei diesen Dingen viel Unterstützung von der Genossin aus dem Hamburger Buchladen erhalten!

Ablauf der Veranstaltung überlegen. — Für ein kulturelles Beiprogramm konnten wir die Hamburger Theatergruppe Blinkfuer gewinnen (die übrigens kostenlos auftrat!). Da der Raum nicht groß genug war (ca. 50 Personen), konnte nur ein Teil der Truppe auftreten. Das

schießt)? Einstiegsfragen usw. Welche Resonanz hatte die KPD auf ihren Friedensplan bisher? Was war mit den Friedensbewegungen in den 50er und 60er von dort dieses Referat auch halten konnte.

müssen wir daraus ziehen für den heutigen Friedenskampf? Welche verschiedenen Aspekte gibt es in der heutigen Friedensbewegung (nur Verhinderung des Nachrüstungsbeschlusses oder auch Neutralität, nur „keine Atomraketen“)? Kann Frieden letztlich in einem kapitalistischen/imperialistischen Land gesichert werden? Welches sind die wichtigsten Punkte des Friedensplanes in Kurzfassung?

Wie können wir „neue Gesichter“ an uns binden? In diesem Zusammenhang wurde beschlossen, eine Interessentenliste am Büchertisch auszulegen.

Büchertisch im Versammlungsraum (Sortiment zusammenstellen, hinbringen, aufbauen); welche Transparente sind zu besorgen?

Unterstützung von zwei Genossen aus anderen Bereichen (die konnten wir sehr gut gebrauchen!), der Versammlungsleiter wurde von der LBL gestellt, das Referat vom „Roten Morgen“.

V. Ablauf und Einschätzung der Veranstaltung

Zur Veranstaltung kamen 46 Personen, davon waren 15 „neue Gesichter“ (!).

Der Beginn verschob sich um 1/4 Stunde, da noch Genossen erwartet wurden und das Platzesuchen während des Referats Unruhe verursacht hätte. Die neuen interessierten Besucher waren bis auf zwei alle pünktlich. Es empfiehlt sich der Hinweis, daß Genossen insbesondere bei öffentlichen Veranstaltungen pünktlich sind. Diese



Genossen und Freunde der KPD auf einer Friedensdemonstration.

1/4 Stunde fehlt uns am Schluß.

Das Referat war von der Vortragsweise und vom Inhalt her sehr gut auf die Zuhörer ausgerichtet gewesen, die nicht der Partei angehören (der Referent war kein „abgehobener Agitator“).

Die Rede wurde von einem Teil des Publikums jedoch als zu lang empfunden. Wir hatten von uns aus eine 3/4 Stunde vorgegeben, der Referent hielt sich daran. Nachträglich gesehen hielt ein Teil der Zelle eine 1/2 Stunde für besser. Empfehlenswert scheint uns auch ein deutlicher, stichwortartiger Hinweis im Referat auf die wesentlichen Punkte unseres Friedensplanes. Im Referat der Veranstaltung wurden der geschichtliche Hintergrund und die nationale und internationale Entwicklung (sehr gut!) dargelegt und das Friedensprogramm eingearbeitet.

Die Diskussionsleitung war nicht gestraft. Eine gründliche Vorbereitung mit der Zelle war jedoch nicht erfolgt, lediglich eine kurze Besprechung. Vielleicht wäre ein Hinweis von vorn für bestimmte Diskussionsvorschläge angebracht (vorsichtiges Lenken — kein „Wildwuchs“). Die Zelle hatte den Versammlungsleiter nicht genügend vorbereitet. Die Diskussion verlief zwar mit sehr reger Beteiligung der neuen Gäste, doch war sie nicht klar orientiert. Von unserer Zelle sind letztlich auch keine richtungsweisenden Beiträge gebracht worden. Insbesondere wurden keine konkreten praktischen Möglichkeiten des Handelns aufgezeigt.

Man ging einfach auseinander, ohne daß sich jemand in die Interessentenliste eintrug. Mit nur einer Ausnahme setzten sich keine Genossen an Tische von neuen Besuchern, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Dies muß zukünftig von uns in Angriff genommen werden. Genossen sollten pünktlich sein und sich auf solche Tische verteilen.

Durch unser eigenes Ansprechen nach der Veranstaltung erhielten wir Kontakt (mit Anschrift) zu einem älteren Besucher, der bis 1934 KPD-Mitglied gewesen ist.

Was uns nicht so sehr gefiel, war, daß offensichtlich gutwillige Besucher nach unserer Ansicht besserwisserlich zurechtgewiesen wurden. Vor einem solchen Verhalten sollten wir uns alle hüten. Es geschah auch, daß zwei Genossen gegensätzlich argumentierten.

Es hat sich bewährt, einen solchen Abend kulturell aufzulockern bzw. zu ergänzen.

Etwa eine halbe Stunde (verspäteter Anfang und das etwas zu lange Referat) fehlte am Schluß, um eine praktische Umsetzung einer gemeinsamen Friedenspolitik zu versuchen (zum Beispiel Gründung einer Friedensinitiative), denn es waren neben der VOLKSFRONT auch Vertreter der Grünen und des Bund Westdeutscher Kommunisten anwesend (und natürlich Einzelpersonen).

Der Erfolg einer solchen Veranstaltung kann schlecht gemessen bzw. kontrolliert werden, wenn wir nicht auffordern, etwas praktisch anzupacken, und/oder weitere Veranstaltungen in Angriff nehmen! In der Nachbesprechung in der Zelle wurde besprochen, ob die jetzt im Nachhinein noch möglich wäre.

Wir sind zur abschließenden Einschätzung gelangt, daß diese Veranstaltung in jedem Fall notwendig und gut war; eine empfehlenswerte Sache für andere Stadtteilzellen (und auch andere), besonders solche, mit ähnlichen Schwierigkeiten wie unsere. Solche Veranstaltungen dürfen jedoch keine Eintagsfliegen bleiben; weitere Veranstaltungen müssen folgen, zum Beispiel über den Abbau von Sozialleistungen und ähnliches. Regelmäßige Arbeit und Veranstaltungen im Stadtteil sind erforderlich. 15 neue Besucher beweisen dies und sind ein Anfang. Regionales Auftreten ist wichtig.

Zum Abschluß möchten wir uns bei all denen bedanken, die uns bei unserem Vorhaben so tatkräftig unterstützt haben; alle waren uns eine große Hilfe. Besonderer Dank gilt der Theatergruppe Blinkfuer, deren Mitglieder unter teilweise großen persönlichen Anstrengungen ohne Entgelt für uns aufgetreten waren. Ihr Programm hat dem Publikum sehr gefallen (wir konnten das beobachten). Solch ein Kulturbeitrag ist für eine Veranstaltung keinesfalls nur irgendein „Beiprogramm“, sondern ist ein Teil der Veranstaltung, der sich mit den anderen Beiträgen ergänzt. Für unsere Zelle hat die Mitarbeit von Blinkfuer zu dem Entschluß geführt, die Theatergruppe durch eine regelmäßige Spende zu unterstützen.

Rot Front
Stadtteilzelle Hamburg/
Langenhorn
Juni '81

In ihrer Propaganda versuchen die sowjetischen Sozialimperialisten, versuchen auch die revisionistischen Parteien wie die DKP, das sowjetische Besatzungsregime in Afghanistan vor allem mit der Behauptung zu rechtfertigen, dies geschehe zur Verteidigung einer sozialen Revolution gegen den Imperialismus.

Dabei ziehen sie alle Register der revisionistischen Propaganda: Der fortschrittliche Charakter des Kabuler Regimes zeige sich an der Landreform, der Befreiung der Frau und der Kampagne gegen das Analphabetentum, der reaktionäre Charakter des Widerstands dagegen zeige sich am Wirken des amerikanischen CIA und der chinesischen Reaktionäre. Außerdem handle es sich bei den Besatzungstruppen nur um ein begrenztes Kontingent, das auf Wunsch Karmals dort sei, bei den Widerständlern dagegen um religiös getarnte Banditen und jede Kritik am sowjetischen Einmarsch sei ohnehin nur ein imperialistisches Komplott.

Nur noch gelegentlich wird das — früher oft benutzte — Argument einer Bedrohung der sowjetischen Grenzen angeführt. Dies hat sich als ungeschickt und unwirksam erwiesen, klingt es doch zu sehr nach imperialistischer Großmachtpolitik und erscheint auch wenig real.

Der April-Putsch

Im April 1978 wurde die Weltöffentlichkeit durch die Nachricht vom Sturz des Daud-Regimes überrascht. Überrascht, weil es vorher keine besonderen großen politischen Bewegungen oder revolutionäre Erhebungen gegeben hatte. Von einer Revolution, von einem Massenaufstand unter Führung einer revolutionären Partei konnte auch nicht die Rede sein. Es handelte sich um einen reinen Militärputsch.

Die sogenannte Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) hatte, wie es im Nachhinein hieß („UZ“ vom 18.6.79 beispielsweise) sich auf die Arbeit in der Armee konzentriert, weil dort die Söhne des Volkes konzentriert seien, weil andere Bereiche in einem so rückständigen Land nicht zu organisieren seien!

Nun gibt es in der Geschichte — gerade auch der jüngeren — so viele Beispiele von echten Volkserhebungen in rückständigen Ländern, daß dieses Argument von vorneherein als eine Propagandalüge bloßgestellt ist.

Der wahre Grund dafür, daß man in der Armee arbeitete war denn auch ein anderer. Die beiden DVPA-Fraktionen hatten sich vorher aktiv am 1973 etablierten Regime Dauds beteiligt, das von der UdSSR als revolutionär bezeichnet wurde. Solange, bis deutlich wurde, daß der Einfluß des westlichen Imperialismus unter Daud immer stärker wurde.

Die wenigen Kader der DVPA waren Bestandteil der herrschenden Klasse unter Daud und an der Unterdrückung des Volkes und am Ausverkauf des Landes beteiligt, wobei sie jene Kräfte organisierten, die sich für eine engere Bindung an die UdSSR stark machten.

Die Beziehungen der UdSSR zum Daud-Regime waren eng: Seine Offiziere und seine Waffen kamen aus der UdSSR, 200 Militärberater bildeten die Armee aus. Zur gleichen Zeit hatte die Bundesrepublik die Ausbildung und Bewaffnung der Polizei übernommen. Was heute zu

40 Monate nach dem Militärputsch

Vergebliche sowjetische Versuche das Karmal-Regime zu stabilisieren

Der Widerstand im Land verstärkt sich wieder

Gegen Ende des letzten Jahres sah es einige Monate lang so aus, als wären die sowjetischen Truppen ihrem Ziel, den Widerstand in Afghanistan zu brechen, näher gekommen. Die jetzt erneut in der näheren Umgebung von Kabul aufgeflamten Kämpfe machten diese Hoffnung zunichte. Nach wie vor herrschen nächtliches Ausgehverbot und Einreisesperre in den größten Städten des Landes, nach wie vor gibt es in allen Regionen militärischen Widerstand. Immer neue politische Manöver sollen dazu dienen, die

Recht von den Revisionisten als Beweis für eigene imperialistische Interessen der BRD angeführt wird. Damals aber wurde dies nicht kritisiert, man arbeitete zusammen.

Schon zur Daud-Zeit kaufte die UdSSR afghanisches Erdgas für 16,80 US-Dollars je tausend Kubikmeter, während sie innerhalb des RGW ihr eigenes Erdgas zu 38,50 US-Dollar für dieselbe Menge verkaufte...

So kam es zum Putsch derjenigen Teile der Herrschenden, die prosovietisch waren und sich Dauds Plänen der verstärkten Hinwendung zum Westen widersetzen. Das war die sogenannte April-Revolution.

Sie hatte als Ziel Afghanistan wieder als sicheren Satellit des sowjetischen Sozialimperialismus zu festigen. Dabei mußten die prowestlichen Reaktio-

Export der gesamten Zementproduktion Afghanistans in die UdSSR. Zement und Brenngas muß das Land in dieser Zeit übersteuert aus Pakistan kaufen. Osteuropäische Entwicklungshilfe: der Bau eines neuen Großgefängnisses durch Polen und die CSSR...

Auch die Landwirtschaft Afghanistans wird entsprechend sowjetischen imperialistischen Interessens umgestaltet. Statt Weizen und Zuckerrohr werden nun Baumwolle und Süßfrüchte angebaut, den Zucker liefert die UdSSR.

Alles dies verschlechtert die wirtschaftliche Lage des Volkes enorm und ruft wachsenden Widerstand hervor.

Die mit großen Worten angekündigten sozialen Reformen finden entweder gar nicht statt oder bleiben ohne wirkliche

äußerst schmale Basis des Karmal-Regimes wenigstens etwas zu erweitern. Auch die kürzlich erfolgte Demission Karmals als Ministerpräsident und seine Ersetzung durch den bisherigen Vize Kishtmand sowie die Verhandlungen mit früheren Amin- und Taraki-Ministern, die dafür direkt aus dem Gefängnis geholt wurden, haben nichts genutzt. Hinter all diesen Maßnahmen tritt die Politik des Sozialimperialismus, des Sozialismus in Worten und des Imperialismus in Taten, immer deutlicher zutage.

ersetzt worden, was heute als Kampf gegen Analphabetentum ausgegeben wird.

Weil die Kader der DVPA eben nicht einer wirklichen politischen Partei angehörten, nicht gewohnt waren unter dem Volk Politik zu machen, scheiterte ihr großmäuliger sektiererischer Generalangriff völlig und verstärkte die Isolierung unter dem Volk und dessen Widerstand.

So wurde immer offener zur direkten brutalen Unterdrückung übergegangen, die die jetzt schon 1500 sowjetischen Berater — die die blutige Säuberung der Armee angeleitet hatten — organisierten.

Taraki und Amin von der Khalk-Fraktion der DVPA drängten die Führer der Partschamfraktion aus der politischen Führung heraus und versetzten zusammen mit zahlrei-

tigung Amins ein Ende der Verfolgungen und revolutionäre Fortschritte, nur glaubten ihm noch weniger Menschen als seinen Vorgängern.

Das „bergrenzte“ sowjetische militärische Kontingent, das ja zunächst offiziell nur einige vom Imperialismus bezahlte Banditen bekämpfen sollte, umfaßt rund 80000 Soldaten, Panzer und Hunderte von Kampfhubschraubern.

Seit der Besetzung des Landes gibt es auch keine Versuche mehr leere soziale Reformversprechungen zu verwirklichen, keine Täuschungskampagnen, sondern nur noch den ständigen Versuch, die weitgehende Isolation durch Angebote an die Reaktion im Lande zu überwinden.

Seitdem aber gibt es die Bombardements ganzer Dörfer, gibt es den verbrecherischen Napalmkrieg und Giftgaseinsätze. Seitdem gibt es die sowjetischen „Berater“ und Wachposten in allen Regierungsgstellen und den sowjetischen „Botschafter“ der als Statthalter regiert. Und der erst kürzlich Karmal befahl, die inhaftierten Amin-Minister wieder an der Macht zu beteiligen. Es ist klar, daß die Besatzungsmacht den blutigen Fraktionskampf ihrer „Schützlinge“ nicht gerne sieht.

Weltweite Verurteilung

Wenn die revisionistische und sozialimperialistische Propaganda heute behauptet, es sei der westliche Imperialismus, der eine Kampagne gegen die sowjetische Hilfe in Afghanistan führe, so ist dies eine bewußte Lüge. Es ist eine Tatsache, daß sowohl in der UNO als auch auf der Konferenz der blockfreien Staaten eine ganze Reihe von Regierungen, die nicht als Lakaien des Imperialismus aus USA oder Westeuropa angesehen werden können, und die die UdSSR in anderen Fragen auch nicht so bezeichnet, die Besatzung entschieden verurteilt haben. Auch das internationale Tribunal von Stockholm, das die USA-Überfälle und Kriege gegen Indochina und Mittelamerika verurteilte, hat den sowjetischen Einmarsch verurteilt.

Und schließlich forderte auch ein Land wie Rumänien den sofortigen sowjetischen Truppenabzug ohne Bedingungen, wie auch die eurokommunistischen revisionistischen Parteien Italiens und Spaniens.

Die Propaganda des Sozialimperialismus versucht den Eindruck zu erwecken, als beschränkte sich der Widerstand auf von Pakistan aus eingeschleusten exilierten Gruppen,

die rundweg als Banditen bezeichnet werden.

Dabei spekuliert sie mit der bekannten Tatsache, daß die Gruppen im pakistanischen Peshawar Waffen und Geld vom CIA und aus China erhalten, was stimmt. Diese Gruppierungen werden zu einem wichtigen Teil tatsächlich von den westlichen Imperialisten als Bauern in ihrem Schachspiel um die Macht benutzt — sie bekommen soviel Unterstützung um aktiv bleiben zu können, aber nicht so viel um erfolgreich sein zu können. So werden ihnen beispielsweise keine Boden-Luft-Raketen geliefert, die die sowjetischen Hauptwaffe, die Kampfhubschrauber vernichten könnte.

Dies hat seinen Grund natürlich darin, daß der afghanische Widerstand auch den westlichen Imperialisten suspekt ist, daß ihre Alternative ja kein wirklicher Befreiungskampf des Volkes ist, sondern die Etablierung einer anderen reaktionären Macht und sei es der frühere König. Tatsache ist, daß der Widerstand im Inneren des Landes in seinen verschiedensten Formen sehr stark ist und, daß eben der militärische Widerstand in letzter Zeit wieder verstärkt wurde. Tatsache ist weiter, daß er oft dezentralisiert ist und daß keine politische Einheit besteht. Tatsache ist aber auch, daß sich auch revolutionäre Kräfte beteiligen, daß sich auch wahrhaft nationale Kräfte, auch unter den islamischen Organisationen im Kampf befinden.

So werden inzwischen 8000 Verluste der Sowjetarmee halb-offiziell eingestanden, und auch die Eingeständnisse über den Umfang der Schwierigkeiten, die keinesfalls nur von bewaffneten Banden kommen können, werden immer eindeutiger.

So schreibt man in der revisionistischen Presse inzwischen von Abertausenden von Banditen, während in der westeuropäischen Presse — mit Ausnahme der westdeutschen — mit Sorge registriert wurde, daß linke Kräfte im Widerstand ihren Einfluß aufgrund ihrer Organisiertheit verstärken konnten.

Im Kampf gegen die sowjetischen Besatzer gefallen ist auch ein Genosse, der, als er in der Bundesrepublik lebte, Mitglied der KPD war. Sein Tod steht als Signal für die Beteiligung wahrer Revolutionäre am Kampf gegen das Besatzerregime.

Denn sie wissen, daß dies der Weg ist, eine wirkliche Lösung des Afghanistan-„Problems“ zu erreichen. Jede sogenannte politische Lösung, sei sie von Karmal oder der EG vorgeschlagen oder gar von Breshnew selbst, bei der die Imperialisten über das Land schachern, wird dem Volk Afghanistan nicht helfen. Nur ihr eigener konsequenter Befreiungskampf mit dem Ziel einer wirklichen nationalen Unabhängigkeit kann den Weg für eine politische Lösung frei machen, die ohne den sofortigen Abzug aller ausländischen Truppen nicht denkbar ist.

Das Beispiel Afghanistan aber zeigt, daß die sowjetischen Sozialimperialisten zwar den wirklichen Inhalt ihrer Politik mit einem Schwall von Demagogie und scheinsozialistischen Phrasendrescherei verstecken wollen, daß aber die Wirklichkeit hinter ihren Beteuerungen immer stärker sichtbar wird. Für all jene, die sich Illusionen machen lassen über eine Sowjetunion, die friedlicher sei als die USA-Imperialisten, sollte Afghanistan ein lehrreiches Beispiel sein.

Sowjetische Besatzer raus aus Afghanistan! Es lebe der Kampf der Völker Afghanistans um nationale Unabhängigkeit!



Afghanische Flüchtlinge in Pakistan: Der Kabuler Propaganda zufolge sollen alles Banditen sein...

näre ausgeschaltet werden, mußte man versuchen sich zumindest eine gewisse politische Basis zu sichern, die über den Kreis der Offiziere und der wenigen Verwaltungsbeamten, die DVPA-Kader waren hinausging.

Der Anschluß

In den ersten 20 Monaten nach dem Putsch, vom April 1978 bis zum Dezember 1979 schloß die UdSSR im Durchschnitt monatlich fünf Verträge mit der durch den Putsch gegründeten Regierung der Demokratischen Volksrepublik Afghanistan ab.

Diese sahen unter anderem eine verstärkte Erdgaslieferung vor, wozu der Bau einer — großartig als Entwicklungshilfe deklarierten — Pipeline diente, die Erschließung von Ölvorkommen im Norden und den

Basis, da sie lediglich dekretiert werden.

So kamen noch nicht einmal 40 Prozent der ursprünglich vorgesehenen Familien, rund 240000, in den Genuß neuen eigenen Bodens, die Landreform wurde aber als abgeschlossen erklärt. Und dies ohne eines der Grundprobleme, die Bewässerung und die Saatgutbeschaffung auch nur angetippt zu haben — eine wertlose Reform, die die kleinen Bauern mit Land in derselben Abhängigkeit von den Großen beläßt — aber die Großgrundbesitzer vollends gegen das Regime aufbringt.

Der „Kampf gegen den Obskurantismus“, womit der Islam gemeint ist, der ursprünglich lautstark angekündigt wurde, und womit eine kleine Anzahl Intellektueller für die DVPA gewonnen wurden, ist heute nicht nur längst eingestellt und durch den Neubau von Koranschulen

chen anderen auch Karmal auf einen Botschafterposten. Andere wurden hingerichtet.

In dieser Zeit wurden sowohl Taraki als auch Amin von den revisionistischen Parteien als große Revolutionäre dargestellt und ihre Bezeichnung Karmals als Trotzkist wurde auch von der DKP verbreitet.

Es war die immer blutigere Unterdrückung, insbesondere nachdem Amin Taraki ermordet hatte — ohne sowjetischen Kommentar — die das Regime immer mehr isolierten und die Sozialimperialisten zu einem Doppelschlag zwangen: Einmarsch der Armee (auf Hilferuf eines Revolutionsrates, ein Gremium, das anschließend zu 70 Prozent gesäubert wurde!) und ein Wechsel der Gesichter in Kabul.

Wie Amin nach Tarakis Sturz, so versprach auch Karmal nach der heimlichen Besei-

Für alle Truppengattungen

Großmanöver von NATO und Warschauer Pakt

Provokativer Aufmarsch der Supermächte

Die größten Manöver der Flotte des Warschauer Pakts seit Jahren finden in diesen Tagen in der Ostsee statt. Zur gleichen Zeit finden im Westen erstmalig gemeinsame Manöver aller Truppenarten statt, unter Einschluß der Marine. Während die USA rund 20000 Soldaten zusätzlich nach Europa schicken, sammeln sich 50000 Mann starke sowjetische Landungstruppen in der Ostsee.

Die Besonderheiten der diesjährigen Manöver liegen im Detail. An die Tatsache des alljährlichen Herbstaufmarsches mußten sich die Völker Europas ja inzwischen gewöhnen. Daß diese Kriegsübungen jedes Jahr größer ausfallen, ist ebenfalls eine Tatsache, die auch in diesem Jahr wieder bestätigt wird.

Die Besonderheit des diesjährigen USA-Kontingents an dem NATO-Manöver steht im engen Zusammenhang mit den Äußerungen des Kriegsministers Weinberger über die Pro-

duktionsfähigkeit der US-amerikanischen Industrie für einen konventionellen Krieg. Im Juli betonte er, diese Fähigkeit müsse entschieden ausgebaut werden, da im Kriegsfall ein etwa siebenmal so hohes Produktionsergebnis wie jetzt nötig sei. Und wie um dazu den Beweis zu erbringen, setzen die US-Streitkräfte die größte Menge an Fahrzeugen und Waffen aller Art ein, die sie je bei einem solchen Manöver hatten.

Und auch die Tatsache, daß neben dem „traditionellen“ Re-

forger-Manöver gleichzeitig „Crested Cap 81“, ein Großmanöver der Luftwaffe, stattfindet und daß eine genaue Koordinierung mit den zur selben Zeit laufenden Marinemanövern geprobt wird, ist in dieser Form erstmalig. Denn, so verlautete es aus den NATO-Stäben, erst umfassende gemeinsame Manöver aller Waffengattungen würden es erlauben, unter „echten Kriegsbedingungen“ zu üben.

Auf der anderen Seite übt die Kriegsflotte des Warschauer Pakts im bisher mit Abstand größten Umfang in der Ostsee. Und dies nur kurze Zeit, nachdem die Sowjetflotte im Mittelmeer umfangreiche Manöver mit Bulgarien und Syrien durchgeführt hat.

Zu dieser Übung hat die Sowjetflotte den größten Aufmarsch aller Zeiten an Landungsbooten organisiert. Nicht nur, daß alle Landungsschiffe der gesamten Ostseeflotte aufgeföhren sind, auch das größte Landungsschiff der Welt, die „Iwan Rogoff“, hat sich von der sowjetischen Pazifikflotte getrennt und ist in die Gewässer der Ostsee eingeföhren.

Die Beteiligung polnischer und DDR-Flottenteile an dieser Landungsübung, die in polnischen Gewässern stattfindet, ist einerseits als demonstrativer Akt gegenüber der Lage in Polen zu verstehen.

Andererseits ist die Teilnahme des größten sowjetischen Flugzeugträgers, der „Kiew“, eine direkte Provokation der Staaten Nordeuropas. Mitten in den Überlegungen um die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa (an der sich zu beteiligen die UdSSR vor kurzem rundweg abgelehnt hatte) kreuzt nun dieses atomar bespicks Riesenschiff in genau jenen Gewässern, die für eine atomwaffenfreie Zone im Gespräch waren.

Mit diesen intensiven Übungen und der demonstrativen Anwesenheit immer größerer Militärkräfte der beiden imperialistischen Supermächte in allen Regionen der Welt wollen die Kriegstreiber aus Washington und Moskau den Völkern drohen, daß es nur von ihnen abhängt, ob die Menschen in Frieden leben können oder nicht. Die stetige Ausdehnung der alljährlichen Manöver der imperialistischen Militärblöcke ist einer der Bausteine, die den Weg der ständigen verstärkten Konfrontation markieren.

Meldung von ATA

Verschärfte Unterdrückung und brutale Polizeimaßnahmen in Kosova

TIRANA, 30. Juli. — Unter der Losung der sogenannten politischen Differenzierung gehen die großserbischen Chauvinisten bekanntlich seit einiger Zeit brutal gegen die Albaner Kosovos vor. Laut Angaben der jugoslawischen Presse wurden so bis Mitte Juli Unterdrückungsmaßnahmen wie Gerichtsstrafen und Entlassungen gegen 2800 Personen ergriffen, 1500 Personen wurden aus dem Bund der Kommunisten ausgeschlossen.

Allein von der Universität „Kosova“ wurden 365 Personen registriert. Dennoch sind diese Angaben nicht vollständig, denn laut TANJUG wurde am 27. Juli auf einer Aktivkonferenz der Universität gesagt: „Es liegen keine genauen Angaben über die Zahl der bestraften Studenten und des entlassenen Lehrpersonals vor.“ 20 Organisationen des Bundes der Kommunisten wurden aufgelöst, aus dem Jugendverband wurden über 1000 Personen ausgeschlossen, Hunderte wurden von den Schulen entlassen, nicht eingerechnet all diejenigen, die ihrer Funktionen enthoben oder mit verschiedenen Verweisen bestraft wurden.

In Fortsetzung der Repressalien gehen die Gerichtsprozesse weiter, die mit harten Urteilen enden. Wie die Nachrichtenagentur TANJUG meldet, hat das Bezirksgericht in Mitrovica in Kosova drei albanische Jugendliche zu sechs bis acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Die gleiche Nachrichtenagentur meldet, daß dasselbe Gericht am

29. Juli eine weitere Gruppe von fünf Personen verurteilte, die „der Organisation und Teilnahme an Demonstrationen“ angeklagt waren. Diese fünf, ein Schüler, ein Student, ein Arbeiter und zwei Arbeitslose im Alter von 19 bis 21 Jahren wurden zu Gefängnis von 6 1/2 bis 8 1/2 Jahren verurteilt.

Wie TANJUG ferner meldet, verurteilte das Bezirksgericht in Prishtina am gleichen Tag einen 18jährigen Schüler, weil er „aktiv an den Demonstrationen in Prishtina teilgenommen hat“.

Die Nachrichtenagenturen melden unter Bezugnahme auf die jugoslawische Wochenzeitung „Ilustrovana politika“ ferner, daß die Arbeiter in dem Bergwerk in Trepa in Kosova vom 10. bis 12. Juli einen dreitägigen Streik durchführten. Laut diesen Nachrichtenagenturen protestierten die Bergleute dagegen, daß die Löhne um 16 Prozent gekürzt und das Kindergeld für 300 Arbeiter nicht ausbezahlt werden sollten.

Nach den Volkserhebungen im Juni

Prozeßwelle in Marokko

Schauprozesse gegen Gewerkschaftsführer werden vorbereitet

RABAT. — Die breiten Proteste, die im Juni im ganzen Land durchgeführt wurden, haben die diktatorische Macht des Königs Hassan schwer erschüttert. Im Gegensatz zur damaligen regierungsamtlichen Propaganda, die von „einigen hundert Banditen“ in verschiedenen Städten sprach, ist heute klar, daß es Massenproteste waren, die sich gegen die Verteuerung der Lebensmittel um 100 Prozent richteten, die für Juni angekündigt worden waren.

Diese extremen Preiserhöhungen wurden im Juli zurückgenommen. Damit war Hassans Plan, die Subventionierung der Grundnahrungsmittel zugunsten der Aufrüstung für den Sahara-Krieg zu streichen, fürs erste gescheitert.

Im Juli aber begann andererseits eine Prozeßwelle, die inzwischen schon zu rund 250 Verurteilungen geführt hat, wobei mindestens drei Dutzend Kinder unter 14 Jahren zu Gefängnisstrafen von über einem Jahr verurteilt wurden.

Nahezu alle erwachsenen Angeklagten waren entweder Funktionäre der CDT-Gewerkschaft oder der oppositionellen Sozialistischen Union der Völkkräfte (USFP), deren zwei wichtigste Zeitungen ebenfalls verboten wurden.

Gegenwärtig laufen noch mehr als 2000 Prozesse, weitere 1000 befinden sich noch in Vorbereitung. Während die bisherigen Prozesse heimlich durchgeführt wurden, in von der Polizei umstellten Gerichtssälen, zu denen nur die Angeklagten und die Verteidiger Zutritt hatten, sollen nun offensichtlich einige Ange-

klagte in Schauprozessen abgeurteilt werden. Dies betrifft vor allem den Generalsekretär der CDT, el Amaui.

Die marokkanische Regierung hat sich in der Folge der Juni-Ereignisse an den Internationalen Währungsfonds gewandt, um neue Kredite zu erhalten, die es ihr erlauben sollen, das Waffenbeschaffungsprogramm aus den USA doch ungekürzt durchzuführen. Der IWF hat solche neuen Kredite zugesagt, aber unter der Bedingung, daß die Preise für Nahrungsmittel doch wesentlich mehr verteuert werden, als nach den Protesten versprochen. Da gleichzeitig eine kolossale Mißernte wegen Trockenheit eingeföhren wurde (fast 70 Prozent geringere Erträge als im Vorjahr), wird diese Entwicklung die notleidende marokkanische Bevölkerung hart treffen.

Dementsprechend hat die Regierung jetzt auch die Stärke ihres Geheimdienstes wesentlich vergrößert, um gegenüber zu erwartenden neuen Unruhen besser vorbereitet zu sein. Regierungssprecher drohten damit, die nächsten Widerstandsaktio-

nen würden von vornherein unterbunden. Was das bedeutet, wird klar, wenn man sich daran erinnert, daß bei den Juni-Ereignissen fast 300 Menschen von Polizei und Armee ermordet wurden.

Fluglotsenstreik in den USA

Reagans brutaler Kurs gilt dem Streikrecht

Wachsende internationale Solidarität

WASHINGTON. — Nahezu alle streikenden Fluglotsen in den USA sind inzwischen entlassen — eine beispiellose Kampagne in der Geschichte der jüngeren amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. 11000 Entlassungen wegen eines Streiks — mit diesem brutalen Kurs will die Reagan-Regierung ein Exempel statuieren. Kein einziger staatlicher Angestellter soll jemals wieder an Streik denken, meinte der US-Verkehrsminister.

Flight departures



Fluglotsen-Streik: Das Spiel der US-Regierung mit dem Leben der Passagiere wird immer gefährlicher. Erst am Montag solidarisierten sich auch die portugiesischen Lotsen mit ihren US-Kollegen.

Um den Kampf der Fluglotsen zu brechen, werden alle Register gezogen. Vor allem wird die Tatsache hervorgehoben, daß es sich bei den Lotsen um relativ gut verdienende Werktätige handelt — man kennt dies aus dem bundesrepublikanischen Lotsenstreik.

Damit soll versucht werden, die Gewerkschaft der Lotsen zu isolieren, und dies ist ohne Zweifel zu einem guten Teil auch gelungen. Hinzu kommt, daß eben diese Gewerkschaft eine der wenigen war, die Reagans Wahlkampf aktiv unterstützt hatte, jetzt für die anderen Ge-

werkschaftsführungen, die in erster Linie der Demokratischen Partei angehören, ein Vorwand ihrerseits, diesen Streikkampf nicht zu unterstützen.

Und dies, obwohl nicht nur die Aussage des Ministers darauf hindeutet, daß hier eine Art Grundsatzentscheidung gefällt werden soll. Die gesamte Haltung der Regierung, die jeder Forderung mit totaler Ablehnung begegnete, zeigt hier exemplarisches Vorgehen. Also mußte es eigentlich auch der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung um eine grundsätzliche

Frage gehen, nämlich um ihr Recht auch für die im Staatsdienst Arbeitenden Forderungen aufzustellen und für ihre Durchsetzung aktiv zu werden.

Während innerhalb der Streikfront allmählich Resignation aufzukommen scheint, wächst im internationalen Maßstab die Solidarität anderer Fluglotsenverbände, die amerikanischen Flüge zunehmend boykottieren.

So waren bereits in der vorletzten Woche, als die kanadischen Lotsen mit ihren Solidaritätsaktionen noch nicht begonnen hatten, von den Piloten verschiedener Fluggesellschaften innerhalb von zwei Tagen 25 Beinahzusammenstöße gemeldet worden — die Regierung gestand nur einen einzigen davon öffentlich ein.

Es ist klar, warum die Rea-

gan-Leute so sehr daran interessiert sind, die mit dem Fluglotsenstreik verbundenen Gefahren herunterzuspielen: wenn tatsächlich öffentlich bekannt würde, welche ungeheure Menschenverachtung den Passagieren gegenüber die Reagansche Haltung bedeutet, so würde die Unterstützung, die sein harter Kurs gegenwärtig noch genießt, bestimmt rapide abnehmen.

Deshalb wird dies alles beschönigt, wird eine Quasizensur über die Presse verhängt und weiter mit dem Leben der Flugpassagiere gespielt. Dabei werden die Begleitworte Reagans immer drohender, während noch kein einziges Wort gefallen ist, was die Forderungen der Lotsen in Bezug auf Bezahlung und Arbeitsbedingungen betrifft.

Wie auch immer diese Auseinandersetzung enden wird, auf jeden Fall hat die Regierung ihre extrem feindliche Haltung gegenüber den berechtigten Forderungen arbeitender Menschen nicht nur deutlich gezeigt, sondern auch konsequent unter Kalkulation einer möglichen Katastrophe durchgezogen und damit ihrerseits exemplarisch gehandelt.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Marokkanische Arbeiter bei einer Demonstration in Casablanca: Seit Jahren dauert ihr Widerstand gegen Hassans Diktatur ohne Unterbrechung an.



„Kein Grund zur Beunruhigung, Herr Nachbar, das Ding steht ja auf meinem Boden“

Affäre um illegale Parteispenden

Ein Steuerfahnder wird kaltgestellt

Vor dem Kölner Verwaltungsgericht läuft gegenwärtig die Klage Förster gegen das Land NRW. Ein Beamter, der jetzige Regierungsdirektor und stellvertretende Leiter des Finanzamtes Köln-West, Klaus Förster, ist gegen seinen Willen aus seinem früheren Arbeitsbereich an das Kölner Finanzamt versetzt worden. Das ist ihm gegen den Strich gegangen, er hat also geklagt — ein auf den ersten Blick eher uninteressanter Fall.

Tatsächlich aber ist dieser Rechtsstreit vor dem Verwaltungsgericht der Rhein-Metropole von höchster politischer Brisanz. Er wirft ein Schlaglicht auf den Bonner Korruptionsfilz und zeigt zudem, wie die „demokratischen“ Spitzenpolitiker mit einem Beamten umspringen, der auch dann auf den Buchstaben des Gesetzes pocht, wenn es für diese Herren unangenehm wird.

Klaus Förster war seit 1974 Leiter der Steuerfahndung St. Augustin. Seine Vorgesetzten stellten ihm die besten Beurteilungen aus: Sie lobten seinen „starken Willen, großen Gerechtigkeitssinn und die Eigenschaft, an einer für richtig gehaltenen Auffassung festzuhalten und sie um der Sache willen verantwortlich zu vertreten.“ Mitte 1975 wurden dem Steuerfahnder Förster aber gerade diese Eigenschaften zum Verhängnis.

Um diese Zeit war ihm — mehr zufällig — ein ganz dicker Fisch ins Netz gegangen. Bei einer Überprüfung der CDU-eigenen Union Betriebs GmbH wurde ein Aktenordner entdeckt, der die Namen von Firmen enthielt, die bei einer Europäischen Unternehmensberatungsanstalt in Liechtenstein Gutachten gekauft hatten. Und die Sache hatte — wie sich bald herausstellte — einen grossen Haken. Die Gutachten nämlich existierten in Wirklichkeit gar nicht. Und ihr angeblicher Kauf war nur ein Mittel, um über den Umweg Liechtenstein illegale Parteispenden in die Kassen der CDU fließen zu lassen.

So finanzierten die Herren Unternehmer ihre Partei und konnten die nicht vorhandenen „Gutachten“ dann auch noch als Betriebsausgaben von der Steuer absetzen. Beteiligt an diesem groß angelegten Betrug war übrigens auch der frühere BDI-Präsident Fasold, der dann nach dem Aufkliegen der Affäre seinen Hut nehmen mußte.

Steuerfahnder Förster also

meldete damals seinen Fahndungserfolg an den Oberfinanzpräsidenten Mersmann in Köln weiter; der erstattete Bericht beim damaligen NRW-Finanzminister Halstenberg. Aber nun kam aus der Landesregierung nicht etwa ein Glückwunsch für die erfolgreichen Fahnder von St. Augustin. Es kam die Anordnung, die weiteren Ermittlungen im Fall CDU/Liechtenstein bis auf weiteres einzustellen.

Der Oberfinanzpräsident in Köln beeilte sich sofort, dieser Weisung von oben nachzukommen. Klaus Förster aber meldete Bedenken an. Ein Ermittlungsstopp, so sagte er, könnte wo-

widrigen Druck von oben beugen wollte.

Es war dies eine große Koalition der Angst vor möglichen Enthüllungen. Denn ganz offensichtlich waren die betrügerischen Spendenpraktiken nicht auf die CDU beschränkt — alle drei Bonner Parteien steckten in der Sache drin. Das kam auch in der Tatsache zum Ausdruck, daß man „Fall“ Förster gemeinsam zu lösen versuchte. So gab es in dieser Angelegenheit zum Beispiel ein Spitzengespräch, an dem der damalige NRW-Ministerpräsident Kühn und die damaligen Partei-Schatzmeister Kiep (CDU) und Nau (SPD) teilnahmen. Kiep konferierte



Ex-Schatzmeister Nau (SPD), Kiep (CDU).



möglich die fünfjährige Verjährungsfrist in der Sache berühren. Zudem würden sich die Fahnder beim Einstellen der Ermittlungen auch der Strafverfolgung im Amt schuldig machen. Die SPD-Landesregierung aber blieb hart. Die weitere Fahndung mußte eingestellt werden.

Förster aber gab sich immer noch nicht zufrieden. Gegen dieses „rechtswidrige Verlangen eines Dienstherrn“ (so nannte es jetzt sein Anwalt in dem oben erwähnten Rechtsstreit gegen das Land NRW) legte er einen schriftlichen Widerspruch ein. Und nun begann die Düsseldorf-Landesregierung zu rotieren und die Sache zog ihre Kreise bis hin zum Bundespräsidenten. Inzwischen schrieb man das Jahr 1976, Bundestagswahlen standen unmittelbar vor der Tür. Und bei den Spitzen der Bonner Parteien begann das große Zittern — nur weil ein Fahndungsbeamter aus St. Augustin sich nicht dem rechts-

dann anschließend sogar mit dem Bundespräsidenten und früheren FDP-Vorsitzenden Scheel.

Die hektischen Aktivitäten, die zwischen Düsseldorf und Bonn entfaltet wurden, führten zu dem gewünschten Erfolg: Die Spendenaffäre wurde vertuscht. Sie flog erst im Juni 1977 durch eine Enthüllung im „Spiegel“ auf. Verlierer bei der ganzen Angelegenheit war Klaus Förster, der Steuerfahnder mit dem „großen Gerechtigkeitssinn“. Er wurde abgeschoben und nach Köln versetzt, weil er — wie es der NRW-Prozeßvertreter Deutgen in dem jetzt laufenden Rechtsstreit sagte — „nicht passend für sein Bonner Umfeld“ war.

Und das ist nun wahrlich ein offenes Wort: Im Sumpf des „Bonner Umfelds“ ist nun mal kein Beamter zu gebrauchen, der sich von seinem Gerechtigkeitssinn so weit treiben läßt, daß er auch gegen die Gauner in den Chefetagen der Parteien vorgeht.

Wegen „Verwendung von NS-Symbolen“

Polizei zerstört antifaschistische Plakatausstellung

Ernst Volland erstattet Strafanzeige gegen die Polizisten

WESTBERLIN. — Der Westberliner Grafiker Ernst Volland eröffnete am 31. Juli eine öffentliche Ausstellung einiger seiner Plakate. Dabei zeigte er auch seine bekanntesten politischen Plakate, darunter eines, das auf die faschistische Vergangenheit des jetzigen Bundespräsidenten Carstens aufmerksam macht: Einen Carstens-Kopf mit Stahlhelm und angedeutetem Hakenkreuz.

Diese Ausstellung wurde am Abend des 12. August von der Polizei überfallen und mit weißer Farbe übermalt.

Zusammen mit der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK) hatte Ernst Volland einen Informationsstand vor der Plakattafel aufgebaut. Die Künstler machten Interviews mit Passanten über die Motive der Grafiken.

Nach kurzer Zeit kam eine Polizeistreife vorbei und nahm die Personalien der Künstler auf. Wenig später fuhren zwei Mannschaftswagen vor, riegelten die Ausstellung ab und hinderten die Künstler an der Weiterführung ihrer Interviews.

Dabei benutzte Volland für die Ausstellung angemietete Werbeflächen. Die Aktion war offiziell genehmigt. Die Polizei

aber erklärte sie für verboten! Ein blanker Hohn ist die Begründung der Polizei: Die Ausstellung sei wegen der Verwendung von NS-Symbolen zu verbieten gewesen! Wieder einmal werden Antifaschisten wegen solch einer absurden Anschuldigung verfolgt, während die wirklichen Nazis immer wieder unbehelligt bleiben, wenn sie in SS-Montur durch die Städte marschieren!

Vollands Plakate sind auch früher schon oft verfolgt und beschlagnahmt worden. Er konnte aber stets ihre Freigabe erkämpfen. Auch von dem Polizeiüberfall ließ er sich nicht einschüchtern: Am Tag darauf hingen die Bilder wieder.

Das Flugblatt des Monats

„Auch Polizisten bluten“

Prügelknaben der Nation?

SCHÄDELBRUCH

mit dem Beschützer der Gerechtigkeit, dem Staat, der die Sicherheit der Bürger garantiert, ist die Polizei beauftragt, die Straftäter zu finden und zu bestrafen. Sie ist die erste Verteidigungslinie gegen das Verbrechen. Sie ist die Garantie für die Sicherheit und den Frieden in unserer Gesellschaft.

Im rechten Auge steht: „Recht ist das, was die Polizei tut.“

Im linken Auge steht: „Recht ist das, was die Polizei tut.“

Devon steht im „St. n.“ kein Wort, im Gegenteil, der Bericht über Brückdorf liest sich, als seien Polizeibeamte gesetzlich legitimierte Schlägertrupps. (5.3.81)

Die jahrelange ungehinderte Verbreitung des „Bullen“-Images ist mitverantwortlich für immer rücksichtslosere Ausschreitungen gegen die Polizei.

Sie bereitet den geistigen Nährboden für die Ansicht, die Beamten seien geeignete Objekte, auf die jeder nach Belieben einschlagen dürfe.

Aber Polizisten sind Menschen, sie haben Rechte, Familien, Mütter, Väter.

Wenn sie verletzt werden, bluten sie, und wenn sie ungehindert verleumdet werden können, fühlen sie sich in Stich gelassen von denen, für deren Leben und Sicherheit sie täglich ihre Haut und ihr Leben riskieren.

Die Empörung unter den Polizeibeamten wächst. Erst STEINE in Brückdorf, jedes freie Wochenende zur Demonstration und zum DANK noch „Bullen“-schelte.

Wer gebietet diesem Treiben Einhalt?

Verleitet endlich die rufmordenden Publizisten und fordert BÜRGERRECHT auf Leben und Unversehrtheit! (Art. 2, Abs. 2 Grundges.)

recht

Wenn dieser Aufruf Ihrer Meinung entspricht, bitte fotokopieren und für weitere öffentliche Verbreitung sorgen! Bitte weit, auch privat weitergeben.

Mehr Schutz den Polizeibeamten

DANK!



Prügelknaben der Nation!

Tips

Samstag, 22. August
10.03 Uhr ARD

Kirmes. Spielfilm von Wolfgang Staudte über einen Deserteur aus der Hitler-Wehrmacht. (Wiederholung vom Vortag)

Sonntag, 23. August
21.00 Uhr, WDR, NDR, HR III

Sie vernichten unsere Wälder — unser Leben! Am Beispiel Neuguineas greift die Reportage von Sigrid Hedlund ein in vielen Ländern der „Dritten Welt“ akutes Problem auf: Die rücksichtslose Abholzung der großen Regenwälder durch die Holzkonzerne. Der Stamm der Binandere in Neuguinea, der in diesem Bericht vorgestellt wird, führt schon seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen diesen Raubbau an den natürlichen Reichtümern seines Lebensraums.

Montag, 24. August
20.15 Uhr, NDR, WDR, HR III

Randale und Liebe. Thomas Schmitt hat in seinem Film über Roker, Popper, Teds und Punks Jugendliche der Kölner „Szene“ durch lange Interviews die Gelegenheit gegeben, ihre Interessen und ihr Lebensgefühl selbst darzustellen.

Montag, 24. August,
23.00 Uhr, ARD

Ermittlungen gegen einen über jeden Verdacht erhabenen Bürger. Elio Petris Film, der in der Tradition der italienischen „Polit-Thriller“ steht, gewinnt dem Krimi eine ungewöhnliche Perspektive ab: Der Mörder nämlich ist hier nicht der Gärtner oder sonstwer, sondern der Chef des römischen Morddezernats höchstpersönlich.

Dienstag, 25. August,
20.15 Uhr, WDR, NDR, HR III

Wassa Schelesnowa. Drama von Maxim Gorki. In der Gestaltung der Wasse Schelesnowa, die für die Profite ihrer Reederei buchstäblich über Leichen geht, hat Gorki ein schonungsloses Bild des Kapitalismus in Rußland gekennzeichnet. In der Inszenierung von Egon Monk spielt Therese Giehse die Hauptrolle.

Dienstag, 25. August,
22.05 Uhr, WDR, NDR, HR III

Frauen im Krieg. In dem Film von Norbert Westernrieder schildern Frauen ihr Leben während des Kriegs in den Luftschutzkellern und Rüstungsbetrieben.

Donnerstag, 27. August,
22.10 Uhr ARD, 21.20 Uhr ZDF

Forum Frieden SPD. In beiden Programmen wird über eine Diskussionsveranstaltung in Bonn berichtet, an der Vertreter der Friedensbewegung und auf der anderen Seite SPD-Politiker wie Apel, Wischniewski und Bahr teilnehmen.

Zur Geschichte der Friedensbewegung in der BRD

„Wir wollen keine Soldaten sein!“

Der Kampf gegen die Wiederbewaffnung

Die antimilitaristische und Friedensbewegung hat in der Geschichte der Bundesrepublik eine beachtliche Tradition. Das ist eine Tatsache, die vielen Menschen heute nicht mehr im Bewußtsein ist. Der „Rote Morgen“ wird in den nächsten Wochen auf diese Traditionen eingehen und den Kampf der Werktätigen in Westdeutschland gegen die Re-

Am 16. Dezember 1949 — wenige Monate nach der Gründung des westdeutschen Spalterstaates — wurde in Bonner Bundestag die erste „Wehrdebatte“ geführt. Es war dies jedoch keineswegs eine hitzige Auseinandersetzung um das Für und Wider einer neuen Wehrmacht in Westdeutschland. Die staatstragenden Parteien boten vielmehr ein Bild schönster Eintrachtigkeit.

Die Fraktion der CDU, der Partei des Regierungschefs Adenauer also, erklärte: „Dem deutschen Volk liegt ... der Gedanke an eine Wiederaufrüstung fern.“ Und für die SPD, damals in der „Opposition“, sagte deren Fraktionsführer Ollenhauer: „Die sozialdemokratische Fraktion lehnt es ab, eine deutsche Wiederbewaffnung auch nur in Erwägung zu ziehen.“

Aus der Sicht heutiger Debatten, in denen sich die gleichen Parteien darum streiten, wer von ihnen Rüstung und Bewaffnung am energischsten vortreibt, muten die Bekundungen aus dem Jahr 1949 sonderbar an. Waren die damaligen Parlamentarier von der schrecklichen Krankheit des Pazifismus befallen, vor der heute der SPD-Kriegsminister gar nicht eindringlich genug warnen kann? Der Erreger dieser Krankheit mußte dann allerdings schon sehr stark gewesen sein. Denn zu jener Zeit rief ja auch ein Franz Josef Strauß — später Atom- und Kriegsminister — voller Pathos aus, demjenigen möge die Hand verdorren, der je wieder ein Gewehr anfassen wollte.

Aber wenden wir uns zunächst von den damaligen „Volksvertretern“ dem Volke selber zu. Einige Wochen nach der erwähnten „Wehrdebatte“ führte das Emnid-Institut eine Meinungsumfrage durch. Zu beantworten war dabei die Frage: „Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden oder, daß Ihr Sohn oder Ihr Mann wieder Soldat würde?“. 74,6 Prozent der so Befragten antworteten darauf mit einem glatten Nein. Und andere Erhebungen zu dem gleichen Thema erbrachten Quoten von Ablehnungen, die noch höher lagen, manchmal sogar bei 90 Prozent.

So ist also zunächst einmal festzustellen, daß die damaligen Parteiführer, ob Strauß oder Ollenhauer, mit ihrem kategorischen Nein zur Wiederbewaffnung nichts anderes ausdrückten als die Stimmung, den Wunsch und Willen der überwältigenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung. Zumal für die Masse der Werktätigen gab es in dieser Hinsicht keine Frage: Sie, die Überlebenden aus den Schützengräben und Luftschutzkellern, wollten tatsächlich nichts weniger als ein Wiederaufstehen der Wehrmacht, unter welchem Namen und in welcher Form auch immer. „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ — das war ihre Parole. Und darin drückte

sich der Wunsch nach einem einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland aus, das auf den Trümmern des „Dritten Reiches“ entstehen sollte.

Adenauers Putsch

Was aber die „Volksvertreter“ in Bonn betraf, so erwiesen sich ihre feierlichen Bekenntnisse gegen die Wiederbewaffnung schon nach kurzer Frist als infame Lügen, als ein schändlicher Betrug, mit dem man das Volk vorsätzlich getäuscht hatte. Kein dreiviertel Jahr war seit jener „Wehrdebatte“ vergangen, als in Bonn eine schier unglaubliche und folgenschwere Tatsache bekannt wurde. Der Regierungschef Adenauer hatte dem amerikanischen Hohen Kommissar ein geheimes „Sicherheitsmemorandum“ übermittelt, in dem er die Bereitschaft zur Aufstellung eines westdeutschen Kontingents für eine zu schaffende westeuropäische Armee verkündete.

Das war ein regelrechter Putsch gewesen, vollzogen hinter dem Rücken und ohne Wissen des Parlaments, ja selbst

militarisierung darstellen. Es geht uns dabei nicht nur darum, einige — auch für das Verständnis des heutigen Friedenskampfes wichtige — historische Fakten wieder ins Gedächtnis zu rufen, sondern auch darum, aus den Kampferfahrungen von damals Lehren für die Friedensbewegung der 80er Jahre zu ziehen.

gen Kriegsministeriums. Adenauers „Sicherheitsbeauftragter“, der ehemalige Nazi-General Graf von Schwerin, berief eine geheime Klausurtagung ein, zu der faschistische Kriegsverbrecher wie die Generäle Speidel und Heusinger zusammengeholt wurden. Diese Herren, die fünf Jahre zuvor noch an der Spitze der Hitlerschen Kriegsmaschine gestanden hatten, berieten jetzt im Auftrag des „demokratischen“ Bundeskanzlers über die „Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer internationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas“. Ihre Vorschläge waren unter anderem: Schaffung einer westdeutschen Streitmacht von zwölf Divisionen gleich 250.000 Mann; Unterbindung der Diffamierung alles „Soldatischen“, was nichts anderes bedeutete als die Forderung nach der Beseitigung aller Beschränkungen für eine hemmungslose Verherrlichung der faschistischen Wehrmacht.

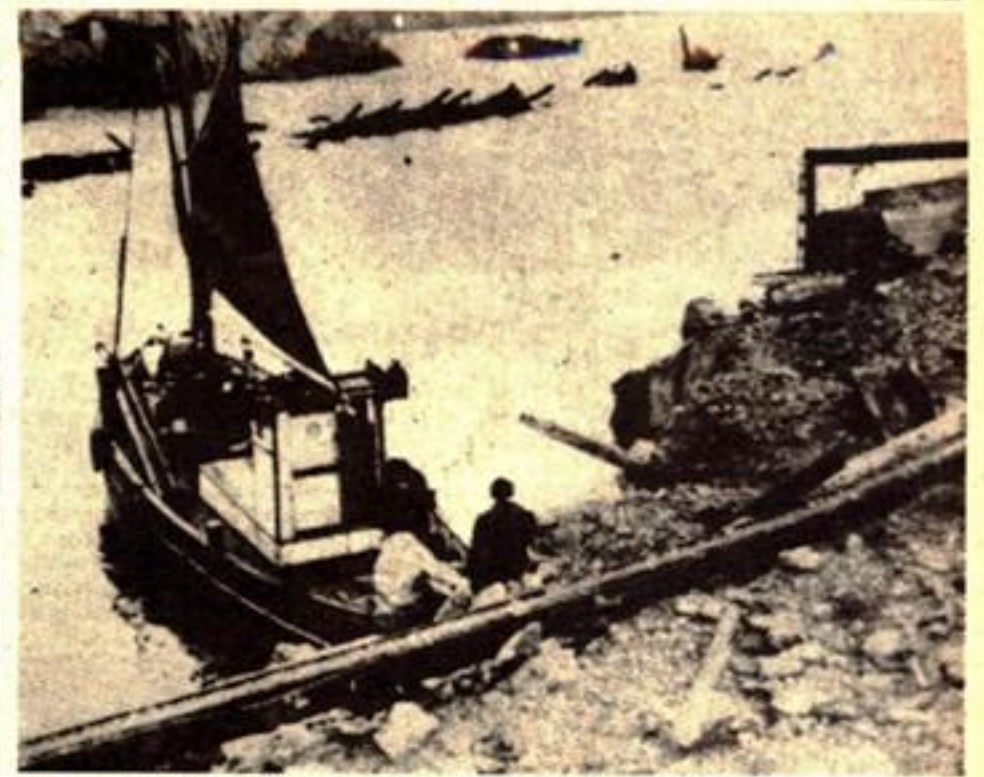
„Ohne mich!“

Diese Entwicklung zeigte in erschreckender Deutlichkeit, daß

Formen des Protestes sozusagen nur die Spitze des Eisbergs waren; und was darunter lag, war eine äußerst breite oppositionelle Stimmung, die nahezu alle Werktätigen erfaßte und die sich etwa so beschreiben läßt: Wir haben den Hitler-Krieg mit all seinen Schrecken überlebt. Wir mußten furchtbare Opfer bringen. Und ihr wollt uns jetzt schon wieder ein Gewehr in die Hand drücken? Ohne uns!

„Wir wollen keine Soldaten sein“

„Ein deutscher Beitrag zu einer Verteidigungsarmee war in der Bundesrepublik ausgesprochen unpopulär.“ Mit diesen dürren Worten umschrieb Adenauer später in seinen Memoiren die Stimmung in jenen Tagen. Wie unpopulär das tatsächlich war, spürten die Bonner Politiker damals immer dann, wenn sie sich auf eine Begegnung mit den Massen einließen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Als der erste Bundespräsident, Theodor Heuß, im September 1950 eine Jugendkonferenz der IG Bergbau mit seinem Besuch beehrte,



Junge Friedenskämpfer besetzen die Insel Helgoland, um britische Bombenabwürfe zu verhindern.

den Besatzern zur Vorbereitung eines kommenden Krieges angebracht worden waren. Eine Sache, die größten Mut erforderte. Da war beispielsweise Walter Zanner aus Regensburg, der sich unter schwierigen Bedingungen von der Maria-Hilf-Brücke abseilte und dort ein Sprengloch zumauerte. Er wurde entdeckt und von einem amerikanischen Militärgericht zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Das geschah übrigens zu der gleichen Zeit, als die ersten Nazi-Kriegsverbrecher wieder aus den Gefängnissen entlassen wurden und der US-Präsident Eisenhower eine Ehrenerklärung für die ehemalige Hitler-Wehrmacht abgab.

Krieg gegen das sozialistische Lager

Man muß die damalige Entwicklung in Deutschland vor dem Hintergrund der internationalen Lage sehen. Und die war dadurch gekennzeichnet, daß die amerikanischen Imperialisten mit dem Überfall auf

Westdeutschland zu ihrer europäischen Hauptbasis für den Krieg gegen das sozialistische Lager ausbauen. Der damalige US-Außenminister Dulles hat diese Absichten 1950 selbst offen zum Ausdruck gebracht, als er sagte: „Westdeutschland kann ein großer Trumpf in den Händen des Westens sein. Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiert.“

Unter diesen Bedingungen war die „Ohne-mich“-Bewegung eine Erscheinung, die nicht nur auf eine für Westdeutschland besondere Entwicklung reagierte. Sie war objektiv Bestandteil der internationalen Friedensbewegung gegen den drohenden Ausbruch eines vom amerikanischen Imperialismus entfesselten Dritten Weltkriegs. Dieser Gesichtspunkt wurde in einer Reihe von Friedensaktivitäten auch bewußt zum Ausdruck gebracht.

So beteiligten sich zum Beispiel 19 Millionen Deutsche, darunter zwei Millionen aus Westdeutschland, an der Stockholmer Unterschriftenkampagne zum Verbot der Atomwaffen. In Berlin gingen einen Monat nach dem Überfall auf Nordkorea 350.000 Werktätige aus beiden Teilen der Stadt zu einer mächtigen Friedensdemonstration auf die Straße. Die Hamburger Hafenarbeiter bildeten ein Friedenskomitee und riefen die Hafenarbeiter, Seeleute und Binnenschiffer in ganz Westeuropa dazu auf, Transporte von amerikanischem Kriegsmaterial zu verweigern. Im Hüttenwerk Hagen-Haspe faßten die 2000 Arbeiter auf einer Betriebsversammlung den Beschluß, gemeinsam mit französischen Kollegen eine Europäische Arbeiterkonferenz gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands einzuberufen.

Die hier angeführten Beispiele machen schon deutlich, daß die Arbeiterklasse immer mehr zur Hauptkraft der Friedensbewegung wurde und, daß sie dabei von einem nur passiven „Ohne mich“ zu wirksamen Aktionen überging. Die Haltung der Gewerkschaften in der Frage der Wiederbewaffnung war zu jener Zeit übrigens eindeutig und unmißverständlich. In einer DGB-Entscheidung vom 21. November 1950 wird festgestellt: „Sie (die Gewerkschaften) sind aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen und der gegenwärtigen besonderen deutschen Situation gegen die Wiederrichtung einer selbständigen deutschen Armee. Sie wollen nicht, daß reaktionäre Elemente erneut durch die Wiederherstellung einer Wehrmacht Auftrieb und Macht gegeben werden.“



Parole gegen die Remilitarisierung in Frankfurt.

ohne Kenntnis der Kabinettsmitglieder. Doch von allen den Figuren der Regierungskoalition, denen ja angeblich jeder Gedanke an eine Wiederbewaffnung fern lag, protestierte nur ein einziger gegen diesen Putsch: Innenminister Heinemann legte sein Amt nieder. Die übrigen Vertreter der Regierungsmehrheit sanktionierten noch nachträglich den Putsch des Kanzlers. Damit waren die Voraussetzungen für die Remilitarisierung Westdeutschlands geschaffen.

Und nun ging es rasend schnell voran. Der NATO-Rat beschloß die Bildung einer integrierten westeuropäischen Streitmacht, die später Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) genannt wurde und an der sich auch westdeutsche Einheiten beteiligen sollten. In Bonn wurde eine Dienststelle unter dem CDU-Politiker Blank, das „Amt Blank“ gebildet — die Vorstufe eines künfti-

gen der KP — die einzige wirklich oppositionelle Kraft im Bundestag — recht behalten hatte, als sie im Parlament vor einer geheimen Vorbereitung für die Militarisierung warnte — zu einer Zeit, wo sich die übrigen Parteien noch in ihren verlogenen Schwüren gegen die Wiederbewaffnung überboten. Die Enthüllungen über die von Adenauer heimlich betriebene Remilitarisierung lösten, eine Welle der Empörung und des Protestes aus. Es entstand das, was man dann bald darauf die „Ohne-mich“- oder „Ohne-uns“-Bewegung nannte.

Niemand hatte diese Bewegung organisiert. Sie äußerte sich in ihrer sichtbaren Form zunächst in Kundgebungen, in Protestbriefen, im Malen von antimilitaristischen Parolen und auch in Resolutionen von Belegschaften gegen die Wiederbewaffnung. Kennzeichnend für die „Ohne-mich“-Bewegung war aber, daß diese sichtbaren

riefen ihm 25.000 Jungarbeiter im Sprechchor entgegen: „Wir wollen keine Soldaten sein — Theodor, geh' Du allein.“

Gerade die Jugendlichen waren es auch, die sich nicht nur auf verbale Proteste beschränkten, sondern schon in dieser ersten Phase der antimilitaristischen Bewegung eine Reihe von mutigen Aktionen durchführten. Dazu gehört zum Beispiel die Besetzung der Insel Helgoland, die damals von den britischen Besatzern als Übungsgebiet für Bombenabwürfe mißbraucht wurde. An dieser Aktion, mit der schließlich die Bedrohung der Bombardierungen erzwungen wurde, waren unter anderem Mitglieder der FDJ, der Falken, der Gewerkschaftsjugend und der katholischen Jugend beteiligt.

In mehreren Gegenden der Bundesrepublik gingen Jugendliche daran, Sprenglöcher an Brücken, Straßen, Talsperren usw. zuzumauern, die dort von

Nordkorea im Juni 1950 zum offenen militärischen Angriff auf das sozialistische Lager übergegangen waren. Ihr Verbündeter Churchill, der britische Premier, hatte in der ihm eigenen zynisch-drastischen Art über das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges gesagt: Wir haben die falschen Schweine geschlachtet. Das soll heißen: Statt mit der Roten Armee gegen den Faschismus hätte man besser gemeinsam mit den Faschisten gegen die sozialistische Sowjetunion kämpfen sollen.

Und nun gingen die amerikanischen Imperialisten also daran, diesen „Fehler“ wieder wett zu machen. Sie waren es, die — von Adenauer und seiner Regierung aktiv unterstützt — die Remilitarisierung Westdeutschlands vorantrieben, die das im antifaschistischen Krieg vernichtend geschlagene deutsche Monopolkapital wieder aufpäpelt und die alten Hitler-Generäle reaktivierten. Sie wollten

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 34 21 Ağustos 1981

Yıl: 15

1 DM

Nötron bombasına karşı protestolar yükseliyor

10 Ekim'de Bonn'daki barış yürüyüşüne katılalım!

ABD Hükümeti tarafından yeniden yapımı kararlaştırılan nötron bombasına karşı geçen hafta dünya çapında protestolar yükseldi. Bu protestoların en büyüğü doğal olarak Avrupa ülkelerinde meydana geldi. Çünkü, nötron bombası özellikle bu ülkelere yerleştirilmek için üretilmektedir. Batı Almanya'nın bütün büyük şehirlerinde de protesto mitingleri ve yürüyüşleri yapıldı. Barıştan yana olan bütün insanlar aynı düşüncede: ABD savaş kışkırtıcılarının savaş planları engellenmelidir!

Federal Almanya Cumhuriyeti'nde yeni bir atom savaşına karşı barış mücadelesinin giderek geliştiği ve güçlendiği bir sırada, Federal Hükümet ve muhalefet partileri nötron bombasının ülkemize yerleştirilmesinin yollarını hazırlamaktadırlar. Özellikle SPD içinde nötron bombası ile ilgili ciddi tartışmalar yapılmaktadır ki, bu tartışmalar barış davası için çok iyi kullanılmalıdır.

Almanya'daki emekçilerin can düşmanı olan CSU-Şefi Strauss, Federal Ordu'nun da nötron bombasıyla donanmasını talep ediyordu. CSU/CDU ve diğer gerici güçler nötron bombasının ülkemize yerleştirilmesini açıkça savunurken, hükümet partileri dolaylı olarak bunun propagandasını yapmaktadırlar. SPD Hükümet sözcüsü Rühl, "nükleer silahların teknik

hükümet ve muhalefet partileri ABD emperyalizminin savaş kışkırtıcı çabalarına omuz vermektedirler. Atıldığı yerde yanlış canlıları yokeden nötron bombasının ülkemize yerleştirilmesi ancak geniş halk kitlelerinin eylemiyle engellenebilir.

Partimiz, savaşa karşı olan bütün insanları dünya halklarını tehdit eden yeni bir atom sa-



Avrupa'da savaşa ve nötron bombasına karşı yapılan protestolardan biri.

olarak modernleştirilmesiyle" ilgili nötron bombasının Batı Almanya'ya yerleştirilmesi söz konusu olabilir diyor.

Hollanda, Danimarka ve Norveç hükümetleri nötron bombasının ülkelere ve Avrupa'ya yerleştirilmesine karşı çıkarken, Federal Almanya'da

vasının tehlikesine karşı mücadeleye çağırılmaktadır. 10 Ekim'de Bonn'da yapılması planlanan ve 100 binin üzerinde insanın katılacağı beklenen, nükleer silahların ülkemize yerleştirilmesini protesto eden büyük kitle yürüyüşüne katılalım! Nötron bombasına hayır!

Kahramanmaraş'ta TDKP davası:

14 devrimcinin daha idamı isteniyor

Kahramanmaraş'ta geçen hafta başlayan 119 kişilik "TDKP-Davası"nda, askeri faşist mahkeme 14 TDKP taraftarı hakkında ölüm cezası isteminde bulundu. 12 Eylül'den bugüne kadar altı devrimciyi idam sehpasına çeken faşist cunta, son dönemlerdeki kitlesel yargılamalarda onlarca devrimci ve anti-faşist hakkında ölüm cezası vermiştir veya ölüm cezası isteminde bulunmaktadır. Faşist generaller ve onların denetimindeki askeri faşist mahkemeler peş peşe ölüm cezaları yağdırarak, emekçi halkın mücadelesini engellemeye çalışmaktadırlar.

Bugün, askeri faşist diktatörlük Türkiye'de emekçi halkın üzerine uyguladığı azgın sömürüyle, estirdiği kanlı terörle, onbinlerce anti-faşisti ve devrimciyi cezaevlerine doldurmakla, ülkeyi bir cehennem, halk için bir hapishane haline dönüştürmüştür. Türkiye'de faşizme, emperyalist boyunduruğa ve sömürüye karşı mücadele veren, ülkenin bağımsızlığı ve halkının kurtuluşu için mücadele veren devrimciler, ölümle yargılan-

makta veya ağır hapis cezalarına çarptırılmaktadırlar. Bir zindan görünümündeki Türkiye hapishanelerinde, işkencenin ve baskının en adisi uygulanmaktadır. Emperyalizmin yeminli uşağı faşist generaller, sömürü ve baskılarla Türkiye'de mezar suskunluğu yaratmaya çalışmaktadırlar. Ama, devrimciler ve anti-faşistler cezaevlerinde, işkence tezgâhlarında, faşist yargıların karşısında faşizme karşı direnmekte-

dirlir. Bugün bütün azgın saldırlara karşı faşist cunta halkın ve onun öncüsü devrimcilerin ve komünistlerin mücadelesini durdurmuş değildir.

Tarihin hiç bir döneminde faşist diktatörlükler halk kitlelerinin mücadelesini durduramamıştır. Türkiye halkı mücadelesinde edindiği tecrübelerle, faşist diktatörlüğe karşı direnişi yeniden yükseltecek ve faşist generalleri hakettikleri yere; Hitler'in, Somoza'nın ve Şah'ın yanına gönderecektir.

Almanya Komünist Partisi (KPD), Türkiye halkının faşizme karşı mücadelesini bütün gücüyle desteklemektedir. Kahrolsun Türkiye'deki askeri faşist diktatörlük! Ölüm cezalarının verilmesine son! Yaşasın bağımsız, demokratik Türkiye!

(„Todesstrafe für 14 Antifaschisten gefordert“ RM/Nr. 33)



Frankfurt'taki protesto yürüyüşüne 1500 kişi katıldı

Yurtdışı edilmeleri engelleyelim!

Türkiyeli anti-faşistler yurtdışı edilmekle tehdit ediliyor

FRANKFURT — "Bornheim Anti-faşist Halk Komitesi" tarafından geçen Cumartesi günü Frankfurt'ta düzenlenen ve Türkiyeli anti-faşistlerin yurtdışı edilmelerini protesto eden yürüyüş ve mitinge yaklaşık 1500 devrimci ve demokrat katıldı. Protesto eylemini KPD ve DİDF'in (Demokratik İşçi Dernekleri Federasyonu) yanı sıra, Türkiyeli ve Alman anti-faşist örgütler de desteklediler. Batı Almanya'da Türkiye'deki faşist cuntaya karşı gelişen ve güçlenen protesto eylemleri, cuntayı her yönüyle destekleyen Batı Alman devletinin de teşhirine yol açmaktadırlar. Son dönemlerde Türkiyeli demokratlar ve anti-faşistler üzerindeki saldırıları ve baskıları daha da yoğunlaştıran B. Alman devleti, yurtdışı etmelerle cuntaya karşı verilen mücadeleyi engellemeye ve anti-faşistlere gözdağı vermeye çalışmaktadır.

Frankfurt polisi, Nisan ayında faşistlerin gece yapımlarını protesto etmek için faşist "Türk-Federasyonu" önünde toplanan yaklaşık 300 anti-faşiste azgınca saldırmış, Doğan Ö. ve Yaşar Y. ile beraber 18 Türkiyeli ve bir Alman arkadaşı tutuklanmıştı. Tutuklanan bütün Türkiyelilere polis karakolunda hakaret edilmiş ve birçoğuna işkence yapılmıştı. Polisin anti-faşistlere saldırısından ve işkence etmesinden iki gün sonra Frankfurt Belediye Başkanı Wallmann, herhangi bir mahkeme kararı olmaksızın Doğan Ö. ve Yaşar Y.'nin 15 gün içinde Almanya'yı terketmesini bildirmişti. Yasal olmayan bu karar, avukatların mahkemeye başvurusuyla bugün durdurulmakla beraber, bu iki arkadaşın sınır dışı edilmeleri için yürütülen çabalar henüz sona ermiş değildir. Bu iki arkadaşın yurtdışı edileme çabaları, Türkiyeli anti-faşistlere ve devrimcilere yapılmış bir saldırdır. Sadece bu iki anti-faşist değil, bir çok bölgede demokratların ve devrimcilerin yurtdışı edilmeleri için mahkemelere davalar açılmıştır. Ve bugün Doğan Ö. olayında da gördüğümüz gibi, mahkeme kararı olmadan sınır dışı edilmeler yasallaştırılmak istenmektedir.

Geçen Cumartesi Frankfurt'ta yapılan yürüyüş, önce Belediye Başkanı Wallmann tarafından yasaklanmış ve daha sonra mahkemeye yapılan itiraz sonucu, yürüyüşün güzergâhı değiştirilerek — yürüyüş konvoyu Türkiyelilerin yoğun olarak oturduğu bir mahalleden geçecekti — tekrar izin verilmişti. Wallmann, belediye başkanı olduğundan beri özellikle Türkiyeli anti-faşistler tarafından düzenlenen her yürüyüşü, "çatışmalar çıkacağından korkulmaktadır" diyerek engellemeye ve yasaklamaya çalışmıştır. Ama, 11 Nisan'da olduğu gibi "çatışmaları" başlatan her zaman polis olmuştur.

Belediye Başkanının anti-faşistleri yurtdışı etme çabaları Frankfurt'ta büyük protestolara yol açtı. Sendika gençliğinin

düzenlediği bir protesto toplantısında Doğan Ö. konuştu. Frankfurt şehir parlamentosundaki SPD ve "Grüne" fraksiyonları yurtdışı edilmeleri protesto ettiler. Geçen hafta yapılmış eylemde Doğan Ö.'ün çalıştığı fabrikada işçi temsilcisi olan Manfred Müller de konuşarak, yurtdışı etme tehditlerini teşhir etti.

Önce tutuklama ve işkence sonra yurtdışı...

Yukarıda da belirttiğimiz gibi 11 Nisan günü faşistlerin gece yapmasını protesto eden anti-faşistlere polis saldırmış, caddede siyah saçlı gördüğü herkesi joplmuş — ki, eyleme katılmayan bir İtalyalının polis tarafından dövülmesi bunun açık bir delilidir — ele geçirdiği Türkiyelileri karakola çekerek, birçoğunu işkenceye tabii tutmuştu. Karakolda işkence gören, ve baygın bir şekilde hastaneye kaldırılan, şimdi ise yurtdışı edilmek istenen Doğan Ö. gördüğü işkenceyi "Emeğin Sesi" gazetesine gönderdiği bir mektupta şöyle anlatıyordu:

"...Aniden kafama coplar inmeye başladı. Kimide yumruk ve tekmeyle vuruyordu. Bu ne kadar sürdü bilmiyorum. Bayılmışım. Biraz kendime geldim, ayılmak için beni tokatlıyorlardı. Kalk diye küfür ettiler. Ben kalkamayınca birkaç tekme daha vurdular. Fakat ben yine kalkamayınca, ellerimden tutup başladılar polis arabasına sürüklemeye. Polis arabasında ellerimi (arkadan) ve ayaklarımı kelepçelerek, yarı baygın halde polis karakoluna getirdiler. Arabadan sürükleyerek indirdiler. Küfredip, bağırarak kalkmamı istediler. Kalkamayınca, ağzıma sıvı, çok acı bir şey sıktılar. İyice kendime geldim halde kalkmak istedim, kalkamadım. Bunun üzerine tekmeleyip, kollarıma girerek

beni yukarı çıkardılar. Bir hücreye koydular. Hücredeyken polisin küfürlerini ve getirilenlerin bağırıklarını duyuyordum. Bu böyle sürerken benim kاپıyı açtılar. Hiçbir soru sormadan, üç tane polis başladı tekme, yumruk ve coplarla vurmaya. Yere düştüm, yarı baygın haldeyken polisler çekip gittiler. Aradan epey zaman geçtikten sonra bu sefer onun üzerine polis geldi. Ben hâlâ yarı baygın yerde yatıyordum. Üzerime su dökerek kaldırıp bir yere oturtular. İyi niyetli görünen bir polis yanıma geldi, bana, "ben seninle arkadaşım, sana hiçbir şey yapmayacağım, ben iyi bir insanım". Ve ardından diğer polisleri göstererek "istersen onları dışarı çıkartayım, yeterki sen bana olaya katılan arkadaşların ismini söyle" diyordu. Ben, olayın içinde olmadığımı, olaya katılanları da tanımadığımı söyledim. Bunu üzerine, biraz durduktan sonra, iki elinin avuç içleriyle kulaklarımı indirdi. Ben neye uğradığımı anlayamamıştım. Başka bir polis geldi, saçlarımdan tutup, "söyle kim arkadaşların" diyordu. Küfürler yağdırıp kafamı duvardan duvara vurmaya başladı. Sonra yere bıraktı. Tekrar üzerine su döküp, kaç polis olduğunu bilmiyorum, başladılar geliş güzel her tarafıma vurmaya. Bayılmışım. Kendime geldiğimde kan içinde kalan kafam, yüzüm ve vücudumun her tarafı müthiş acıyordu. Bir müddet sonra yine polisler geldiler. Halime bakıp, bunun işi tamam, başka dövme-yeye gerek yok deyip, çekip gittiler..."

Anti-faşistler, devrimciler! Türkiyeli anti-faşistler üzerindeki baskılara onları yurtdışı edilerek faşist cuntanın işkence tezgâhlarına çekilmelerine izin vermeyelim, yurtdışı edilmelere ve faşist generallerin çetinesine Alman devleti tarafından sağlanan desteğe karşı mücadeleyi yükseltelim.

(„Abschiebung der türkischen Antifaschisten muss verhindert werden“ RM/Nr. 33)



„Kadınlar ve erkekler: aynı işe eşit ücret“ — resimdeki yazı.

Heinze firmasında çalışan 29 kadınla dayanışma:

Aynı işe eşit ücret!

Kadınlar üzerindeki yoğun sömürüye hayır!

6 Eylül günü Kassel'de büyük bir dayanışma mitingi ve yürüyüşü yapılacak. Federal İş Mahkemesi'nde Heinze firmasında çalışan 29 kadının açtığı davanın görüşülmesi dolayısıyla IG Druck ve Papier Sendikası tarafından düzenlenen bu eylemle kadın işçiler, "aynı işe, eşit ücret" için mücadeleyi daha da genişletmek istemektedirler. Düzenlenen bu eylem temel bir öneme sahip olduğundan çeşitli sanayii dallarındaki bütün sendikalar tarafından desteklenmektedir.

Olayın gelişimi

1978 yılının başından beri Gelsenkirchen şehrindeki Heinze foto firmasında kadın ve erkek işçiler aynı işi yapmakta ve gün boyunca aralıksız çalışmaktadırlar. Bu işletmede çalışan işçilerin büyük çoğunluğunu kadınlar oluşturmaktadır. Gece vardiyası için erkek işçilerin işe alınmasından kısa bir süre sonra, tespit edildi ki, erkek işçiler gece vardiyası zammı dışında en azından saatte 1,50 dm kadınlardan fazla ücret almaktadırlar. Ki bu durum, toplu sözleşme anlaşmasında da yer almamakta idi. Hatta işe yeni başlayan erkek işçilerin makinaların nasıl çalışacağını gösteren kadın işçiler, (pek azı dışında) erkek işçilerden bir Pfennig daha fazla ücret alamıyorlardı. İşveren bu duruma gerekçe olarak, erkek işçilerin "pazardaki işgücü değerinin yüksek" olmasını gösteriyordu ve ayrıca erkeklerin gece vardiyasında çalıştıklarını söylüyordu.

Bu durumu nefretle karşılayan kadınlar, sorunu işyeri toplantısına götürdüler ve sendikayla talepleri üzerine görüş birliğine vardılar. Bu, anayasada kabul edilen eşit muamele hakkıyla çelişmekteydi.

"Aynı işe eşit ücret" talep eden 29 kadın işçi, 1979'un ilk baharında Gelsenkirchen'deki İş Mahkemesinde haklarını almak için dava açtılar. 10 Mayıs 1979'da mahkeme kadın işçilerin lehine karar aldı. Tıklım tıklım dolan mahkeme salonunda şöyle bir karar alınmıştı: "Bu kadınların, erkek işçilerin ücreti gibi ücret almaya hakkı vardır". Yani, aynı işte çalışan kadın ve erkek işçiler aynı ücreti almalıydılar.

Ama, mahkemenin aldığı bu kararı Heinze patronu kabul

etmeyerek, bir üst mahkemeye başvurarak, karara itiraz etti. Fakat, kadınlar mücadeleden geri durmadılar ve teslim olmadılar. Mücadelelerinde attıkları bu ilk adımla kadınlar, sadece çalıştıkları işletmede büyük bir destek bulmuşlardı (işletmede mahkemedeki kadınları desteklemek amacıyla bir kadın grubu kurulmuştu), ayrıca bir çok işletmede çalışan emekçiler Heinze kadın işçileriyle dayanışmaya gitmişlerdi. Ve davanın Hamm'daki Eyalet İş Mahkemesi'nde görüşüldüğü tarih, milyonlarca kadının sorunu olan "aynı işe eşit ücret" için mücadele veren 29 kadınla dayanışmanın bir günü haline dönüştürüldü. Pek çok kadın ve erkek işçi, işyerlerinden izin alarak Hamm'a gelmişlerdi.

Bir hakka sahip olmak ve bir hakkı kazanmak, bunlar iki ayrı şeydir ve kadın emekçiler bunu iyi öğrenmek zorundadırlar. Hamm'daki Eyalet İş Mahkemesi davanı reddetti ve Gelsenkirchen'deki İş Mahkemesi'nin aldığı kararı geçersiz saydı. "Şimdi Kassel'e gidiyoruz, hiç kimse bizi yıldıramaz. Uzun süre devam etse bile, kimse bizi yıldıramaz..." Omuz, omuz, kol kola, veren kadınlar Hamm'daki İş Mahkemesi önünde bu türküyü söylüyorlardı ve üzerinde "kadın ve erkek: aynı iş, aynı ücret" yazılı (resimdeki pankart ve yazı) pankart taşıyorlardı.

Bir kadın işçi 19 Eylül 1979'da Hamm'da şöyle diyordu: "Mahkemedeki dava, mücadelemizin sadece bir parçasıdır. Bizler, ayrıca kadın işçilere yapılan haksızlıklarla ilgili olarak kamuoyunu aydınlatmak istiyoruz. Yürüyüşler, dayanışma mesajları, işyerlerinde sırf bu mesele için izin alarak, bizimle beraber Hamm'a gelen pek çok kadın işçi arkadaş: Butun bun-

lar, mahkeme kararından bağımsız olarak birşeyler başardığımızı göstermektedirler."

Heinze kadın işçileri yalnız değildir

Çeşitli işkollarında çalışan kadın emekçiler, Heinze firmasında çalışan kadın işçilerle aynı sorunlara sahiptirler. İşletmelerde erkeklerle aynı işi yapan kadınlar, onlardan daha düşük ücret almaktadırlar. Gerçi aynı işi yapan erkek işçiler de sömürülmektedir ama kadın işçiler ağırdan açığa daha yoğun bir sömürüye tabii tutulmaktadır. Bundan ötürü Heinze kadın işçilerinin davanı destekleyen geniş bir dayanışma eylemi mevcuttur. İş Mahkemesi'nde dava açan bu kadın işçilerin yüzlerce dayanışma mesajı alması, Rhein-Main Tiyatrosu tarafından "Heinze Kadın İşçileri" ile ilgili bir oyunun sergilenmesi esnasında 45 binin üzerinde imza toplanması ve "rororo" yayınevinin Heinze kadınları üzerine bir kitap yayınlaması bu dayanışmayı açıkça göstermektedir. Ayrıca "Brigitte" adlı kadın dergisi, Heinze firmasında çalışan kadın işçileri cesaretle mücadelelerinden ötürü "yılın kadınları" olarak ilan etti.

Ama, burada belirtilmesi gereken en önemli nokta, Heinz'de çalışan kadın işçilerin diğer işletmelerde çalışan kadınlara örnek olmasıdır. Kadın işçilerin sendikaların desteğini alarak, aynı işte çalıştıkları erkeklerle aynı ücreti almak için verdikleri mücadelelerden aşağıda bazı örnekler vereceğiz: Neuss'deki Schickedanz firmasında çalışan ve IG Druck'a üye

olan 59 kadın işçi, toplu sözleşme anlaşmasında tespit edilen ücretten daha fazla ücret alabilmek için mahkemeye başvurdu. Weizlar'da bir kablo firmasında çalışan 25 kadın işçi (IGM), toplu sözleşmeye dayanarak yüksek ücret grubu talep etmektedirler; Langnese'de çalışan kadınlar (NGG), yüksek ücret grubuna tabii tutulmalarını istemektedirler; Monchengladbach'dan 14 kadın işçi (IGM), çalıştıkları iş için "basit" bir iş olmadığını mahkeme önünde kanıtlamak için dava açtılar; Horten satış mağazasında çalışan iki kadın (HBV), erkek işçilerle aynı ücreti almak için verdikleri mücadeleyi başarıyla sonuçlandırdılar; Velbert'te çalışan 37 kadın işçi (IGM), yüksek ücret grubu talep etmektedirler; Wiesbaden'de Karstadt'ta çalışan kadınlar (HBV), mahkemede açtıkları davayı birinci celsede kazandılar; Adler Werke'de çalışan 34 yabancı kadın (IGM), yüksek ücret grubu talep etmektedirler; Witten'de Korsch firmasında çalışan kadın işçiler (IGM), yaptıkları zor işe karşılık fazla ücret almayı mücadeleyle kazandılar; Roth firmasında çalışan beş kadın işçi, yüksek ücret grubu talep etmektedirler.

IG Druck Sendikası baskı yapıyor

Bütün bu örnekler gösteriyor ki, Heinze firmasında çalışan kadınların verdiği mücadele, sosyalist bir mücadele değildir ve sadece bireysel sorunların çözümünü hedeflemektedir. Milyonlarca kadın emekçi aynı sorunlarla karşı karşıyadır, haksızlığa uğramaktadır ve erkek işçilerden daha fazla sömürülmektedirler. Bundan ötürü IG Druck ve Papier Sendikası'nın bu sorunu sadece mahkemede dayanışmayı örgütlemesi ve mücadeleyi geniş bir cephede desteklemesi çok olumlu bir şeydir.

IG Druck Sendikası'nın 6 Eylül'de yapılacak yürüyüş için yaptığı çağrı sadece üyeleri için değil, tüm sendikalara üye işçilere yapılmış bir çağrıdır. Bundan ötürü basın işçileri sendikası tarafından düzenlenen bu dayanışma eylemi, pek çok şehirde tek tek sendikaların kadın komisyonları veya DGB kadın komisyonları tarafından da desteklenmektedir. Bir çok yörede Kassel'deki eyleme katılmak için daha şimdiden otobüsler kiralınmış durumdadır.

Kızıl Şafak, kadın işçiler için temel bir öneme sahip olan ve 6 Eylül'de Kassel'de yapılacak olan bu eyleme bütün okurlarını katılmaya çağırıyor. Erkek işçilerle aynı işi yapan, ama onlardan daha düşük ücret alan ve milyonlarca kadının aynı sorunu sahip olduğu bilincinde olan 29 kadın işçi şöyle yazmaktadırlar: "Bu dayanışma eylemini 6 Eylül'de Kassel'de daha da geliştirmek istiyoruz. 'aynı işe eşit ücret' için verilen mücadele giderek genişlemekte ve güçlenmektedir. Bu eylem, eşit ücret için verilen sendikal mücadelede yeni bir doruk noktası ifade etmektedir.

İşçi arkadaşlar: Bize katılın ve bizimle beraber mücadele edin — bizim için ve sizin için!

Biz çalışan kadınlar, daha uzun süre düşük ücretliler olarak kötü muamele görmemize izin vermiyoruz. Biz sendikacı kadın işçiler biliyoruz ki, 'aynı işe eşit ücret' hedefimize ancak işçi arkadaşlarımızla — kadın ve erkeklerle, işçilerle ve memurlarla, yabancılarla ve yerlilerle, gençlerle ve yaşlılarla — ortaklaşa mücadeleyle ulaşabiliriz. Tüm işçi arkadaşları dayanışmaya çağırıyoruz! 6 Eylül'de Kassel'deki eyleme katıl!

(„29 stehen für Millionen“ RM/Nr. 33)

20 yıl Berlin Duvarı

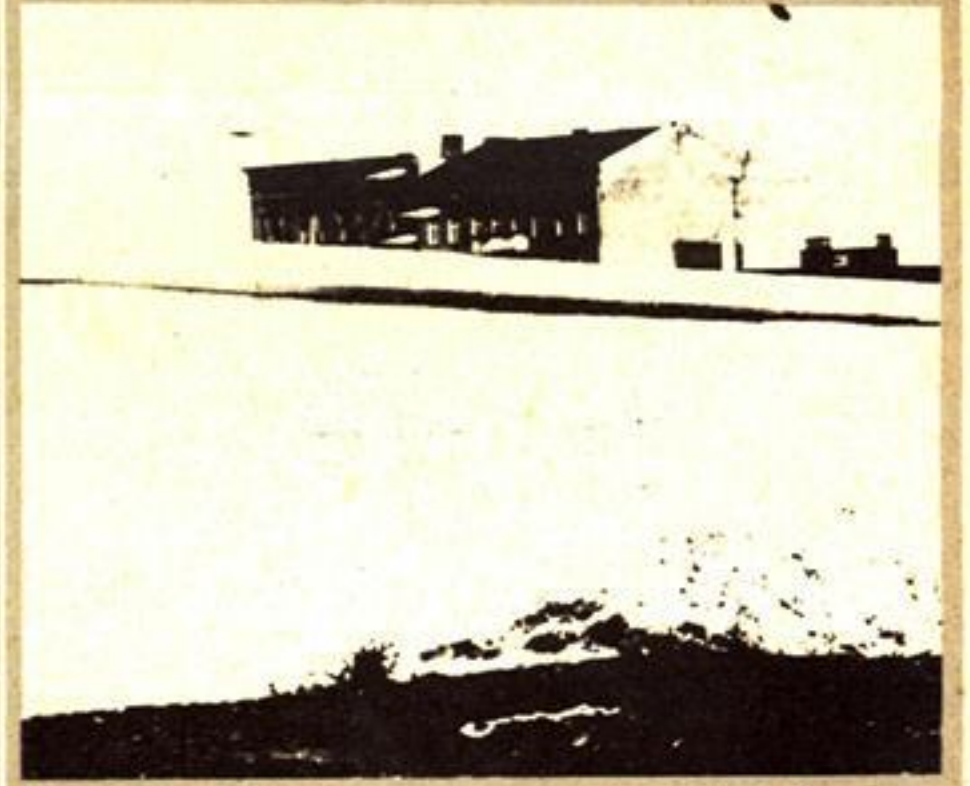
BUGÜNKÜ DDR-EMEĞÇİLER HAPİSHANESİ

13 Ağustos 1961'de DDR'in revizyonist yönetimi Doğu Berlin'i Batı Berlin'den ayıran bir duvarın yapımını başlatmıştı. Çocuğunu babasından, akrabayı akrabasından ve kardeşi kardeşten ayıran Berlin Duvarı, revizyonistler tarafından "anti-faşist bir duvar" olarak gösterilmek istenmektedir. Kapitalist üretim ilişkilerinin yeniden kurulduğu, insanın insan tarafından sömürüldüğü ve emekçiler üzerinde yoğun bir baskının yeniden uygulandığı D. Almanya'da emekçiler kurtuluşu kaçmakta arıyorlardı. Berlin Duvarı'nın yapılış nedeni, toplu halde kaçan emekçilerin batıya göçmesini engellemektir. Aksine, revizyonistlerin iddia ettiği gibi, DDR'de "sosyalizmin sağladığı temeller üzerine oturtulduğuna" bir ifadesi değildi.

Berlin Duvarı'nın yapımına 1961 yılında başlandığında, buna gerekçe olarak revizyonistler, ABD tanklarının DDR'i tehdit ettiğini ve duvarın yapımıyla ABD işgalinin engellendiğini söylüyorlardı. Batının saldırısına karşı Berlin Duvarı'nın yapıldığını ileri süren revizyonistler, gerçekleri örtbas etmek için daha da ileri giderek, Duvar'ın Alman topraklarında bir savaşın patlak vermesini engellediğini söylüyorlardı.

Batı Alman emperyalizminin bütün Almanya'ya hakim olma emellerinin olduğu bir gerçektir ve bu, onun sahip olduğu karekterden ileri gelmektedir. Batı Alman gericiği 1953 yılının 17 Haziranında sosyalist DDR'de gericiği ayaklandırmış ve bir darbe girişiminde bulunmuştu. Parti, kitlelerin desteğini alarak bu ayaklanmayı bastırmıştı. O zaman bir kısım işçilerin de ayaklanmaya katıldığını gören parti, bunun maddi temellerini araştırmış ve öz eleştiri yapmıştı: "Eğer işçi kitleleri partiyi anlamıyorsa, burada suçlu olan işçiler değil, partidir." Ve parti, duvar değil, kitlelerle kaynaşma yolunu seçmişti.

Berlin Duvarı'nın varlığı, kapitalist yozlaşmanın ve sınıf mücadelesinin bir ifadesidir. Biz komünistler soruna bu şekilde bakıyoruz ve sosyalist bir ülkenin duvar çekerek, emperyalist saldırıları engelleyeceği düşüncesinde değiliz. DDR ilk kurulduğu yıllarda ve sosyalist olduğu dönemlerde ülkeden kaçanlar, geçmişte imtiyazlı sınıflara ait olan kişilerdi. Kapitalizmin yeniden inşa edilmeye başlandığı 1950 yıllarının sonlarında, ülkeden kaçanlar işçiler ve özellikle de genç emekçilerdi. 1961 yılında DDR'den kaçanların yüzde 50'sinden fazlası 25 yaşın altındaydı.



Berlin Duvarı'na yazılan bir slogan: „Birleşik, bağımsız ve sosyalist bir Almanya için ileri. KPD“

Berlin Duvarı'nın arkasındaki gerçek, bu duvarın yapılmasındaki asıl amaç sömürü ve baskı düzeninden kaçan insan dalgasını engellemektir. 1961'in başından duvarın yapımına kadar 150 bin insanın batıya kaçması bunun açık bir kanıtıdır. Bugüne kadar Berlin Duvarı'nı aşmak isteyen yüzlerce insanın acımasızca ve hunharca kursuna dizilmesi, DDR'deki burjuva diktatörlüğünün iç yüzünü açıkça göstermektedir.

Elbette, DDR'den kaçan insanlar Batı'da özgürlüğe kavuşmuş değillerdir. Emekçilerin sömürüldüğü, baskı altına alındığı ve horlandığı bir düzenden diğerine kaçmak asla kurtuluş değildir. Türkiye'den başka ülkelere giden milyonlarca işçinin, Batı Almanya'daki binlerce Türkiyelinin burada da kurtuluşu bulmadığı bunun açık bir göstergesidir.

"Berlin Duvarı kaldırılmalıdır!" Partimiz bu talebi ileri sürerken, Batı Alman emperyalist burjuvazisinin ve gericiğinin bu "Duvarı" bir araç olarak kullanıp, ırkçı, söven ve savaş kışkırtıcı bir propaganda yapmasını da teşhir etmektedir. Bugün Doğu'da ve Batı'da var olan toplumsal sistem kapitalizmdir ve iki devlette de iktidarda olan burjuvazidir. Aradaki farklılık, DDR'e karşın, Batı Almanya'da emekçilerin bazı burjuva demokratik özgürlüklere sahip olmalarıdır ki, bu özgürlükler her gün giderek kısıtlanmaktadır ve halkın yaşam koşulları giderek düşmektedir.

Bütün kapitalist ülkelerde olduğu gibi, bugün DDR'deki emekçilerin tek kurtuluş yolu, onları ezen ve sömüren burjuva diktatörlüğün yıkılıp, yerine yeniden proletarya diktatörlüğünün kurulmasıyla, toplumsal sistemde temel değişikliklerin gerçekleşmesiyle mümkündür. Partimizin DDR kolu, bir bütün olarak KPD, Doğu ve Batı Almanya'da bunun için; bağımsız, birleşik ve sosyalist bir Almanya için mücadele etmektedir.

BERLİN DUVARI KALDIRILMALIDIR!
KAHROLSUN REVİZYONİZM; YAŞASIN MARKSİZM-LENİNİZM!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Mutter: Väter: Tochter: Söhne: kämpfen für die gleichen Löhne!

Industriegewerkschaft Druck und Papier

Rozetin üzerindeki yazı: Aynı işe eşit ücret. Analar, babalar, bacılar, kardeşler — aynı ücret için mücadele edelim! Basın işçileri sendikası

6 Eylül'de Kassel'deki Dayanışma miting ve yürüyüşüne katılalım!

(Bu eylem, Heinze firmasında çalışan kadınların "aynı işe eşit ücret" için Federal İş Mahkemesi'nde açtıkları davanın görüşülmesi dolayısıyla yapılmaktadır)

Yer: Eissportstadion
Başlama saati: 11:30

Polonya da işçi hareketi ve kapitalizm

SON BÖLÜM

Kızıl Şafak'ın 15, 16 ve 18. sayılarında Almanca olarak yayınlanan bu yazı dizimizin son bölümünü aşağıda yayınlıyoruz. Partimizin Polonya hakkındaki görüşlerinin geniş kitleler tarafından öğrenilmesi için gazetemizde yayınlanan bu yazı dizisini birleştirerek, küçük bir broşür halinde yayınlayacağız. Broşürün fiyatı 10 Pfennig olacak. Bütün okurlarımızın bu broşürün dağıtımında yardımcı olmalarını istiyoruz. İsteme adresi gazetemizin isteme adresi ile aynıdır.

Sınıfsal devrimci durum

Bugün Polonya'daki durumu nasıl gösterebiliriz? Mütefakkiyle beraber artık eskisi gibi yaşamak istemeyen Polonya işçi sınıfı ve eskisi gibi yönetmeyen yeni Polonya burjuvazisi uzlaşmaz bir biçimde karşı karşıya durmaktadırlar. Eğer Polonya burjuvazisi ülkede gelişen sınıf mücadelesini kontrol altına alması başarısız olamazsa, sınıfsal devrimci durumu daha da keskinleştirecektir.

Rasyonalizasyona ve gıda maddelerinin karneye bağlanmasına karşın temel gıda maddelerindeki darlık hâla devam etmektedir. Refah içinde yaşayan zenginlerin giyiniş kuşanışları kaçak pazarlar, eskiden olduğu gibi halen varlığını devam ettirmektedirler. Kısacası Polonya açlığın eşiğinde durmaktadır. Güvenilir tahliilere göre Varşova, önümüzdeki yıllarda halkın yaşam koşullarının daha da kötüleşeceğini hesaplamaktadır. Ve Başbakan Jaruzelski'nin Polonya parlamento-su önünde şöyle bir uyarıda bulunması boşuna değildir: Ekonomik durum görüldüğünden daha da kötüleşeceğini benzetmektedir. İç pazar altüst olmuş durumdadır ve ulusun açlıkla karşı karşıya gelmemesi için birşeyler yapmak zorundayız.

Ama, nelerin yapılabileceğini, ne gibi önlemler alınacağı konusunda egemen sınıflar kendi aralarında birleşememektedirler. Sırf "Polonya Birleşik İşçi Partisi" (PVAP) içinde bununla ilgili olarak çeşitli görüşler hüküm sürmektedir. Bunlar, parti şefi Kania, Başbakan Jaruzelski, Başbakan Yardımcısı Rakowski ve diğerleri. Bugün henüz Sovyetler Birliği'nden destek alan bu unsurlar (eğer durumu değiştirmede başarılı olamazlarsa bu destek çok çabuk değişebilir), Lech Walesa gibi "Dayanışma" sendikasının liderleriyle ve katolik kilisesiyle uzlaşıcı bir politikayı hedeflemektedirler.

Kania ve yandaşları, burada zor durumda kalan kapitalistlerin başvurdıkları bütün taktikleri kullanmaktadırlar. İşçileri yanıltabilmek için krizi kullanmakta, böylesi durumlarda grev gibi mücadele araçlarına kesinlikle başvurulmaması gerektiğini ve bunun işçilerin yaşam koşullarını sadece kötüleştirdiğini söylemektedirler. Halk içinde, korkunç bir hal alan bu günkü ekonomik durumun sorumsuz olarak "Dayanışma" sendikasının ve KOR'un içinde sözde ülkeyi anarşiyeye ve karmaşıklığa sürükleyen ve elde ettikleri hakları yitirmeyen radikal güçleri göstermekte ve bunun gibi tezler yayınlamaktadırlar. "Kriz döneminde greve gidilmemeli", kötü durumu atlatabilmek için sermaye ve işçi sınıfı el ele vermelidirler. Sermaye işçi sınıfı içindeki bu gibi paslanmış laflarla emekçilerin mücadelesini kırmaya çalışmaktadırlar. Ki,

bu anlayış Walesa gibi unsurlar tarafından da desteklenmektedir.

"Polonya Birleşik İşçi Partisi" içinde diğer kişilerin yanı sıra Olzowski ve Grabski gibileri ise, işçi sınıfına karşı sert önlemlerin alınmasını gerekli görmektedirler. Bunlar, yüzbinlerce orta ve üst parti görevlisine, devlet organlarındaki bürokratlara, polis memurlarına, gizli istihbarat teşkilatına, özel imtiyazlarının ve haklarını ellerinden gideceğinden korkan bütün tabakalardan rejimin imtiyazlı unsurlarına dayanmaktadır.

Olzowski ve yandaşları en çok, vurgunculuğu, sahtekârlıkları, akraba kayırmaları ve rüşvetleri ortaya çıkarma rolünü yüklenen, şu veya bu görevlinin istifasını talep eden ve onların suçlarını kamuoyuna açıklayan "Dayanışma" sendikası ve onun üyelerinden korkmaktadır.

"Dayanışma" sendikasının üyeleri olarak Bromberg olaylarını protesto eden dört saatlik uyarı grevine — pek azı dışında — katıldılar. Parti üyesi Janina Kaszewska, PVAP merkez komitesinin bir toplantısı sırasında greve katılan parti üyelerinin tavrını şöyle açıklıyordu:

"Parti örgütümüz, Bromberg olaylarını, anayasaya, temel hak ve özgürlüklere yapılmış bir saldırı olarak değerlendirmektedir ve böyle görmektedir... Benim parti örgütüm sesin partimiz yönetimini inandırmaması, anlaşılabilir birşeydir... Yükselen pek çok haklı Cuma günü yapılan greve katıldı. Parti disiplini çiğnediğimiz açıkça biliyorduk. Ancak, biz işçi sınıfının bir parçasıyız ve hiç bir zaman sınıfımız karşısında yer alamayız."

Lenin-Tersanesi'ndeki bir tartışma sırasında parti şefi Kania'ya görevine son verilmiş



Polonya askerleri: Silahları halka karşı yöneltecekler mi?

Bunlar, belkide gelecekte kendi istifalarının da talep edileceği korkusuyla, parti yönetiminin başını çeken Kania üzerine büyük bir baskı yapmakta ve Dayanışma sendikasının faaliyetlerinin nihayet durdurulmasını talep etmektedirler. Gelişmeler bu şekilde devam ederse, devletin polis ve gizli istihbarat teşkilatının varlığını tehlikede görmektedirler. Sovyetler Birliği'nin üst yönetimiyle doğrudan ilişkileri olan bu örgütler, Bromberg'de gerçekleştirdikleri provakasyonlarla, Sovyet müdahalesine temel hazırlamaya çalışmaktadırlar. PVAP Merkez komitesinin 8. plenumu dolayısıyla bir açıklama yapan Grabski, sorunu tersyüz ederek şöyle diyor:

"Dayanışma sendikası tarafından örgütlenen, politik karaktere ve hedeflere sahip olan bu grevler ağıttan açığa provakasyonları ifade etmektedirler." Elbette, vurguncular, dolandırıcılar ve caniler için halka karşı yaptıkları sahtekârlıkların açığa çıkarılması onlara göre provakasyondur ve bu gibi sahtekârlıkların ortaya çıkarılmasından doğal bir şey yoktur.

PVAP'ın 1,5 milyon üyesi de bu düşüncededir. Bu üyeler, Varşova'daki parti merkez komitelerinin uyarılarına karşın,

parti sekreterlerinin neden hâlâ Merkez Komitesi üyesi olduğunu soran ve parti yönetim organlarına bütünüyle yeni kişilerin getirilmesini talep eden işçiler parti üyeleri idi. Bu, gerçekleşmesi olanaksız ve zor bir şeydir. Revizyonist ağaların kendiliğinden imtiyazlarından ve sahip oldukları mevkiilerinden vazgeçmesi asla söz konusu değildir. Ama, bu tartışmalar bize, Polonya işçi sınıfının değişiklikler yapılması yönündeki arzularının ne denli derin olduğunu, yeni ilişkilerin sağlanmasının revizyonist partilerin saflarını bile kapsadığını göstermektedirler.

Bu durumu, Dayanışma sendikasının Varşova'daki bir yönetim kurulu toplantısında Lech Walesa da hissediyordu. Walesa (ki batılı istihbarat teşkilatları Lech Walesa'nın sendika başkanı olarak günlerinin sayılı olduğundan korkmaktadırlar), bu toplantıda Bromberg olaylarını protesto etmek için planlanan grevden vazgeçilmesini uygulamaya geçirmek istemişti. Bromberg'te polisle yapılan çatışmada yaralanan üç sendikacıdan biri olan Jan Rulewski, Walesa'yı "işçi sınıfının çıkarlarına ihanet etmekle" suçluyordu. Walesa, çoğunluğu ancak istifa edeceği tehdidiyle sağladı.



Greve giden Polonya işçileri

Buna rağmen Dayanışma sendikası içinde gerginlik devam etmektedir. Sendika sözcüsü Karol Modzelewski istifa ettiğini açıklamıştı. "Dayanışma"nın ülke koordinasyon komisyonu sekreteri sendikadan atıldı. Aynı şekilde Gedansk bölgesi "Dayanışma" sendikası başkanı ve geçen yaz Lenin-Tersanesi'nde işten atılması büyük bir greve neden olan Anna Walentynowicz de sendikadan atıldı. Anna, "Lech Walesa'nın otoritesini hiçe saymakla" suçlanıyordu. "Dayanışma" sendikası içinde egemen sınıflarla uzlaşmaya karşı ve keyfi davranışlara karşı yükselen sesler giderek çoğalmaktadır. Bunun nedeni açıkça gözönündedir: Üzerinden bir yıl geçtiği halde Danzig'de imzalanan 21 maddelik anlaşma içinde yer alan taleplerin ancak bir bölümü bugüne kadar gerçekleştirilmiş durumdadır.

Polonya'nın çaresizliği

Polonya'daki durum oldukça karmaşık. "Dayanışma" sendikası içinde çeşitli akımlar mevcuttur. Ve bu sendika içinde örgütlü olan milyonlarca Polonya işçisi, artık şimdiye kadar ki gibi yaşamak istememektedirler. Onlar, yıllar boyunca Polonya revizyonist sistemin acizliğini ve soygunculuğunu kendi pratikleri içinde yaşadılar. Gumalkas'ın veya Gierke'nin görevden alınmasının yaşam koşullarında hiç birşey değiştirmediğini yaşayarak gördüler. Ve bu yolda onlar, Kania'ya da güvenmemektedirler. Polonya işçileri, tarihten örnek alarak, ilk ve bilinçli bir adım attılar: Kendi sendikalarında örgütlenkililer. İşçilerin, ekonomik ve politik taleplerinin yanı sıra, yapılan yolsuzluklara karşı çıkması, onları yerinde ve zamanında ortaya çıkarmaları ve bunun için mücadele vermeleri yerinde ve kendiliğinden anlaşılır bir şeydir. İşçilerin şöyle mi seslenmek gerekir: Polisin saldırısına karşı, Wojdowen veya parti sekreterinin yaptığı yolsuzluklara karşı greve gitmeyin, imtiyazlı revizyonistlerin dinlenmesi için yapılan senatöryumlara işçilerin yerleştirilmesini talep etmeyin, sayet bunları yaparsanız Sovyet müdahalesini provaka etmiş olursun ve böylece ABD ile el ele çalışmış olursunuz. Böyle bir şey asla söz konusu olamaz.

Polonya çaresizliği, bütün revizyonist ülkelerdeki çaresizliğin aynısıdır. Revizyonist ülkelerdeki hakim kliklerin, yeni burjuvazinin sömürü ve baskı düzenlerini "sosyalist" olarak, "Marksist-Leninist" olarak göstermeleri, bu terimlerin itibarını emekçilerin gözünde büyük ölçüde düşürmüştür. Polonya işçi sınıfının büyük ço-

ğunluğu, "sosyalizmi"; bu terimden anladığını, yani günlük yaşamında gördüğü şeyi kesinlikle reddetmektedir. Sadece işçi sınıfının küçük bir kesimi, Marksizm-Leninizm'in bize öğrettiği ile Polonya'da varolan "sosyalizm" arasındaki uçurumu görebilmektedir. Ve dayanışma sendikasının yönetimindeki anti-sosyalist güçler ve diğerleri, işçileri, Doğu Kapitalizminin yağmurundan Batı kapitalizminin dolusuna çekebilmek için bu durumu kullanmaktadırlar.

Polonya'daki gelişmelerin son derece gerici güçlerin doğmasına olanak sağladığı gözönündeki bir gerçektir. Böyle ki, bundan altmış yıl önce Kızıl Ordu'ya karşı başarı sağlayan faşist Marschall Pilsudski'yi anmak için Varşova'da 5000 kişi toplanmıştır. Bu, açıkça şövenizmi canlandırmaktan başka birşey değildir ve haklı bir temelle dayanarak Polonya işçi sınıfının bugünkü Sovyet baskısına karşı duyduğu büyük öfkeyle, bunun uzaktan yakından bir ilişkisi yoktur. Aynı şekilde Polonya Katolik Kilisesinin faşist Pilsudski için mevlüde çağrı yapması ve onu, faşist Pilsudski'yi, Polonya bağımsızlığının babası olarak kutlaması da ağıttan açığa şövenizmin kendisidir. Ve bütün bunlar, revizyonist iktidarın resmi onayı ile, müsadeseyle yapılmaktadırlar. "Dayanışma" sendikasını karşı devrimcilikle suçlayan Grabski, Kania ve diğer revizyonist yöneticiler, burada karşı kar nit yöneticiler, burada karşı almamaktadırlar.

Polonya işçi sınıfı kendi öz partisine kavuşacaktır

Polonya işçi sınıfı zorlu bir yolda gitmektedir. Ve saflarında politik ve ideolojik olarak büyük bir karmaşıklık hüküm sür-

mektedir. Marksist-Leninistlerin sayısı oldukça küçüktür. Polonya işçi sınıfı, kendisini zafere götürecek olan, proletarya diktatörlüğünü yeniden kuracak olan Marksist-Leninist partisine sahip değildir. Polonya'da küçümsenemeyecek sayıda, hatta revizyonist "Polonya Birleşik İşçi Partisi" saflarında devrimci işçilerin olduğu inkâr edilemez. Ama, çok sayıda devrimci işçinin oluşu komünist partisinin yerini asla dolduramaz ve bununla bir ilişkisi yoktur. Modern revizyonistlerin Marksizm-Leninizm'e yaptıkları ihanet de, bugünkü kapitalist sistemi "sosyalizm" olarak göstermeleri de, Polonya işçi sınıfının sosyalizme, kendisi için yeni ve haklı bir toplumsal sisteme olan arzularını, çabalarını yok edemez.

Kania ve Jaruzelski yönetimi, Polonya'daki kötü ekonomik durumu düzeltmede başarı sağlayamazlarsa, "Dayanışma" sendikasını parçalamayı veya kontrolleri altına almayı başaramazlarsa, bunun sonucu Polonya işçi sınıfının yeniden büyük grevlere gitmesi kaçınılmazdır. Ve revizyonist yönetim bu durumda elindeki askeri güçlerle veya bir Sovyet müdahalesi vasıtasıyla işçi sınıfının eylemini kanla bastırmaya çalışacaktır. Sovyetler Birliği, diğer revizyonist ülkelerdeki işçilere örnek olacağı düşüncesiyle, egemen sınıfların denetimindeki bir sendikaya dahi mücadele etmek istememektedirler.

Ama, devrimci Polonya işçi sınıfı, yenilgilerle ve zaferlerle bu zorlu, engebeli yolu aşmak zorundadır. O, edindiği tecrübelerle, Lech Walesa gibi kapitalist ve ihanetçi yöneticileri bir kenara itecek, sömürüye, baskıya karşı mücadelesinde devam edecektir.

Polonya işçi sınıfı gelecekteki mücadeleler içinde kendi saflarında öncü müfrezesini, yeni komünist partisini kuracaktır. İşçi sınıfı kendi öncüsüne sahip olmaksızın, sosyalist devrimin zaferi mümkün değildir.

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

"Roter Morgen" sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

● Yıllık 60 DM ● 6 aylık 30 DM ● Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesiş şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 3005 26 4600 Dortmund 30.